

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Stuttgart, in der Post-Beilage-Veranstaltung für 1896 unter Nr. 7277.

Forworts

Insertions-Gebühr beträgt für die häufigste Zeitungs- oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr nachmittags geöffnet.

Verantwortlicher: J. M. 1508
Telegraph-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Donnerstag, den 16. Juli 1896.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Zurechnungsfähigkeit und Strafe.

Die Entwicklung des Sozialismus von utopischen Zukunftsplänen zur Wissenschaft beruht auf der Auffassung des individuellen Menschen und der menschlichen Gesellschaft als determiniert, d. h. notwendig bestimmt durch Ursachen und Wirkungen ebenso wie die umgebende Natur. Alle Naturwissenschaften sind begrifflich an dieses Gesetz gebunden, während die Theologie und die von ihr abhängigen oder ihr verwandten Moral- und Rechtsvorschriften den Menschen außerhalb des Naturzusammenhangs stellen und seine Handlungen nicht auffassen als notwendige Wirkungen gegebener Ursachen, sondern als Neuerungen einer vermeintlichen Willensfreiheit oder sittlichen Freiheit, die denselben Menschen ermöglichen sollte, unter denselben Umständen nach Willkür verschiedene, ja ganz entgegengesetzte zu thun. Von dieser durch alle großen Denker, seitdem die Philosophie sich des Problems bewusst geworden ist, verworfenen Grundvorstellung hängt, wie der Begriff der Sünde als Aufsehung gegen Gottes Gebot, auch der Begriff der Straftat ab als Aufsehung gegen die Rechtsnorm, wobei den dazu gehörigen ewigen und zeitlichen Vergeltungsübeln, und die herrschende Theologie und Jurisprudenz klammern sich noch heute daran fest. Zutreffend betont Professor Warha, der in einer glänzenden Schrift (die Abschaffung der Straftat, Graz 1896) alle bisherigen Ergebnisse des wissenschaftlichen Fortschritts zu einer Angriffswaffe gegen das geltende System zusammenschubet, die Hartnäckigkeit, mit der unsere öffentlichen Zustände für und für auf Lehrstühle gegründet werden, die längst überholt sind, und wie die Juristen und Politiker in intellektueller Stagnation verhorren und zum großen Schaden der Völker ihre mittelalterlichen Grundfälle immer weiter ableiten und fortpraktizieren, infolge dessen das Weltbild, welches in ihnen und dasjenige, welches in den Köpfen angelernter Naturforscher vorherrscht, sich so grundverschieden darstellt, als ob es nicht Zeitgenossen, sondern durch eine Kluft von Jahrhunderten von einander getrennt wären.

Selbst aufgemachte und völlige Geisteserrückung hat nicht einmal geschlechtlich zu allen Zeiten vor Strafe geschützt. Zwar das Recht des zivilisierten Alterthums schonte den als geisteskrank Erkanteten, mittelalterliche Barbarei prozeßierte aber gegen Thiere, gegen Kinder und gegen Wahnsinnige. Noch aus dem Jahre 1598 ist uns in den strafrechtlichen Gutachten des geistlichen Konvents der Stadt Bern ein Urtheil auf Enthauptung gegen einen Wahnsinnigen, der einen Todtschlag begangen hatte, erhalten — mit der bornirten Begründung: „daß derjenige, so durch einen Hirnschwamm getötet wird, eben so wohl tobt, als wenn er von einem wohlbedenkten und witzigen erötet wurde“. Die peinliche Gerichtsordnung Karls V. ließ die Möglichkeit der Verurteilung Geisteskranker offen und erst in den Gesetzbüchern am Ende des vorigen Jahrhunderts gelangte man zur Anerkennung der Willensfreiheit und Unzurechnungsfähigkeit Geisteskranker im Gegensatz zur Willensfreiheit und Zurechnungsfähigkeit Gesunder. Dabei ist es bis heute verblieben. Auch dem Reichsstrafgesetzbuch ist noch für die Zurechnungsfähigkeit entscheidend als dasjenige, „worin das Recht des Staates zu strafen beruht“ (Motive) die freie Willensbestimmung und es schließt die Strafe nur aus bei Zuständen von Bewußtlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistesthätigkeit, durch welche die freie Willensbestimmung ausgeschlossen wor. Anschluß bedeutet hier einen Gegensatz sowohl zur vorhandenen als auch zur sogenannten verminderten

Zurechnungsfähigkeit, und liegt diesen sämtlichen Vorstellungen der unfählich verworrene Gedanke zu Grunde: „daß der gereifte und geistig gesunde Mensch ausreichende Willenskraft habe, um die Antriebe zu strafbaren Handlungen niederzuhalten und dem allgemeinen Rechtsbewußtsein gemäß zu handeln“ (Motive), wobei denn eine stufenweise Beeinträchtigung dieser Willenskraft bis zur gänzlichen Aufhebung, und des ferneren unterstellt wird, daß einer diese Willenskraft voll oder theilweise besitzen könne, ohne von ihr Gebrauch zu machen (zurechnungsfähiger Thäter) oder diese Willenskraft ganz und gar nicht habe (unzurechnungsfähiger Thäter). Wovon hängt es aber ab, ob einer die bei ihm vorhandene Willenskraft gebraucht oder nicht gebraucht? Der Theologe antwortet: von der göttlichen Gnade, der Jurist bleibt jede innerlich widerspruchsfreie Antwort schuldig, und von seinem Standpunkte zum Standpunkte des Naturforschers, für den jede menschliche Handlung durch Nervenfunktionen notwendig bestimmt wird, führt keine Brücke. Immerhin zeigt die Kriminalpross mit den Fortschritten der Gehirnforschung, zumal der ärztlichen Sachverständigen mit Richtern und, wenn auch oft unbefangeneren, doch ebenso oft desto ungebildeteren Geschworenen um die Anerkennung neuer strafanschlüsslicher Krankheitszustände weist auf eine bessere Zukunft gegenüber der gegenwärtigen staatlichen Lynchjustiz hin. Professor v. Krafft-Ebing, eine gerichtsarztliche Autorität von größtem Gewicht, schreibt, obgleich einer relativen Willensfreiheit (die wir nach dem Vorgesagten leugnen müssen), zugethan: „Unzählige Unglückliche, die der heutige beschränkte richterliche Standpunkt und die öffentliche Meinung noch als Verbrecher und lasterhafte Menschen auffassen, wird eine spätere Zeit in ihrer wahren Natur erkennen und an ihnen vieles, was Wissenschaft und Rechtspflege verschuldet haben, gut zu machen haben.“ Schade nur, daß die Todten nichts mehr davon profitieren werden!

Die Millionen, welche in Europa durch Steher-, Zauberer- und Hexenprozesse in martervoller Weise gequält wurden, begreifen eine ungeheure Zahl Geisteskranker. Das liegt glücklich hinter uns, aber — wie es eine anonyme russische Schrift*) ausdrückt — „es hat keine Zeit gegeben, in der nicht so schreckliche Dinge geschehen wären, daß wir sie gar nicht begreifen können, wenn wir von ihnen hören. Wir können nicht begreifen, wie die Menschen die Gräueltat nicht einsahen, die sie begingen; aber sie haben wirklich ihre thierische Unmenschlichkeit und Sinnlosigkeit nicht ein. Das war zu allen Zeiten so. Sollte unsere Zeit so besonders glücklich sein, daß in ihr keine derartigen Handlungen und Gräueltaten vorkommen, die unseren Nachkommen dann ebenso unbegreiflich erscheinen werden?“ Noch heute ist die Zahl verurtheilter zweifellos Geisteskranker sehr groß. Dr. Waacke am Landesgefängniß Huderthaus untersuchte 53 weibliche Sträflinge und fand, daß „wegen unerkannter Irrenheit 1/3 bis 1/4 unschuldig verurtheilt waren; nach Professor Meubel waren 1884/1885 von 1200 Sträflingen der preussischen Strafanstalten bereits zur Zeit der Verbrechenverübung drei Viertel geisteskrank; Warner fand in den 5 Jahren 1886—1890 allein in den Gefängnissen der Seine 255 geistesranke unschuldig Verurtheilte, worunter 40 pCt. Paralytiker waren.“ (Warha.) Und im Jahre 1894 ist von Monod, dem directeur de l'hygiène publique im französischen Ministerium, als Resultat einer allgemeinen Enquete für Frankreich eine jährliche Durchschnittsziffer von 140 Ver-

urtheilungen zweifellos Geisteskranker festgestellt worden. Diesen schändlichen, sich fort und fort wiederholenden Justizmorden vorzuziehen, sind in neuerer Zeit von bürgerlicher Seite verschiedene Vorschläge zur Verallgemeinerung und besseren Regulierung irrenärztlicher Kenntnisse aufgetaucht und so oder ähnlich leicht der Verwirklichung nicht fern: obligatorische psychiatrische Studien auf der Universität, Gefängniskliniken zur Behandlung und Vorführung einschlägiger Fälle von Geisteskrankheit (von Lombroso empfohlen) — beides nicht nur für künftige Gerichtsärzte, sondern auch für Juristen, endlich ärztliche Untersuchung jedes Angeklagten oder zum mindesten jedes auf Verbrechen Angeklagten auf seinen Geisteszustand. Belgien hat bereits einen Conseil médical d'inspection des détenus, ein ärztliches Gefängnisinspektorat eingerichtet, daß den Geisteszustand der Verurtheilten zu untersuchen hat. Von da an bis zur allgemeinen Untersuchung vor dem Urtheil ist nur ein kleiner Schritt, und so anerkennt der nachträgliche Korrektur richterlicher Heilprüche sein mag, jedenfalls ist es noch besser, ihnen vorzubeugen.

Der Irre ist uns nicht mehr wie dem Aberglauben früherer Zeiten ein teuflisch Beseßener, gegen den zu wüthen verdientlich war, sondern ein mehr oder minder gemeingefährlicher Unglücklicher, den wir zu heilen suchen und gegen sich selbst und zum Schutze der anderen so weit möglich einschränken und beaufsichtigen. Bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts waren die Irrenhäuser Marteranstalten mit Kette, Peitsche, Saß, Schanzel, Wasserbouche und Zwangsjacke, Zwingern wider Thiere gleich, in denen die Kranken Tag und Nacht ohne Unterlaß heulten und tobten.“ Was in den Marienberger Vorgängen die allgemeine Entrüstung hervorrief, war nur ein schwacher Nachklang der bestialischen Praxis, die bis auf Pinel und Esquirol*) überall geübt wurde. Heute ist unter wissenschaftlicher Leitung und liebevoller Krankenpflege an Stelle der früheren Grausamkeit getreten, und der Erfolg ist, daß jetzt in den Irrenhäusern eine Ruhe und Ordnung herrscht, welche so manchen der sie besuchenden Laien erstaunt fragen läßt, wo sich denn die Irren befinden? Dieser Entwicklungsprozeß ist Vorbildlich für das Strafrecht, und mit jedem Fortschritt in der irrenärztlichen Erkenntnis, mit der unausföhlbar vorrückenden Einengung der verbrecherischen Zurechnungsfähigkeit und der Strafmarter durch Anerkennung immer zahlreicher geistiger Zwangszustände vollzieht sich in Schooße der bürgerlichen Gesellschaft selbst ein weiterer mächtiger Vorstoß gegen die Straftat.

Seine Schreie in seiner äußerlich lächelnden, innerlich tief-ernsten Art im Jahre 1843 gegen die damals nach amerikanischen Muster in Europa aufkommenden Zellengefängnisse: „Diese Burgverließe des neuen Bürgerthums wird das Volk eben so unwillig niederreißen, wie es einst die adelige Bastille zerstörte. So fürchtbar und düster dieselbe von außen gewesen sein mochte, so war sie doch gewiss nur ein heiteres Kiosk, ein sonniges Gartenhaus, im Vergleich mit jenen kleinen schweigenden amerikanischen Höhlen, die nur ein blöddünner Pietist erschauern, und nur ein herzloser Krämer, der für sein Eigenthum zittert, billigen konnte.“

Die Zeit naht allmählich heran, in der sich seine Prophezeiung erfüllen wird.

*) Nikolai Baklin, Berlin 1890. Von Tolstoi verfaßt?
*) Berühmte französische Irrenärzte, von denen der wissenschaftliche Umschwung in der Irrenbehandlung datirt.

Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

„Sein Leben, seine Bestigungen, sein Rang werden unangefastet bleiben. Wogegen treten wir auf? Wegen seine Macht, anderen zu schaden.“

„Sollte er entdecken, daß Du über mehr als Worte zu gebieten hast, so möchte er gegen Dich weniger schonend verfahren.“

„Und hat er das nicht schon entdeckt? Sagen ihm nicht die lauten Gunstbezeugungen des Volkes, daß ich ein Mann bin, den er fürchten sollte? Bant er — der Vorkastige, der Verstoßte, der Hinterlistige — Thürme und Kastelle und sieht nicht das mächtige Gebäude, das auch ich aufgerichtet habe?“

„Du? — wo, Rienzi?“

„In den Herzen der Römer.“

„Sieht er es nicht?“ fuhr Rienzi fort — nein, nein — er, sein ganzes Geschlecht ist blind. Nicht wahr?“

„Allerdings glaubt mein Verwandter nicht an Deine Macht, sonst hätte er Dich schon längst vernichtet. Ja, vor drei Tagen erst sagte er ganz ernsthaft, er sähe es lieber, wenn Du mit dem Volke sprächst, als der beste Geistliche der Christenheit, weil andere Redner die Menge aufreizten, keiner aber sie so beruhigte und beschwichtigte, wie Du.“

„Und man nennt ihn einen klugen Mann? Ist es nicht am ruhigsten in der Luft, wenn ein Sturm bevorsteht? O, ich verstehe, Stephan Colonna verachtet mich. Ich war — hier überzog glühendes Roth sein Gesicht — Du erinnerst Dich — in meinen jüngeren Jahren häufig in seinem Palaß und unterhielt ihn mit Anekdoten und Späßen. Ja — ha! ha! — er nannte mich, glaube ich, oft scherzhaft seinen Spasmacher — seinen Hofnarren! Ich

habe seine Beleidigungen ertragen; ich habe selbst vor seinem Lobe mich gebeugt. Ich würde dieselbe Schande, dieselbe Buße, für denselben Broed, für dieselbe Sache auch jetzt noch ertragen. Was war mein Broed? Kannst Du mir es sagen? — Nein! So will ich es Dir denn zuflüstern: Es war — durch Stephan Colonna verachtet zu werden.

Diese Verachtung schätzte mich so lange, bis ich keines Schutzes mehr bedurfte. Ich wünschte, von den Patriziern nicht für gefährlich gehalten zu werden, damit ich ungehindert und ohne mich verdächtig zu machen, meinen Broed beim Volke erreichen konnte. Es ist geschehen, jetzt lege ich die Maske ab. Ich könnte schon jetzt dem Stephan Colonna öffentlich sagen, daß ich seinem Zorne trotz, — daß ich seiner Söldlinge und seiner Kerker spotte. — Glaubst er jedoch, ich sei immer noch der alte Rienzi, so möge er es thun; ich kann meine Stunde abwarten.“

„Aber,“ fuhr Adrian, indem er eine Antwort auf die heftigen Ausfälle Rienzi's gegen die Patrizier vermiech, „sage mir, was verlangst Du für das Volk, ohne seine Leidenschaften anzuregen? Unwissend und veränderlich, wie es ist, kannst Du auf dem Wege der Vernunft nichts mit ihm ausrichten.“

„Ich verlange vollkommene Gerechtigkeit und Sicherheit für alle Menschen; ich werde mich nicht mit wenigerem begnügen. Ich verlange, daß der Adel seine Befestigungen schleift, seine bewaffneten Söldlinge entläßt, daß keine Straßlosigkeit mehr für ihn statfinde, daß er keinen andern Schutz in Anspruch nehme, als den der Gesetze.“

„Eitle Wünsche!“ sagte Adrian, „verlange nichts, was nicht bewilligt werden wird.“

„Ha! ha!“ erwiderte Rienzi, „sagte ich Dir nicht, es sei ein eitles Traum, Gefeglichkeit und Gerechtigkeit von den Großen zu verlangen? Kannst Du mich daher tadeln, wenn ich sie auf anderen Wegen suche?“ Darauf änderte er plötzlich seinen Ton und fügte feierlich hinzu: „Das

wachende Leben hat falsche und eitle Träume. Aber der Schlaf ist oft ein Prophet der Wahrheit. In ihm tritt der Himmel mit seinen Geschöpfen in geheimnißvolle Verbindung und leitet seine irdischen Werkzeuge auf den Pfad, den die Vorsicht ihnen bestimmt hat.“

Adrian erwiderte nichts. Er bemerkte nicht zum ersten Male, daß Rienzi's träftiger Geist auf seltsame Weise sich zu mystischem Aberglauben hinneigte. Und dieses veranlaßte um so mehr den jungen Ritter, der, wenn auch frommen Sinnes, doch weniger an der Leichtgläubigkeit seines Zeitalters theil nahm, an dem Erfolg der Pläne Rienzi's zu zweifeln. Hierbei irrte er jedoch, wenn sein Irrthum auch der gewöhnliche der Weltklugheit war. Denn nichts begeistert die menschliche Kühnheit so sehr, als der feste Glaube, daß sie das Werkzeug einer höheren Weisheit sei. Mache und Patriotismus, vereinigt in einem genialen und ehrgeizigen Manne — dieses sind die Hebel des Archimedes, die in dem Fanatismus den Punkt außerhalb der Erde finden, von wo aus sie die Erde bewegen können. Der kluge Mann kann einen Staat regieren, der Enthusiast aber nur ihn regeneriren, oder — stürzen.

Neuntes Kapitel.

„Als das Volk dieses Gemälde sah, verwunderte sich jeder.“ Rienzi's gleichzeitiger Biograph.

Auf dem Marktplatz und am Fuße des Kapitols war eine ungeheure Menge versammelt. Jeder suchte sich vorzubringen und an einen Punkt zu gelangen, wo das Volk am dichtesten vereinigt war.

„Weshalb, in der heiligen Mutter Namen“, sagte ein Mann von riesiger Gestalt, indem er wie ein Schiff vorbrängte, welches die widerstrebenden Wellen rechts und links von seinem Kiel wirft, „laßt Ihr denn hier zusammen? Seht Ihr nicht, Herr Ribald, daß mein rechter

Politische Uebersicht.

Berlin, 15. Juli.

§ 8 des Vereinsgesetzes. Mit welcher Ungenauigkeit die politischen Vereine der bürgerlichen Parteien sich über den inhaltbaren § 8 des Vereinsgesetzes hinwegsetzen, der das Inverbinduntreten der politischen Vereine unter einander verbietet, geht aus zwei Mittheilungen hervor, die uns in dem Monatsblatt des Grundbesitzer-Vereins Südwest und Süd" aufgestoßen sind. In der November-Nummer vorigen Jahres heißt es:

"Ausgang für Verkehreswesen. Herr Karzin theilt mit, daß außer vom Freisinnigen und Fortschrittlichen Vereine der Halle'schen Thore und der Hasenhaide nunmehr auch vom Deutschen Bürger-Verein vor dem Halle'schen Thore Vertreter, die Herren Hofphotograph Jannath und Herr Eigenthümer Münstermann, ferner von dem Deutschen Bürgerverein der Halle'schen Thorebezirke 54-58 die Herren Lehrer Brauer und Malermeister Löffler ernannt worden sind. Die Beratungen der Vertreter unserer und der verschiedenen Bezirksvereine werden nunmehr ihren Anfang nehmen. Der Bürgerverein Wäcker ist ebenfalls aufgefördert worden, Vertreter für den Ausschuss zu ernennen, was indessen bis jetzt nicht geschehen ist. Herr Karzin bittet die Vereinsmitglieder, ihn von allen ihren, das Verkehreswesen im Südwesten und Süden betreffenden Wünschen und Vorschlägen unterrichten zu wollen."

In der Nummer vom März d. J. heißt es: "Der Verkehresausschuss, bestehend aus Mitgliedern unseres Vereins und sämtlicher Bezirksvereine vor dem Halle'schen Thore und der Hasenhaide, hat am 10. März cr. eine Sitzung in der Geschäftsstelle unseres Vereins abgehalten; es wurden verschiedene Petitionen an die Direktion der Großen Pferdebahn-Gesellschaft und an die Eisenbahndirektion zur Schaffung von neuen Verkehrsmitteln beschossen, worüber der nähere Bericht vorbehalten bleibt."

Derartige Beispiele würden sich voraussichtlich bei Durchsöberung der Nummern dieses Grundbesitzer-Organs leicht vermehren lassen. Die beiden genügen aber wohl, um das Inverbinduntreten einer Anzahl von politischen Vereinen zu gemeinschaftlichen Zwecken durch einen gemeinschaftlichen Ausschuss zu erweisen. Einen besonders pikanten Beigeschmack erhält diese Kooperation dadurch, daß die verbundenen Vereine verschiedene politischen Parteien angehören. Sonst beschden sich die konservativ-antifemischen Bürgervereine und die freisinnigen Bezirksvereine hauptsächlich mit allem Pathos sittlicher Entrüstung, das solchen Mannesjelen zu Gebote steht. Handelt es sich aber wie hier um ein kapitalistisches Interesse, um die Wahrnehmung des Hausbesitzerinteresses, da fordern sie Arm in Arm, wenn nicht ihr Jahrhundert, so doch die minder zahlungsfähige Menschheit und — die Staatsanwaltschaft in die Schranken. Die nämlichen Behörden aber, die mit Argusaugen die sozialdemokratischen Vereine beobachten, ob sie trotz vorfichtigster Beobachtung der Gesetze nicht doch einmal gegen den § 8 verstoßen, sehen nichts und hören nichts von diesem offenkundigen Zusammenwirken politischer Vereine verschiedener Richtung zu kapitalistischen Zwecken.

Um zu erproben, wie weit übrigens die Unempfindlichkeit der Staatsanwaltschaft gegen derartige Ueberschreitungen des § 8 des Vereinsgesetzes durch bürgerliche politische Vereine geht, hat Wernoffe Bebel seiner Erklärung im Reichstage gemäß der Staatsanwaltschaft das betreffende Material in bezug auf den Bund der Landwirthe ausgehändigt. Es muß sich nun zeigen, ob die Bändler immun sind, wo Sozialdemokraten strafrechtlich verfolgt werden.

Italien hat wieder ein Ministerium. Die Zusammenziehung ist genau die gestern schon angekündigte. Es sind drei Ministerstellen anders besetzt. Ueber Pellou, den neuen Kriegsminister, ist nicht viel zu sagen; desto bedeutamer ist die Ernennung Visconti-Venosta's an stelle des Herzogs von Sermoneta zum Minister des Aeußeren, Herzog Visconti-Venosta ist seit 40 Jahren der Hauptvertreter der französischen Allianz — er war der Vertrauensmann Napoleons III. und schon dreimal Minister des Aeußeren.

Ein noch schärferes Gepräge erhält diese Ernennung durch die Wahl Luzzati's zum Finanzminister. Luzzati ist der eifrigste Verfechter eines Handelsvertrages mit Frankreich.

Der Sturz Crispi's mußte der Natur der Dinge nach das Verhältniß Italiens im Dreibund erschüttern, und, falls es nicht noch gelang, Crispi wieder auf den Schild

Arm verlegt und verbunden ist, sodas ich hilflos bin, wie ein Kind? und doch stoßt Ihr gegen mich, als wäre ich eine alte Mauer."

"Ah, Cecco del Vecchio, wir müssen Dir Plaz machen. Du bist zu klein und zu zart gebaut, um Dich durchzudrängen! Komm, ich will Dich beschützen!" sagte ein Zwerg von etwa vier Fuß Höhe, indem er an dem Riesen empor schaute.

"Meiner Treu!" erwiderte der Schmied, sich an das Volk wendend, das über das Anerbieten des Zwerges lachte, "wir bedürfen des Schutzes, Kleine und Große. Worüber lacht ihr, ihr Affen? Ach! Ihr versteht kein Gleichniß."

"Und doch sind wir gekommen, um ein Gleichniß zu sehen!" sagte einer aus dem Volke etwas schnippisch. "Gott grüße Euch, Signor Baroncelli!" erwiderte Cecco del Vecchio. "Ihr seid ein braver Mann, und liebt das Volk; mir lacht immer das Herz, wenn ich Euch sehe. Was hat das Gebränge und der Lärm hier zu bedeuten?"

Der päpstliche Notar hat ein großes Gemälde auf dem Marktplatz aufstellen lassen, es soll auf Rom bezug haben, und nun strengen die guten Leute an diesem heißen Tage ihr Gehirn an, um das Räthsel zu errathen."

"Go! Go!" sagte der Schmied, indem er so kräftig vordrang, daß der andere bald zurückblieb, "wenn Cola di Rienzi etwas damit zu thun hat, so muß ich hin, und wenn ich durch Felsen brechen sollte."

"Der gute Wille wird schlecht belohnt", sagte Baroncelli verdrießlich zu seinen Nachbarn, aber niemand hörte auf ihn.

Der kräftige Schmied drängte sich unter Murren und Fluchen der Männer, die er bei seite schob und unter Schelten und Geschrei der Weiber, für deren Tücher und Kopfschmuck er eben so wenig Achtung zeigte, bis zu einem mit Ketten umjungenen Raume durch, in dessen Mitte ein großes Gemälde aufgestellt war.

"Wie kam es hierher?" sagte einer, "ich war mit der erste auf dem Markte."

"Wir fanden es schon bei Tagesanbruch", erwiderte ein Fruchthändler, "niemand war dabei."

zu heben, zur Sprengung des Dreibundes führen. Die Rehabilitirung Crispi's ist mißlungen und — der Dreibund gesprengt. —

Der "Frankfurter Zeitung" ist das Mißgeschick widerfahren, sich die Zufriedenheit der "Kreuz-Zeitung" zuzuziehen. Sie brachte nämlich aus der Feder eines ihrer Pariser Korrespondenten einen so albernen Artikel über die Jämmerlichkeit des parlamentarischen Regiments in Frankreich und der 600 "unverantwortlichen Könige" — der Abgeordneten — daß die "Kreuz-Zeitung" sich mit dem Inhalt einverstanden erklären konnte und sofort die Anwendung auf Deutschland zog.

Mit dem Beschimpfen und Verhöhnern des Parlamentarismus ist es ein heißes Ding, wenn man nicht eine höhere Regierungsform anstrebt, in der es kein Klassenregiment und keine kapitalistische Korruption giebt. In dieser glücklichen Lage sind aber nur die Sozialisten. Wer vom bürgerlichen Standpunkt aus den Parlamentarismus bekämpft, arbeitet mit Nothwendigkeit dem Absolutismus in die Hände.

Die Korruption liegt eben in dem System des Kapitalismus. Und unter absolutistischen Regierungen ist sie wahrhaftig nicht geringer als unter parlamentarischen. Bekannt ist das Wort des russischen Zaren Nikolaus I an den französischen Gesandten: "In meinem Land stehlen alle Menschen, ich allein ausgenommen!"

Das Wort ist wahr — höchstens die Ausnahme problematisch. Gold und Silber brauchte er nicht zu stehlen, sintermalen er es "legitim" nehmen konnte, wo er es fand — aber wie viel Land hat er gestohlen! —

Das "Attentat" auf den französischen Präsidenten hat sich als die harmlose That eines harmlosen Narren herausgestellt, der schon vor einigen Wochen einmal in der Kammer einen ähnlichen Versuch gemacht hatte, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Der Revoluer war, wie die Untersuchung ergab, nur mit blinden Patronen geladen.

So attentatsbedürftig auch der arme Meline sein mag, aus diesen zwei blinden Schüssen läßt sich beim besten Willen nichts machen, und die gesammte Pariser Presse bezieht sich denn auch, den "nicht politischen Charakter" des Attentats festzustellen. Daß dieses Selbstverständliche für nöthig erachtet wird, ist allerdings ein Beweis für die Ungelehrtheit der Verhältnisse. — Vermerkenswerth ist die Wuth der Menge, als es hieß, ein Attentat sei verübt worden. Das Wort "Anarchist" wurde ausgesprochen, und es genügte, einen solchen Sturm der Empörung zu erwecken, daß der unglückliche Schütze — Francois — sowie ein Zuschauer, der mit ihm verwechselt wurde, nur mit größter Anstrengung von der Polizei vor blutiger Lynchjustiz bewahrt werden konnten.

Nach einer Mittheilung der Abendblätter sollen verschiedene Monarchen Europa's, auch der deutsche Kaiser, dem Präsidenten Faure zu seiner Rettung aus Attentatsgefahren Glück gewünscht haben. Das klingt uns doch sehr unwahrscheinlich. —

Die Ermordung des ungarischen Magnaten Szaraz, welche gestern telegraphisch gemeldet ward, stellt sich als ein agrarischer Gewaltakt — agrarian outrage, wie der irische Ausdruck lautet — heraus. In Ungarn herrschen irische Landjunker; Baron Szaraz war ein landbekannter Bauernschinder und schon früher war ein Mordversuch auf ihn begangen worden. — Es scheint auch eine Fuchsmühlerei im Spiel gewesen zu sein. Man telegraphirt:

Budapest, 15. Juli. Die im Laufe der Untersuchung wegen Ermordung des Reichsraths-Abgeordneten Grafen Szaraz gewonnenen Anhaltspunkte deuten darauf hin, daß der Mord ein Racheakt unzufriedener Bauern war, da die gräfliche Familie mehrere Prozesse über Besitztiteligkeiten mit der Bauernschaft hatte, welche in der letzteren Unzufriedenheit erregten. Auch ein vor zwei Jahren verübtes Attentat gegen den Grafen Szaraz war aus ähnlichen Beweggründen zu erklären; der Thäter wurde bisher nicht festgesetzt. —

Aus Savannah wird unterm heutigen Tage telegraphirt:

Morgen — den 16. Juli — wird im Amtsblatte ein Dekret veröffentlicht werden, in welchem angekündigt wird, daß vom 15. August d. J. ab alle nicht eingeschriebenen Ausländer sich nicht auf ihre fremde Staatsangehörigkeit berufen können, wenn sie wegen Aufruhrs festgenommen werden.

"Weshalb glaubt Ihr aber, daß Rienzi seine Hand dabei im Spiele gehabt hat?"

"Weshalb? wer sollte es denn sonst gewesen sein?" riefen zwanzig Stimmen zugleich.

"Wahr! Wer sonst?" wiederholte der riesige Schmied. "Ich könnte darauf schwören, der gute Mann verwandte fast die ganze Nacht dazu, um es selbst zu malen. Bei dem Blute St. Peters! es ist mächtig schön! Was stellt es vor?"

"Das ist das Räthsel", sagte ein nachdenkliches Fischerweib, "wenn ich es herausbringen könnte, so würde ich glücklich sterben."

"Es ist ohne Zweifel etwas von Freiheit und Abgaben", sagte der Fischer Luigi, indem er sich über die Ketten lehnte. "Ach, wenn Rienzi wollte, so würde jeder arme Mann sein bishen Fleisch im Topf haben."

"Und so viel Brot als er essen könnte," setzte ein blasser Bäcker hinzu.

"Pah! Brot und Fleisch — das hat jedermann! — aber was für Wein die armen Leute trinken! Man hat nicht den Muth, sich mit seinem Weinberg Nähe zu geben", sagte ein Weingärtner.

"Go, hallo!" — lange lebe Pandulfo di Guido! — macht Plaz für Herrn Pandulfo; er ist ein gelehrter Mann; er ist ein Freund des großen Notars; — wird uns das Bild erklären; macht Plaz da — macht Plaz!"

Langsam und bescheiden schritt Pandulfo di Guido, ein wohlhabender und angesehenes Gelehrter, den nur die unruhigen Zeiten aus seinem Studirzimmer aufstöbern konnten, gegen die Ketten. Er betrachtete lange und aufmerksam das Gemälde, das von noch feuchten Farben erglänzte. Das Volk drängte sich mit offenen Mäulern um den Gelehrten, während sie bald auf das Gemälde, bald auf Pandulfo blickten.

"Versteht Ihr," sagte endlich Pandulfo, "den klaren handgreiflichen Sinn dieses Gemäldes nicht? Seht, wie Euch der Maler eine offene, stürmische See dargestellt hat — seht, wie ihn Wellen —"

(Fortsetzung folgt.)

Dieses Telegramm spricht Bände. Es bestätigt — was bisher geleugnet wurde — daß amerikanische Freischaren an der libanesischen Küste gelandet sind — und fortwährend landen. Die Rebellen beherrschen nämlich den größten Theil der Küste, und wenn auch die spanischen Schiffe um die Insel herumkreuzen, so sind dieselben doch nicht im Stand, eine hermetische Abschließung (Blockade) zu bewerkstelligen.

Das Dekret richtet sich also gegen die Vereinigten Staaten. Es ist ein Verzweiflungssakt. Denn wird das Blut eines einzigen amerikanischen Bürgers vergossen, so steht auch die Macht der Vereinigten auf seiten des Aufstandes, und Spanien wird zerdrückt wie eine Eierchale in der Hand eines Riesen.

Deutsches Reich.

— Herr von Plöb überreicht uns folgende "Berichtigung": In Nr. 102 des "Vorwärts" ist folgende Aeußerung enthalten:

"Nach einer uns zugegangenen Mittheilung bezog Herr von Plöb vor zwei Jahren ein Gehalt von 15 000 M., im vorigen Jahre 20 000 M. Seine Spesen belaufen sich jährlich auf 5 bis 6 000 M. Außerdem soll er noch jährlich 8-10 000 M. liquidiren."

Ich erkläre hierauf: Sämmtliche in vorstehender Notiz enthaltenen Angaben sind un wahr!

Es ist im besonderen nicht wahr, daß ich ein Gehalt vom Bund der Landwirthe bezöge; es ist ferner nicht wahr, daß ich Spesen oder Unkosten auch nur annähernd in der mitgetheilten Höhe beim Bunde der Landwirthe liquidirt habe."

von Plöb,

L. Vorsitzender des Bundes der Landwirthe, Mitglied des dt. Reichstages.

Herr v. Plöb hätte besser gethan mitzutheilen, wie hoch die "Spesen und Unkosten" sind, die er beim Bunde der Landwirthe liquidirt hat — und liquidirt. Und dann "ein Gehalt"?! Diese Abfertigung nimmt uns Wunder. Verbürgt Herr v. Plöb vielleicht für die thatsächlich ausgezahlten Geldbeträge eine andere Rubrikirung in seiner Mannesbrust? Der händlerischen "Deutschen Tageszeitung", die heute morgen schon die obige Zuschrift abdrucken konnte, scheint die Mangelhaftigkeit der Erklärung des Herrn v. Plöb doch zum Bewußtsein gekommen zu sein, sonst würde sie nicht unter Schimpfwörtern, die die gedrückte Stimmung verbergen sollen, den agrarischen Feldenvater folgendermaßen zu einer offenen Aussprache er-muthigen:

Es ist selbstverständlich, daß Herr v. Plöb keine Veranlassung findet, den gehässigen und lügenhaften Angaben der Blätter vom Schlage der "Germania", des "Vorwärts", des "Deutschen Reichsblattes" u. s. w. gegenüber eine positive Erklärung abzugeben. Seinen Freunden und den Mitgliedern des Bundes gegenüber aber wird er schon die passende Gelegenheit finden, eingehendere thatsächliche Mittheilungen zu machen."

— Den Reichstags-Wahlkreis Brandenburg sucht die Rheinisch-Westfälische Zeitung" (Schlotjuncker-Organs) für die Nationalliberalen durch folgendes Liebeswerben bei den Agrariern zu retten: "Diesmal wird die Eroberung des Kreises durch die Sozialdemokraten nur verhindert werden, wenn sich die anderen Parteien von vornherein entschließen, für den national-liberalen Kandidaten einzutreten. Die Ausstellung eines solchen muß baldmöglichst geschehen. Auch dürfte es sich empfehlen, nur einen solchen Herrn als Kandidaten vorzuschlagen, der sichere Aussicht hat, die kräftige Unterstützung des Bundes der Landwirthe zu finden. Wir würden es daher gern sehen, wenn ein im Wahlkreise selbst ansässiger, der national-liberalen Partei angehöriger Landwirth den Wählern als Kandidat präsentirt wird."

Also ein nationalliberaler Agrarier wird im Kreise Brandenburg gesucht. Wer wagt es: Rittersmann oder Knapp? —

— Ein kirchlich-sozialer Kongress, wie er im Gegenfatz zu dem "evangelisch-sozialen" Kongress benannt wird, soll auf Betreiben des Herrn Stöcker im Herbst d. J. in Berlin zusammentreten. Der Aufruf ist an viele mit Herrn Stöcker in kirchlicher wie politischer Beziehung nicht auf demselben Standpunkte stehende Personen ergangen. Jedes wird in dem neuen Aufruf jede Gemeinschaft mit der modernen Theologie auch auf dem Gebiete kirchlich-sozialer Arbeit abgelehnt. Zugleich wird gegen den Versuch Widerspruch erhoben, der evangelischen Kirche das Recht, auf das öffentliche Leben einzugehen und einzuwirken, zu verhängen, während es vielmehr ihre Pflicht sei, insbesondere auf die wirtschaftliche Sicherung der abhängigen Klassen zu dringen. Also sozialreformerische Orthodoxie ist das Merkmal der neuen sozialpolitischen Kurpfuscherei des Herrn Stöcker. Troßdem er den jüngeren Christlich-Sozialen wie den liberal-strengeren Theologen gleichzeitig den Rücken lehrt und sogar die Redaktion des "Volk" mit dem reinen Stöcker-Geiste fortan füllen will, wollen die Konservativen doch nicht mehr von ihm wissen. Das kommt in einem heftigen Angriff der "Schlesischen Zeitung" auf den Holsprediger a. D. zum Ausdruck. Das Blatt verwahrt sich entschieden dagegen, das man auf Stöcker's scheinbares Müßiggang in konservativer Bahnen irgend welchen Werth lege und ihm entgegenkomme. Räthselhaft ist es da allerdings, auf was für Elemente Stöcker sich denn eigentlich nun stützen will. —

— Assessor Weblan ist aus dem Dienst im Auswärtigen Amt entlassen worden. Wie die Köln. Ztg. hört und wie das auch von vornherein selbstverständlich war, soll das Auswärtige Amt auf die Mitarbeit des Assessors Weblan verzichtet und ihn der Justizverwaltung zur Verfügung gestellt haben. Da soll er sich nur schleunigst in Gießen melden. —

— Dem Düsseldorf'schen Ehrengerichtskandal' der durch das Inzerat der beiden verabschiedeten Offiziere in die Öffentlichkeit gebracht wurde, liegt nach einer Darlegung der "Rheinischen Zeitung" folgender Vorfall zu grunde:

Vor einiger Zeit ereignete sich in einer spiritistischen Versammlung der Umstand, daß eine absichtliche Störung der Veranstaltung vorkam, obwohl alle Erschienenen ihr Ehrenwort abgegeben hatten, die Sache durchaus ernst zu behandeln. Der Thäterhaft wurde einer der Anwesenden beschuldigt, der sich dagegen wehrte und verschiedene Forderungen erhob. Einer der von ihm Geforderten erklärte, daß er die Forderung nicht annehme, weil der andere sein Ehrenwort gebrochen habe, worauf der letztere ihn thätlich insultirte. Hierfür hat der betreffende Herr, ein Gerichtsreferendar, der mittlerweile von Düsseldorf verschwunden ist, eine Geldstrafe von 10 M. erhalten; über den Bruch des Ehrenwortes fällt das Gericht keinen Spruch. Unter den Geforderten befanden sich auch ein Rittmeister a. D. und ein Premierlieutenant der Landwehr a. D. Dieserhalb hatte sich der Ehrenrath zunächst mit der Sache zu befassen, der dem Herausforderer als satisfaktionsfähig erklärte. Die beiden genannten Herren lehnten gleichwohl die Annahme der Forderung ab, und so fand nochmals unter Aufsichtung des ganzen Apparats eine mehrere Tage dauernde Sitzung des Ehrenraths statt, deren Ergebnis nunmehr bekannt wird, und zwar durch die davon Betroffenen selber.

Diese Darstellung läßt die Unvereinbarkeit der Wirkungen des Gethens von uns besprochenen ehrengerichtlichen Verfahrens mit Geseh und Recht um so klarer hervortreten. —

— Unschuldig verurtheilt gewesen. Wie wir der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“ entnehmen, verurtheilte am 18. September 1895 die Strafkammer in Dortmund den Musiker Franz Regula wegen widerrechtlicher Unzucht zu vier Monaten Gefängnis. Alles sprach für die Schuld des Angeklagten; der Thäter hatte einen Zylinder getragen, der Angeklagte auch, seine Kleider mußten Kalfspuren aufweisen, die des Angeklagten waren damit beschnitten, außerdem belästete ein Kollege des Angeklagten diesen ebenfalls. Der Angeklagte behauptete seine Unschuld, was half, der Verdacht war gegen ihn! Nach langen Bemühungen ist es dem Angeklagten gelungen, die Wiederaufnahme des Verfahrens durchzusetzen, und in der jetzigen Verhandlung stellte sich seine Unschuld vollständig heraus. Jener Zeuge, sein Kollege, war der Thäter; er hat es vorgezogen, Deutschland sofort nach jener Verhandlung zu verlassen, da er sonst nicht nur wegen des Verbrechens, sondern auch wegen Meineids belangt worden wäre. Wahrscheinlich wäre damals die Verurtheilung eines Unschuldigen vermieden worden, wenn eine Jengin nicht zu schlichten gewesen wäre, mit ihrem Wissen hervorzutreten. Der Thäter hat nämlich schwarzes Haar gehabt, der Angeklagte ist aber hellblond; die Jengin wagte nicht, nachträglich dies anzugeben. Regula wurde freigesprochen, auch die Kosten der Verteidigung wurden der Staatskasse auferlegt. Wer entschädigt aber den Mann, der inzwischen wirtschaftlich sehr zurückgegangen ist, da er mit diesem Makel keine Stelle finden konnte?

— Dem Sergeanten Zsch, der in München die bekannten schneidenden Verhaftungen mit geladenem Gewehr im Pflanzgarten vornahm, ist, wie berichtet wird, die erneute Kapitulation nicht gestattet worden.

— Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht folgendes: Ueber die Entdeckung des Brandes des Zeughauses III zu Metz, über die Anlage des Zeughauses selbst und seinen Inhalt sind in der Presse der letzten Tage mannigfache Unrichtigkeiten enthalten.

Wie das Feuer entstanden ist, ist zur Zeit noch nicht festgestellt; es schweben hierüber gerichtliche Erhebungen, bis zu deren Beendigung voraussichtlich noch längere Zeit vergehen wird.

Das Gebäude, in dem das Feuer entstand, war in Fachwerk mit Ziegelausfüllung erbaut; das Dach war mit Dachpappe eingedeckt. Der Theil dieses Gebäudes, in dem das Feuer zuerst bemerkbar wurde, liegt 95 Meter von den Geleisen der Eisenbahn entfernt, während der zuletzt vom Feuer ergriffene Theil noch 85 Meter von der Bahn abliegt. Die Eindeckung mit Dachpappe wird von technischer Seite für vollständig sicher gegen Hochfeuer von Lokomotiven gehalten.

Bis zu einer in einigen Zeitungen erwähnten Kesselwerkstätte sind es noch 80 Meter.

Eine besonders exponierte Lage des Zeughauses dürfte somit nicht vorliegen. (V)

In dem Zeughaus III sind zwei Brunnen, die bei der zur Zeit in Metz herrschenden Trockenheit jedoch nicht genügend Wasser gaben; die Anlage einer besonderen Wasserleitung war zur Zeit des Brandes in Ausführung begriffen. Sprengstoffe, Pulver und geladene Granaten haben nie im Zeughaus III gelagert; die durch die Hitze zur Entzündung gekommenen Händladungen lagerten in 8 von einander entfernten, besonderen, durch Ziegelmäure von dem übrigen Raum abgetrennten Abtheilungen des Wagenhauses. Der Inhalt der noch stehenden Schuppen ist gänzlich ungefährlich.

Wenn erwähnt wird, daß das Publikum nicht gewarnt und zuerst in Unkenntnis gehalten sei über die Gefahr, so ist dies unrichtig. Sofort nachdem diejenigen Persönlichkeiten, welche über den Inhalt des Wagenhauses orientiert waren und nur sein durften, also auch allein über eine etwaige Explosionsgefahr Auskunft geben konnten, ihrer Zusturzung gemäß sich auf die Brandstelle begeben hatten, ist der allerfeinst gebildete Warnungsdrum und ein Warnungssignal ertönen. Bis zur Explosion ist noch eine geraume Zeit vergangen, die leider nicht von allen benutzt worden ist, sich der drohenden Gefahr zu entziehen; es haben sich im Gegentheil sogar eine Anzahl Leute, die sich zuerst entfernt hatten, der Gefahrstelle wieder genähert, als die Explosion nach ihrer Anzündung noch eine zeitlang auf sich warten ließ.

Der letztere Abzug berichtet tatsächlich gar nichts. „Diejenigen Persönlichkeiten“, die von der Gefahr wußten, waren nicht zur Stelle und andere, die nicht davon wußten, haben die Leute beruhigt, wie aus den Mittheilungen der zur Klärung herbeigeeilten Metzger Bürger hervorgeht. Daß die Lage des Zeughauses gefährlich war, geht aber genügend aus der Geschichte der Explosion selbst hervor. Das Unheil, das die Explosion angerichtet hat, kann durch noch so viele offizielle Erklärungen nicht aus der Welt geschafft werden. —

England.

London, 15. Juli. Es wird hier erwartet, daß die Regierung die irische Landbill zurückziehen werde, als eine so streitige Maßregel, daß es unmöglich sein würde, sie vor der im August stattfindenden Vertagung des Parlaments durchgehen zu lassen. — Der „Times“ zufolge erklärte Russell, daß ein starker, plötzlicher Umschlag der Stimmung in Ulster gegen die Unionisten-Partei stattfinden würde, wenn die Landbill aufgegeben würde. —

Frankreich.

Paris, 15. Juli. (Fig. Ver.) Die Schlußsitzung der Kammer war eine würdige Krönung der fruchtlosen, unter aller Kritik stehenden Session. Um ja recht bald dem wackeligen Kabinett Ruhe zu verschaffen und die Gluthitze der Hauptstadt mit erquickender Meer- oder Bergluft vertauschen zu können, votierte die Kammer unbefehlt, auf Kommando der mit der Regierung unter einer Decke spielenden Budgetkommission die über 19 Millionen Franken betragenden Nachtragskredite. Auf diese Summe beläuft sich nämlich das Defizit für das erste Halbjahr. Außerdem wurden in der vorletzten Sitzung ebenso prompt 1700 000 Fr. für Erhöhung des Postens der Zivilbeamten-Pensionen bewilligt. Schließlich wurde eine Interpellation über Madagaskar mit rasender Eile durch den einfachen Uebergang zur Tagesordnung erledigt, trotzdem die Lage in der neuesten „französischen Kolonie“ so verwickelt ist, daß die Regierung nächstens eigentlich eine zweite Expedition unter organisieren müssen. Kein Mitglied der Mehrheit konnte den Tendentis, welche die Regierung den Ausführungen des radikalen Interpellanten entgegensetzte, den geringsten Gläubigen schenken. Denn selbst die Berichte der ministeriellen Presse schildern Madagaskar als den Schauplatz einer allgemeinen Rebellion. Die Aufständischen bedrängen bereits die Hauptstadt Tananarivo. Die Truppen können sich nicht fünf oder nach einigen Richtungen hin sogar zwei Kilometer weit aus Tananarivo hervorzuziehen, ohne sich regelrechten Angriffen ausgesetzt zu sehen. Im Innern der Stadt muß die Garnison stets auf der Hut sein vor einem Uebergang seitens der Eingeborenen. Dabei sind die französischen Soldaten durch das Klima und die mangelhafte Ernährung körperlich arg herabgekommen. — Die französische Zivilbevölkerung der Hauptstadt depeßierte dieser Tage dem Ministerpräsidenten folgendes: „Angesichts der kritischen Situation verlangen wir energische Maßnahmen und wirksamem Schutz.“ Ein soeben aus Madagaskar zurückgekehrter Journalist äußert sich über die Lage wie folgt: „Die Insel wird nur dann französischer Besitz werden, wenn es dort keine Fohavalos („Räuber“, d. h. Aufständische) mehr geben wird; in Wäldern werden aber alle Eingeborenen sich in Fohavalos verwandeln.“

Die fieberhafte Hast der Regierung, die Kammer nach Hause zu schicken, erklärt sich mit gerade aus ihrem Wunsch, unbedeutend eine zweite Madagaskar-Expedition ins Werk setzen zu können. Die nöthigen Kredite kann sie ja sehr bequem vermittels einfacher Dekrete anordnen. Die früheren Erfahrungen lehren, daß das

Parlament aus „patriotischen“ Rücksichten nachträglich alles gutheißen wird.

Die sozialistischen Abgeordneten haben bereits die übliche Ferien-Agitation begonnen. In Marseille sprachen gestern vor einer Zuhörerschaft von 6000 Mann Jaurès, Millerand, Guesde, Viviani, Carnaud u. a. m. Es war eine großartige Kundgebung gegen das „Ministerium des Bankrotts“ (Millerands Ausdruck), gegen die entmannte Volksvertretung und die moralische Verfassung. Drei Tage lang werden Propaganda- und Festversammlungen in Marseille und in den benachbarten Städten und Ortschaften stattfinden. Der Bürgermeister von Marseille, Genosse Floissières, hatte den sozialistischen Abgeordneten zu Ehren ein vollständiges Banket unter offenem Himmel veranstalten wollen. Sozialistendoktor Barthou, der nichts zur Verhinderung der hierischen Straßendemonstrationen gethan hatte, verbot das sozialistische Festessen in einem obendrein umzäunten Räume. Er machte sich aber dadurch nur wiederum lächerlich. Das Banket fand dennoch unter zahlreicher Theilnahme im Hofe der städtischen Kunstschule statt.

Spanien.

Madrid, 15. Juli. Die Kammer nahm mit 203 gegen 77 Stimmen den Entwurf der Antwort auf die Thronrede an. Im Laufe der Debatte erklärte der Ministerpräsident Canovas del Castillo, die Regierung sei entschlossen, vor oder nach Wiederherstellung der Ruhe politische und wirtschaftliche Reformen einzuführen, welche zur Dezentralisation beitragen werden. —

Rußland.

— In Michail Sitrowo, der am 18. Juli plötzlich in Petersburg verstorben ist, verkörpert die russische Diplomatie eine ihrer charakteristischsten Gestalten. In der „Frankfurt. Ztg.“ wird sein Wirken folgendermaßen geschildert: „Weiteren Kreisen ist Herr Sitrowo durch seine Thätigkeit in Sofia und dann in Bukarest bekannt geworden. In der Hauptstadt Bulgariens arbeitete er noch mehr durch Ueberredung und mit Geld auf eine Stärkung des russischen Einflusses, allein von Bukarest aus, wohin er versetzt wurde, weil ihm der Boden in Sofia zu heiß geworden war, leitete er die Verschwörungen gegen die Herrschaft des Fürsten Alexander nicht nur durch Befehlsungen, sondern auch unter Benutzung von Bomben und Dolchen. Am schärfsten ist diese Thätigkeit Sitrowos wohl durch die Veröffentlichungen Jakobsons, des ehemaligen Dragomans der russischen Gesandtschaft in Bukarest und Vertrauten Herrn Sitrowos, gekennzeichnet worden. Jakobson ist bekanntlich erst vor 2 1/2 Monaten gestorben und Sitrowo hat gewiß nicht gedacht, daß er ihm so schnell folgen werde. Noch im Jahre 1889 stand Sitrowo sehr fest in der Gunst Alexanders III. Im April des erwähnten Jahres wurde er „in besonderer Würdigung der Dienste, die er dem Staate geleistet hat“, zum Hofmeister des luxuriösen Hofes unter Befassung seiner Stellung ernannt. Aus jener Zeit stammt auch das letzte Wort, das Sitrowo aus Anlaß der Ankunft des Prinzen Ferdinand von Hohenzollern, jetzigen Thronfolgers von Rumänien, in Bukarest in Kreise seiner Gesandtschaften äußerte. „Bisher“, sagte er, „habe ich es nur mit einem Ferdinand (von Bulgarien, Ned.) zu thun gehabt, nun haben wir deren zwei. Um so besser; dann werden beide Arm in Arm ihre Reise nach Deutschland antreten.“ Es ist aber doch anders gekommen. Die beiden Ferdinande sitzen noch fest in ihren Ländern, allein die Enthaltungen Jakobsons ließen es der russischen Regierung doch rathsam erscheinen, Sitrowo von dem Schauplatz seiner langjährigen Thätigkeit zu entfernen. Er wurde als russischer Gesandter nach Japan geschickt und es dürfte noch in jedermanns Erinnerung sein, wie er auch von Tokio aus die alten Methoden der Gewaltthätigkeit in Korea zur Anwendung gebracht hat. Raas, um er so viel dazu beigetragen hat, den japanischen Einfluß aus Korea zu verdrängen und den russischen Einfluß zu festigen, war er zur Kaiserkrönung nach Moskau gekommen, um dort mit seinem Vater dem Fürsten Lobanow bei dessen Verhandlungen mit dem Vertreter Japans beizustehen und den vollständigen Triumph Russlands zu sichern.“

— Der Tod des Oberjägermeisters des deutschen Militärinstructors, des Unteroffiziers Krause durch die chinesischen Soldaten in Rankung wurde, jetzt folgende Einzelheiten bekannt: Am Morgen des 1. Juni rückten die Lieutenants v. Teitenborn und v. Bodenhausen mit ihren Kompanien nach dem hinter dem Jansen des Bicklöwis liegenden Exerzierplatz. Eine Abtheilung der vicelöniglichen Leibwache machte dort ein Exerzium, räumte aber den Platz den beiden von den deutschen Lieutenants geführten Kompanien. Am Nachmittag hatte der Instrukteur Krause mit seiner Kompanie auf demselben Platze Dienst. Es fiel ihm zwar auf, daß die 200 Mann starke Kompanie des Generals Liu nach der feierlichen Antritt, doch legte er dem Umstande keine besondere Bedeutung bei. Als Krause sich umdrehte, stürzte die Kompanie geschlossen auf ihn ein, er bekam einen Schlag mit der Fahne über den Kopf, so daß er sich nicht mehr auf dem Pferde halten konnte. Dann wurde mit Stöcken und Fahnen und Steinen auf ihn eingehauen und mit Steinen gemorren. Als er den Revolver ziehen wollte, erhielt er einen Stich in den betreffenden Arm, doch gelang es ihm schließlich, zu entkommen. Die Wunde Krauses ist nicht lebensgefährlich. Der Vizelönig von Rankung, Liu Kun-hy, hat dem deutschen Generalkonsul dort, Dr. Stübel, sein Bedauern über den Vorfall ausgedrückt und ihn benachrichtigt, daß alle an dem Angriffe beteiligten Personen festgenommen und gezielt bestraft werden sollen; der Kommandant der angreifenden Abtheilung, namens Tseng Tschischa, ist sofort des Kommandos entsetzt worden, auch hat sich der Vizelönig bereit erklärt, Herrn Krause ein angemessenes Schmerzensgeld zu zahlen; die Verlesung der vicelöniglichen Truppenabtheilung ist ebenfalls in Aussicht genommen. —

Amerika.

— Vom kubanischen Aufstand. Nach einer in Madrid eingelaufenen Depesche von Kuba hat die Bark „Antonio Lopez“ eine Freibeuterbarke gekapert; die Besatzung der letzteren ist gefangen genommen. Ein andere Depesche meldet, daß die Aufständischen durch Legung elektrischer Drähte die Zerstörung eines Eisenbahnzuges bei Matanzas bewirkten; dabei wurden 6 Personen getödtet und 18 verwundet. Mehrere Wagen wurden zertrümmert. —

Anträge für den Internationalen Sozialdemokratischen Arbeiter-Kongress.

(Schluß.)

Zur Stellung des Kongresses gegenüber dem Militarismus und Krieg liegen 7 Anträge vor, darunter eine längere Erklärung des englischen Vereins der Fabrier, deren Schlupfpassus besagt:

„Daß die einzig mögliche Garantie für den Frieden der Welt in der Konsolidierung der Interessen der vorgeschrittenen Staaten auf sozialdemokratischer Basis liegt. Der Krieg existirt heut hauptsächlich darum, weil ein Theil der Gesamtheit aus ihm immense Profite ziehen kann. Wenn dies durch die Sozialisierung der Industrie in England, Frankreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika unmöglich gemacht würde, so würden diese vier Staaten nicht nur aufhören, sich gegenseitig zu bedrohen, sie würden sich auch verbinden, um den in der sozialen Organisation weniger vorgeschrittenen Nationen den Frieden aufzuzwingen. Deshalb legt dieser Kongress, während er den

Bestrebungen der Friedens- und Schiedsgerichts-Gesellschaften seine herzliche Sympathie schenkt, ihnen dringend ans Herz, stets daran zu denken, daß, so lange nicht der Gegensatz in den sozialen Interessen gelöst ist, der die Konflikte zwischen Kapital und Arbeit im eigenen Land hervorruft, die internationale Solidarität unmöglich verwirklicht werden kann.

Der Gewerkschaftsrath von Leicester, England, beantragt:

Dieser Kongress gewerblicher Arbeiter fordert alle Regierungen auf, behufs Beilegung von Streitigkeiten an die Stelle des Krieges ein nationales Schiedssystem treten zu lassen.

Von der französischen Arbeiterpartei liegt folgende Anregung vor:

Der Kongress möge die allmähliche und gleichzeitige Herabsetzung des Militärdienstes in den europäischen Armeen auf Grundlage internationaler Konvention diskutieren.

Groß in Worten und möglichst unpraktisch in den vorgeschlagenen Mitteln zeigt sich Herr Nieuwenhuis auch dieses Mal wieder in dieser Frage, indem er durch seinen Anhang — Holländische Sozialistenpartei — folgenden Antrag einbringen ließ:

Dieser Kongress beschließt, die internationale Arbeiterpartei aufzufordern, sich in Bereitschaft zu halten, jede von Regierungen ausgehende Kriegserklärung schleunigst mit einem Generalstreik der Arbeiter in allen Zweigen der Industrie, des Handels und des Geschäftslebens zu beantworten, wo immer die Arbeiter im Stande sind, einen Einfluß auf den Krieg auszuüben, sowie in den von dem Kriege betroffenen Ländern die Kriegserklärung mit Verweigerung des Militärdienstes zu beantworten.

Den Antragstellern scheint es wirklich nur um einen Heiterkeitserfolg zu thun zu sein.

Zu dem Punkte: Erziehung und körperliche Entwicklung liegen nur Anträge von englischen Organisationen vor. Für die Richtung, in welcher sich dieselben bewegen, können die nachstehenden Anträge als typisch gelten:

- Dieser Kongress verlangt:
1. Daß das früheste Alter, in dem Kinder als Halbzeiter gewerblich beschäftigt werden dürfen, sofort auf das vierzehnte Jahr und in zwei Jahren auf das sechzehnte Jahr erhöht werde.
 2. Daß in gleicher Weise als das früheste Alter für Vollzeiter das sechzehnte und in zwei Jahren das achtzehnte Jahr festgesetzt werde.
 3. Daß das früheste Alter für Arbeit in Bergwerken, Gasanhalten, Eisenwerken und allen gefährlichen Beschäftigungen sechzehn Jahre sein soll.
 4. Daß der Staat für ein wirksames System unentgeltlicher, obligatorischer und mit freiem Unterhalt verbundener technischer Erziehung vorzuziehen soll für Kinder während der Zeit nach Verlassen der Elementarschule bis zu dem Alter, wo sie als Arbeiter voll beschäftigt werden dürfen.

Verein der Fabrier, England.
Dieser Kongress ist der Meinung, daß die Zeit gekommen ist, wo die Nationen aufhören sollen, ihre Reiche aus Kinderherzen aufzubauen, und es aufgeben sollen, ihre Vermögen aus dem vernichteten Leben der Kinder zu prägen, und er verlangt als vorläufiges Minimum von allen Regierungen die Abschaffung der Kinderarbeit bis zum Alter von fünfzehn Jahren und von aller Nachtarbeit bis zum Alter von achtzehn Jahren. Verein der Gasarbeiter England.

Durch internationale Abmachungen soll bestimmt werden, daß Kinder unter vierzehn Jahren nicht in Arbeit treten dürfen. Vereinigte Gewerkschafts- und Arbeitsräthe von Yorkshire.

Zur Organisationsfrage liegen ebenfalls eine Anzahl Anträge vor. Von englischen Organisationen wird die Gründung eines internationalen Bundes und Einsetzung einer ständigen Exekutive beantragt. Die spanische Arbeiterpartei beantragt die Herausgabe einer Zeitschrift, die alle drei Monate erscheinen und einen Bericht über die bedeutendsten Ereignisse in der sozialistischen Welt enthalten soll.

Der allgemeine Verein holländischer Zimmerer wünscht dagegen die Einsetzung eines internationalen Gewerkschaftssekretariats, und der Verein sozialistischer Lehrer in Holland fordert alle sozialistischen Organisationen dringend auf, die sozialistischen Lehrer ihrer betreffenden Länder zu organisieren.

Den Schluß der Anträge bilden eine Reihe von Vorschlägen für die Verhandlungen der zukünftigen Internationalen Arbeiter-Kongresse, sich nur einer bestimmten Sprache zu bedienen.

Weiter schlägt das Walsall-Amnestie-Komitee, England, Resolutionen vor, die sich gegen die Verfolgung und Bestrafung politischer Gegner aussprechen, die Freilassung aller politischen Gefangenen in England und allen übrigen Staaten fordern und eine internationale Agitation zu diesem Zwecke inszenirt wissen wollen. Eine der Resolutionen protestirt gegen das erbärmliche System polizeilicher Propaganda von Komplotten, wie es in dem Fall der im April 1892 zu Stafford verurtheilten Personen Charles, Gates und Battola sich gezeigt hat.

Ein Antrag der Föderation der Gewerkschaften des französischen Departements Bouche-du-Rhone verlangt: „Unterdrückung der Arbeitsvermittlungsgeschäfte (Bureaux de placement).“

Damit wollen wir unsere Anträge aus den bereits vorliegenden Anträgen schließen. Unsere Leser sehen, daß der Kongress ein reiches Pensum zu erledigen haben wird, und außerdem zeigen die Anträge, wie die Leiden und Hoffnungen der Proletarier aller Kulturländer sich in der gleichen Richtung bewegen. Der bevorstehende Kongress wird die Begiehungen der Proletarier aller Kulturländer weiter festigen und stärken, er wird unpraktische Utopistereien und hohle Renommance ebenso energisch zurückweisen, als es ihm andererseits sicher gelingen wird, die Bewegung zur Befreiung der Arbeiter aller Länder ein tüchtiges Stadium vorwärts zu bringen. Gegenüber dem völkerverhöhnenden Chauvinismus und der angehts des in Waffen stehenden Europas wird der Kongress Arbeiter aller Kulturländer der Welt in London ein Protest und eine Kundgebung zugleich sein. Ein Protest gegen die alte Ordnung mit ihrer Ausbeutung und Kassen- und Bülterthei; eine Kundgebung für den Weltfrieden, den wirklichen Fortschritt und die soziale Befreiung.

Partei-Nachrichten.

Eine Jubiläums-Nummer veröffentlicht unser dänisches Parteiorgan, der „Sozialdemokraten“. Auf prächtigen Papier in dem bekannten Riesensformat, roth gedruckt, bringt diese „rothe Nummer“ die Geschichte des Blattes, welches jetzt 25 Jahre alt ist, und die Geschichte der Bewegung, welche die Geschichte des Blattes ist. Eine Karte Dänemarks mit rothen Punkten stellt die Verbreitung der Partei bildlich dar, zahlreiche Illustrationen bringen uns für die Parteigeschichte wichtige Ortlichkeiten und Personen zur Anschauung und in stolzem Rothe prangt oben auf der rechten Seite die Ziffer: 80 000 als „Sozialdemokraten's daglige Oplag“ (des Sozialdemokrat tägliche Auflage).

Zur Zeit der Gedächtnisnummer, die 1885 erschien, betrug die tägliche Auflage bloß 20 000 — also ein Wachsthum von 10 000 in 10 Jahren — jedes Jahr 1000!

Bravo! Nur immer voran! —
Ein neues sozialistisches Blatt erscheint seit dem 1. Mai in Sao Paulo, Brasilien. Es ist ein Wochenblatt, dessen erste 6 Nummern uns vorliegen. Der Text ist dreisprachig: portugiesisch (der größere Theil), deutsch (etwa 1/4), und italienisch

(etwa 40). Wir wünschen dem neuen Mitstreiter — er heißt „O Socialista“ („Der Sozialist“) — bestes Gedeihen! —

Zur Neuwahl in Brandenburg a. S., welche durch den Tod des bisherigen Vertreters im Reichstag notwendig geworden ist, sind die gegnerischen Blätter bereits in der Lage, den sozialdemokratischen Kandidaten gegenüber ausgestellt zu werden. Diese Nachricht ist falsch, wie fast alles, was die gegnerische Presse über Vorgänge in unserer Partei zu berichten weiß. Unsere Brandenburgischen Genossen haben noch keinen Kandidaten aufgestellt, sobald dies aber geschehen sein wird, werden wir Notiz davon nehmen.

Der sozialdemokratische Parteitag für beide Mecklenburg und Lübeck findet am 13. und 14. September in Lübeck statt.

Von der Agitation. Genosse Jubel hielt am 15. Juli in Dresden vor einer imposanten Versammlung einen Vortrag über die Begehrlichkeit der Agrarier und die indirekten Steuern.

Julius Hoffmann, ein alter Parteigenosse ist am 9. d. Mts. in Leipzig infolge eines Schlaganfalls plötzlich gestorben. Geboren im Juni 1832 zu Stötteritz, nahm der Verstorbenen schon in früher Jugend lebhaften Anteil am politischen Leben. Begeistert für Freiheit und Gleichheit, ging er als sechszehnjähriger Jüngling zu den Mäurern der vierziger Jahre mit nach Dresden. Einer Verurteilung in dem gegen ihn und andere angehängten Prozesse entging er durch Entweichen aus der Wächterhülle des Herrn v. Buns. Nach der später den politischen Verbrechern gewährten Amnestie, und nachdem er in Braunschweig, Hamburg, Düsseldorf u. a. O. als Zigarrenarbeiter gearbeitet, kehrte er nach seinem Stötteritz wieder zurück. In seinem Geburtsorte entwickelte er immer im fortschrittlichen Sinne lebhafteste Tätigkeit. Seine Berufsgenossen suchte er anzuführen zum Zusammenschluss. Er gehörte auch zu jenen Arbeitern, die im Jahre 1863 Ferdinand Lassalle zum Vortrage in Leipzig anforderten. Befreundet mit F. W. Frickhe, war er einer der ersten Anreger zur Gründung von Gewerkschaften. Von Mitte der sechziger Jahre bis zu Ende der achtziger Jahre war er in Stollberg bei Chemnitz, zuletzt in Döbeln tätig. Im letzteren Orte gehörte er dem Gemeinderathe an und kämpfte auch da immer, wo es den Arbeitern und dem kleinen Manne Rechte und Selbstständigkeit zu erwerben galt. Nach Stötteritz zurückgekehrt und später nach Leipzig sich wendend, etablierte er sich im Südviertel als Zigarrenhändler. Hier war er den Arbeitern immer ein guter Freund und treuer Parteigenosse.

Der Gemeinderath in Leutzsch bei Leipzig lehnte mit großer Majorität einen Antrag unserer Genossen ab, der die Befreiung der Einkommen unter 400 M. von der Gemeindesteuer verlangte. Zur Begründung der Ablehnung wurde gesagt, daß jüngere Leute bei einem solchen Einkommen sehr wohl Steuern entrichten könnten. Wenn diese geringfügigen Staatsbürger den Arbeitern nur einmal vormachen wollten, wie man mit 400 M. auskommen kann.

Die städtische Verwaltung in Rößau hatte vor Kurzem unseren Genossen die Abhaltung von Versammlungen in dem großen Gärtnereischulden, der Eigentum der Stadt ist, verweigert. Im Stadtrath kam es nun zu einer lebhaften Debatte, da Dr. Caranus, ein Vertreter des Zentrums, die Aufhebung dieses Beschlusses beantragte eventuell befürwortete, allen Parteien die Herabgabe des Saales zu verweigern. Die Majorität konnte sich natürlich zu einer solchen toleranten Auffassung nicht erheben und lehnte den Antrag ab.

Internationaler Kongress für Arbeiterschuh. Aus Zürich wird uns geschrieben: Belanlich beschloß der Bundesvorstand des Schweizerischen Arbeiterbundes im April 1893 die Einberufung eines internationalen Kongresses für Arbeiterschuh, wobei er vom Bundesrath moralisch und mit einer Summe von 3000 Franks unterstützt wurde und wofür er einen längeren Anlauf an die Arbeiter aller Länder erließ, den wir damals im „Vorwärts“ veröffentlichten, für den aber die sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und Oesterreichs nicht eintreten. In der „Berliner Tagwacht“ veröffentlicht nun Genosse G. r. u. l. im Namen der Schweizer Delegierten zum internationalen Sozialistenkongress in London den oben erwähnten Aufruf neuerdings, dem er einen Appell an die englischen Sozialisten anfügt, daß sie sich für den Kongress aussprechen möchten, damit dann die Arbeiter anderer Länder sich anschließen. Haben wir eure Solidarität gewonnen? Schließt der Appell, „dann kommt auch die der Arbeiter anderer Länder.“ Wie haben zu diesem Vorhaben des Genossen G. r. u. l. nur zu bemerken, daß die österreichische und die deutsche Parteileitung sich seinerzeit ablehnend verhielten, um eine Häufung internationaler Kongresse zu vermeiden. Ob es nicht besser gewesen wäre, wenn Genosse G. r. u. l. sich erst mit den diversen Parteileitungen in Verbindung gesetzt hätte, ehe er den Aufruf erneut löst?

Der italienische Sozialistenkongress in Florenz. Florenz, 11. Juli. Der Saal, in welchem der Nationalkongress der italienischen Sozialisten stattfindet, war heute früh dicht gefüllt. Bald nach Eröffnung der Sitzung wurde auf Vorschlag des Advokaten Vescecci der antichristliche desigianische Bauernbundes zum Zuchthaus verurtheilt und jüngst amnestirte Genosse Bernardino Verro aus Palermo zum Präsidenten des Kongresses ernannt. Dann berichtete der Abgeordnete Agnini, als Sekretär der parlamentarischen Gruppe, über die Thätigkeit der sozialistischen Abgeordneten von dem Kongresse von Reggio Emilia an bis auf die Gegenwart. Man billigte die Haltung der sozialistischen Gruppe in der Kammer in der Frage des Strohschlechtsstreits, bei der Enquete über die Eisenbahnen, in der Frage des Religionsunterrichts, bei der Diskussion des Stats. Agnini und Costa wiesen nach, wie viel sie für die Propaganda und zum Schutze der arbeitenden Klassen in der Kammer gewirkt haben. Mit großer Mehrheit wurden die von Podrecca und von Morgari eingebrachten Tagesordnungen angenommen, in welchen der sozialistischen Gruppe im Parlament und dem Berichte des Sekretärs Beifall gezollt und zugleich der Wunsch ausgesprochen wird, daß die Partei im Stande sein möge, die Abgeordneten für ihre aufopfernde Thätigkeit zu entschädigen. Damit schloß die Sitzung. Die Nachmittags-Sitzung, welcher auch viele Damen beizuhören, wurde um 2 Uhr eröffnet. Anwesend waren die Abgg. Agnini, Vercesi, Costa, Ferri, Prampolini und Saffi. Der in Florenz eingetroffene Abg. Turati mußte wegen eines Halsleidens der Sitzung fernbleiben. Den Kongressmitgliedern wird der Bericht des Abg. Ferri über die Parteitaktik überreicht; er beantragt, die vor einem Jahre in Parma votirte Tagesordnung zu bestätigen, nach welcher die Sozialisten an Parlaments- und Gemeindevahlen als selbständige Partei theilnehmen sollen, ohne sich an der Wahlarbeit der Fraktionen der bürgerlichen Partei zu betheiligen; es soll ihnen jedoch freistehen, bei den Stichwahlen für denjenigen Kandidaten einzutreten, welcher einige Forderungen des sozialistischen Parteiprogramms aufweist. Der Sekretär des Zentralbureaus Dell'Avalle, erstattet Bericht über das moralische und das ziffermäßige Anwachsen der Partei. Der Finanzbericht wird gutgeheißen und dem Kassirer Decharge ertheilt. Eine Tagesordnung, welche dem Parteisekretär eine monatliche Entschädigung zuspricht, wird angenommen. Dann beginnt die Verhandlung über den wichtigen Artikel 4 der Tagesordnung des Kongresses, welcher die Organisation der Partei betrifft. Lazzari vertheidigt die vom Zentralbureau eingebrachte Tagesordnung, welche den Wunsch ausdrückt, daß die Sozialisten, in Erwägung, daß die anderen Formen der Organisation dem Charakter der Partei nicht entsprechen, sich der Organisation der Wählermassen widmen mögen. Mehrere Redner sind der Ansicht, daß die Parteithätigkeit sich

nicht auf den Wahlkampf beschränken dürfe, sondern daß die Partei auch andere Organisationen, wie die Arbeitskammern, die Widerstands- (Kampf-) Vereinigungen, die erzieherisch wirkenden Studentenclubs und so weiter ermutigen müsse. Es entsteht eine lebhaft, lange dauernde Diskussion. Viele Tagesordnungen werden eingebracht. Zuletzt bringt Ferri ein Amendement zur Tagesordnung Lazzari ein, welches die persönliche Zugehörigkeit der einzelnen Genossen zur Partei zur Hauptbedingung macht, aber auch wirtschaftliche Organisationen — je nach dem örtlichen Bedürfnis — gutheißt. Die Diskussion über die so modifizierte Tagesordnung Lazzari wird auf morgen vertagt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— Keine Majestätsbeleidigung, aber grober Unfug. Am 30. Juni d. J. wurde vor dem Landgericht Breslau gegen den Genossen Seiffert aus Hamburg als Redakteur der Lebenschrift zum 18. März wegen Majestätsbeleidigung verhandelt und wurde Seiffert schließlich freigesprochen. Neben dem Strafantrag wegen Majestätsbeleidigung hatte die Staatsanwaltschaft noch den Eventualantrag wegen groben Unfugs gestellt, bezüglich dessen aber gleichfalls Freisprechung erfolgte. Die Staatsanwaltschaft hat nun gegen das freisprechende Urtheil, soweit der „grobe Unfug“ in Frage kommt, Revision eingelegt. Seiffert soll nach Ansicht der Staatsanwaltschaft durch Herausgabe der Lebenschrift mindestens „groben Unfug“ verübt haben.

— Die rothe Fahne. Zum Empfang der Delegirten der Generalversammlung der Tabakarbeiter, die gegenwärtig in Stuttgart im Gasthaus zum „Hirsch“ tagen, hatte die Verwaltung des „Hirsch“ beschlossen, die den Gewerkschaften Stuttgarts gehörige Fahne auszuhängen. Doch die Verwaltung vom „Hirsch“ denkt, und die Stuttgarter Polizeiverwaltung lenkt. Auf erfolgter Eingabe wurde der Vorsitzende des Ausschusses vor das Stadtpolizei-Amt geladen, wo ihm eröffnet wurde, daß das Aufhängen dieser Fahne „öffentliches Vergerniß“ erzeuge und deshalb verboten werden müsse. Nach weiteren Erklärungen soll die Polizei nur vermittelnde Behörde in dieser Sache sein, und das Verbot von dem Ministerium des Innern ausgehen. Es verlanzt ferner, einige angemeinere Plakate, die Nachbarn des „Hirsch“ sind, hätten sich beschwerdeführend an das Ministerium gewandt, weil am 1. Mai das Aufhängen der Fahne nicht polizeilich verboten wurde, und ist vielleicht hierauf das jegliche Verbot zurückzuführen.

— Nachklänge zum Streik. Als bei einem Streik in Harburg die aus Westfalen importirten Arbeiter durch die Straßen gebracht wurden, um in der Thüringischen Fabrik in Arbeit zu treten, soll sich die Ehefrau des Arbeiters G. daselbst absällig über dieselben geäußert und „Psi!“ gerufen haben. Sie wurde von dem Schöffengericht wegen Verübung groben Unfugs zu einer Woche Gefängnis verurtheilt. — Ein Arbeiter H., der einem andern Arbeiter während des Streiks eine Verletzung beigebracht haben soll, wurde zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. — Ferner wurde ein Arbeiter, der Geld auf Listen gesammelt haben soll, auf grund des alten hannoverschen Polizeistrafgesetzes von 1847 mit 15 M. Strafe belegt. Welches Verbrechen ist doch in den Augen gewisser Kreise das in der Gewerbeordnung gewährleistete Recht, zu streiken.

— Nochmals der Dresdener Maurerstreik. Der Maurer Gustav Schürich wurde zu sechs Wochen Gefängnis verurtheilt. Er soll gelegentlich des letzten Streiks seine Kollegen „aufgereizt“ haben.

— Sehr wissbegierig! Wie die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ berichtet, bemühen sich die Polizei und Gericht, zu erfahren, wer die Nachrichten über den Streik der Köpferischen Schaufabrik für die Zeitung liefert. Polizei-Inspektor Born bemühte sich mehrfach — natürlich erfolglos —, dies zu erfahren, und wurden sogar mehrere Streiter bei der gerichtlichen Vernehmung darüber befragt. Selbstverständlich konnten dieselben keine Auskunft geben.

— Die schwarzen Listen des städtischen Tiefbauamtes in Dresden sind noch nicht zurückgegeben. Betheiligten Arbeitern, die wieder um Arbeit nachfragten, ist die Erklärung abgegeben worden, man dürfe sie nicht beschäftigen, die Liste wäre nicht zurückgegeben. Wie reimt sich das zusammen mit der Erklärung des Herrn Stadtbauraths Rietze, daß er gar keine solche Liste veranlaßt und ausgegeben habe, daß sein Name von einem Unterbeamten mißbraucht worden sei?

— Zuzug fernzuhalten — bleibt grober Unfug! Der Redakteur Graf des in Döbtau-Dresden erscheinenden Fachblattes für die Arbeiter in der Porzellan- und Glasindustrie, der „Fachgenosse“, war in Gemeinschaft mit dem Gastwirth Penkel in Niedenburg vom Schöffengericht Dresden wegen groben Unfugs zu Strafe verurtheilt worden. G. hatte eine Verurtheilung gegen eine Niedenburg'sche Firma eingeklagt, die ihre Arbeiter entlassen, weil sie Sedan nicht feiern wollten. Graf wurde verurtheilt, weil er einige Nummern des „Fachgenossen“, in denen die Arbeiter vor Zuzug nach gewissen Städten gewarnt worden, als verantwortlicher Redakteur gezeichnet hat. Hiergegen wurde das sächsische Obergericht als letzte entscheidende Instanz angerufen. Der Vertreter des Angeklagten beruft sich zunächst auf in Urtheil des preussischen Kammergerichts, wonach Verurtheilungen straffrei seien. Den Arbeitern würde das Recht der Vereinigung zur Erreichung günstiger Arbeitsbedingungen durch den § 132 des N. O. D. gewährleistet, dieser Vortheil würde aber illusorisch gemacht, wenn sie in gewissen Maßnahmen zur Ausübung dieses Rechts durch Strafen behindert würden. Das Gericht verwarf die Berufung. Die Bestrafung erfolgte durch die thatsächlichen Feststellungen einerseits, andererseits aber durch vorausgegangene Entscheidungen des sächsischen Obergerichts als gedeckt. Die Entscheidung des preussischen Kammergerichts könne in Sachen keine Beachtung finden. — Natürlich, denn dazu ist doch das Deutsche Reich nicht da, um eine Rechts-einheit für die Arbeiter zu gewährleisten.

— Ueber drei Anklagen, die gegen unser Parteiorgan in Halle schwebten, hatte die Strafkammer als Berufungsinstanz zu entscheiden. Von den beiden ersten Sachen, die Privatbeleidigungen betrafen, wurde die eine vertagt, in der anderen die Berufung zurückgezogen.

Erfolgreich war aber die Berufung des Genossen Weismann, der wegen Leuschner-Beleidigung vom Schöffengericht zu 100 M. Geldstrafe event. 20 Tagen Haft verurtheilt worden war. Die Verurtheilung rückte sich auf zwei in den Ren. 49 und 56 im Februar und März d. J. im „Vollblatt“ veröffentlichte Artikel, die sich mit mehreren von Leuschner eingeleiteten „Verichtigungen“ beschäftigten und die Richtigkeit der darin aufgestellten Behauptungen stark anzweifelten. Die beiden Artikel kritisirten Leuschner's Stellung zur „Eisener Zeitung“ und die Entlassung einiger Bergleute von der Gewerkschaft wegen Besuchs sozialdemokratischer Versammlungen. Leuschner hatte beider „berichtigt“ und das, was das „Vollblatt“ geschrieben hatte, für unwahr bezeichnet. Vor dem Schöffengericht hatte der Besitzer, Drucker, Verleger und zugleich auch Redakteur der „Eisener Zeitung“, Bernhard Binkler, bekundet, daß er durch Leuschner's Vermittelung von der Gewerkschaft ein Darlehn von 10 000 M. bekommen hat, welches als Hypothek auf sein Grundstück eingetragen ist. Das Gericht erniedrigte die Strafe auf 60 M. oder 10 Tage Haft. Vertheidigung wurde nur erblüht in einer wegwerfenden Bemerkung über Herrn Leuschner.

— Zwei Monate zwei Wochen Gefängnis hatte seinerzeit das Landgericht in Gera gegen den Redakteur der „Neußischen Tribune“, Genossen Seiffarth, wegen Beleidigung des Vorstandes der Unfallversicherung und des Lehrers Mohr in Schleich ausgesprochen. Die hiergegen eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen. Interessant ist, wie die Anklage in der Sache zu stande kam. In Nr. 9 der „Neußischen Tribune“ vom 11. Januar war ein Artikel mit der Ueber-

schrift „Die Geschichte und die Schule“ abgedruckt, in dem der Rede des Schullehrers Mohr in Schleich gedacht wurde, die er zur Schulfeier der 25jährigen Wiederkehr der Gründung des Deutschen Reiches gehalten hatte. In diesem Artikel waren Redewendungen gebraucht worden, die gerade nicht schlimm, aber auch keine Schmeicheleien waren. Von der Staatsanwaltschaft wurde Mehr aufgefordert, einen Strafantrag gegen Seiffarth zu stellen, was Mehr aber ablehnte, weil er sich mit derartigen Dingen nicht abgeben wolle. Der Staatsanwalt wandte sich nun an den Schulvorstand als vorgeordnete Behörde und dieselbe stellte denn auch den Strafantrag und erfolgte die schon oben mitgetheilte Verurtheilung.

— Wegen Veranlassung einer unerlaubten Kollekte erhielt seinerzeit Genosse Neupert in Gera ein Strafmandat in Höhe von 2 M. Das Schöffengericht und auch die Strafkammer als Berufungsinstanz bestätigten das Strafmandat.

— Wegen Beleidigung der Erfurter Staatsanwälte Lorenz und Schubert hatte sich Genosse Viertelary vor der Strafkammer zu verantworten. Es handelt sich um zwei in der „Thüringer Tribüne“ erschienene Artikel, welche die in Strafkammer-Terminen seitens des Staatsanwalts Schubert gegenüber den Angeklagten, Genossen Viertelary und Ziegler gebrachten Äußerungen wie „Sozialdemokratisches Schreibvolk“, „die Thüringer Tribüne“ zeichnet sich in ihrem Inbalt durch große Dürftigkeit und Lede aus“, zurückwiesen. Bei dieser Reagierung wurde auch auf den Beleidigungsprozeß Hülle kontra Lorenz Bezug genommen. Viertelary erklärte heute vor Gericht, daß er durch die staatsanwaltlichen Plaidoyers zu jenen Artikeln erst provoziert worden sei. Die Absicht der Beleidigung habe ihm fern gelegen. Dies gelte auch bezüglich der gegen Staatsanwalt Lorenz gebrachten Redewendung. Die Staatsanwaltschaft, welche im heutigen Termin durch Assessor Karl vertreten wird, hält für genügend, wenn auf den Ausdruck „Schreibvolk“ mit „Nichtervolk“ reagiert worden wäre. Alle weiteren Auseinandersetzungen, wie der Ausdruck „den Staatsanwalt Lorenz gekauft“ seien überflüssig und deuten auf die Absicht einer Verhöhnung. Es wird eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen Gefängnis beantragt. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Jander, plädirt auf Freisprechung. Dem Angeklagten müsse der Satz des § 193 zugestanden werden. Außerordentlich bedauerlich ist es, daß der Gerichtsjaal zum Tummelplatz des persönlichen politischen Kampfes gemacht worden sei. Viertelary war nicht der Ankläger, er befand sich gegenüber der ihm kundgegebenen Animosität des Staatsanwalts Schubert in der Vertheidigung. Wenn die Zurückweisung eine heftige gewesen ist, so ist auch zu berücksichtigen, daß die staatsanwaltlichen Angriffe für den Angeklagten recht kränkende waren. Der Gerichtshof hält eine Beleidigung der Staatsanwälte für vorliegend und erkennt auf eine Gefängnisstrafe von 50 M. ev. 10 Tagen Gefängnis.

Gewerkschaftliches.

An die Mitglieder des deutschen Metallarbeiter-Verbandes! Kollegen und Kolleginnen! Bereits elf Wochen währt die Aussperrung unserer Kollegen durch die organisirten Kühnemann und noch immer ist nicht abzusehen, wann diese Herren zu der Ueberzeugung kommen werden, daß ihr Festhalten an den Ringbeschlüssen erfolglos ist. Obwohl ihnen der Kampf große Verluste bringt, geben sich die Herren dennoch der Hoffnung hin, daß die Arbeiter zu Krügen kriechen werden. Kollegen, das darf nicht geschehen! Wir wissen, daß einzelne Unternehmer sich in großer Kalamität befinden und zur Herstellung von Guß bereits Modelle nach anderen Fabriken außerhalb Berlins versandt haben, um den Guß dort anfertigen zu lassen. Die Besteller drängen also auf Fertigstellung der Arbeiten, denn nicht umsonst verringerten die Unternehmer durch die Beacht für Modelle und fertigen Guß ihren Profit, wenn sie sich nicht in der höchsten Noth befänden. Darum Kollegen, ist es notwendig, daß wir alle Kräfte anspannen, um Mittel aufzubringen zur Unterstützung der Opfer in diesem Kampf. Trage jeder sein Scherkeim opferwillig dazu bei und der Sieg wird unser sein. Gelder zur Unterstützung der Aussperrten sind an die bekannten Stellen abzuliefern. Die Agitations-Kommission des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. J. A. G. Faber, W., Flottwellstraße 18.

An die Arbeiterschaft Berlins! Wir erlauben uns, die Genossen und Genossinnen darauf aufmerksam zu machen, daß die Berliner Arbeiter in 8 Volkversammlungen den Boykott über die Berliner Privatpost verhängt haben. Außerdem ist in der öffentlichen Versammlung der Gewerkschaftsdelegirten am Freitag, den 11. d. M., auch über die Packetfahrt R. G. der Boykott verhängt worden. Wir ersuchen die Berliner Arbeiterschaft, besonders die Gewerkschaften etc., den vorbenannten Beschlüssen nun auch Geltung zu verschaffen. Wir bemerken, daß die Briefkästen der Packetfahrt roth, die der Privatpost gelb sind und deshalb Zerthümer leicht zu vermeiden sind. Der Vertrauensmann der Handelshilfsarbeiter Berlins.

Die Firma Wogel u. Cie. in Mannheim sucht auswärts tüchtige Arbeiter auf Fahräder; sie verspricht dauernde Beschäftigung und einen Stundenlohn von 40—45 Pf., speist die Arbeiter aber mit 25—26 Pf. die Stunde ab, weil sie nicht genügend eingearbeitet seien. Aus diesen Gründen werden die Arbeiter gewarnt, in dieser Fabrik Stellung zu nehmen.

In den Differenzen in den Brauereien Mannheim-Ludwigshafen ist mitzutheilen, daß die Situation sich wesentlich geklärt hat. Einige Brauereien haben bereits keine Zugeständnisse gemacht und es sollen nochmals Schritte unternommen werden, die eine gütliche Beilegung der Streitigkeiten bezwecken. Diese Aufgabe wurde einer Kommission übertragen, zu der außer den Brauern die Vertreter der Gewerkschaften und der Partei hinzugezogen werden.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Löwenberg i. Schlesien, 15. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stichwahl für den Reichstags-Wahlkreis in Löwenberg erhielt in der Stadt Löwenberg der freisinnige Rektor Kopsch 638 Stimmen, der konservative Graf Kostig 283 Stimmen. — Eine weitere Privatdepesche meldet aus 49 Orten: Kopsch 4529, Kostig 3624 Stimmen. Aussehen noch 23 Orte; Kopsch's Wahl sicher.

Dundee, 15. Juli. (B. T. B.) Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist der hiesige Dampfer „Cursew“ im Rothen Meer mit allen an Bord befindlichen Personen verloren gegangen.

Dundee, 15. Juli. (B. T. B.) Die Eigentümer des Dampfers „Cursew“ haben noch keine Bestätigung der Nachricht von dem Verlust des Schiffes erhalten; indessen ist der Dampfer „Sarpedon“, der in London eingetroffen ist, auf seiner Fahrt ein Schiff, wahrscheinlich den „Cursew“, passirt, welches auf ein Riff in der Nähe von Sototra aufgesahren war und sich in gefährlicher Lage befand. Der „Sarpedon“ konnte des herrschenden Sturmes wegen keine Hilfe leisten.

Madrid, 15. Juli. (B. T. B.) Die der „Imparcial“ aus Savannah meldet, befindet sich Maximo Gomez mit 12 000 Infanteristen auf dem Vormarsch nach dem Westen. Die Behörden von Santiago de Cuba seien in großer Verlegenheit. Die Lage sei schwieriger geworden. Die Soldaten hätten seit März keine Löhnung erhalten. Glend herrsche auf der ganzen Insel. Die Regierung müsse zahlreiche Familien, deren Eigenthum verbrannt sei, unterstützen.

Mexico, 15. Juli. (B. T. B.) Porfirio Diaz ist zum Präsidenten wiedergewählt worden.

Zur Taktik der polnischen Sozialdemokratie. (Fortsetzung.)

Die aufgezählten Gründe, neben einigen anderen, die später angeführt werden, sprechen gegen die Auffassung der Forderung einer russischen Konstitution seitens der polnischen Sozialdemokratie und lassen uns nur einen Weg: sich für die Trennung von Rußland anzusprechen und die Unabhängigkeit als politisches Ziel aufzustellen. Das wurde auch gethan. Im Herbst 1892 versammelte sich in Paris ein Kongreß, der aus Mitgliedern der verschiedenen, damals in Rußisch-Polen existierenden Organisationen bestand und der ein neues Programm anarbeitete. Dieses Programm besteht, wie bei den meisten Parteien Europa's, aus zwei Theilen: im ersten findet sich die theoretische Begründung und die Forderungen des Sozialismus, im zweiten diejenigen Forderungen, die man bereits innerhalb der jetzigen Gesellschaft verwirklichen will, namentlich eine unabhängige demokratische Republik.

Und nun kommen wir zu dem uns gemachten Vorwurfe, daß die Wiederherstellung Polens nicht im Interesse ihrer ökonomischen Entwicklung liegen kann, die sich in der polnischen Bourgeoisie verkörpert, daß also unser Programm jedweder realen Basis ermangelte, ergo ein utopisches ist.

H. L. L. ratiouirt folgendermaßen: Die Bourgeoisie Rußisch-Polens schickt ihre Waaren nach Rußland, die Junker aus Galizien und Posen in die industriellen Provinzen von Oesterreich und Deutschland, sie haben deshalb ein Lebensinteresse, an der Zerstückelung Polens teilzunehmen. Da sich aber in ihren Interessen die ökonomische Entwicklung Polens verkörpert, so müssen wir unser Programm gemäß diesen Interessen gestalten, wenn wir im Einklange mit der ökonomischen Entwicklung sein wollen. Das Lächerliche dieses Raisonnements springt in die Augen. Wenn die Sozialdemokratie ihr Programm den Interessen der bestehenden Klassen anpassen möchte, so sollten ja die französischen Sozialisten für die Annexion Tonkins und Madagaskars stimmen, die ein Absatzgebiet für französische Waaren bilden werden; die belgischen Genossen müßten sich für Kongo ereifern; die italienischen — für Abyssinien! Die glänzende Rede Karl Marx über den Freihandel ginge dann in die Kumpfkammer, weil ja unsere Partei hier für Schutzzölle, dort für den Freihandel eintreten müßte, je nach dem Interesse ihrer Bourgeoisie. In Wahrheit aber pfeifen unsere Genossen unter den obwaltenden politischen Verhältnissen auf das sogenannte „ökonomische Interesse des Landes“. Und das ist sehr verständlich.

In der Wirklichkeit erzeugt die ökonomische Entwicklung die verschiedenartigsten Interessen und Bestrebungen je nach der Klasse und ihrer ökonomischen Grundlage. Man kann aber keineswegs sagen, daß die Bestrebungen der Bourgeoisie die einzigen sind, welche eine Aussicht auf den Sieg haben. Abgesehen von unseren Endzielen, die ja jedenfalls nicht mit Zustimmung der Bourgeoisie erreicht werden, sehen wir ja schon heute, daß z. B. in Frankreich die Republik gegen den Willen der Bourgeoisie und einzig und allein aus Furcht vor dem schrecklichen Gespenst der Kommune sich erhalten hat.

Es wird dabei noch ein Unstuf mit der sog. ökonomischen Entwicklung getrieben. Man reißt einzelne ökonomische Vorgänge aus der Gesamtheit der sozialen Ereignisse heraus, um dann daraus angeblich ganz wissenschaftliche Schlüsse zu ziehen. Ein solcher Unstuf soll ja Marx einst veranlaßt haben zu sagen, daß er nie „Marxist“ gewesen ist. Ein klassisches Beispiel solchen Verfahrens bildet die Auseinandersetzung des H. L. L. Betrachten wir sie näher.

1. Wenn sich die Richtung aller politischen Parteien Polens in der Frage der Unabhängigkeit nach der Anzahl der außerhalb der Landesgrenzen exportierten Waaren richten sollte, warum ist dann die lokale, der fremden Regierung geweihte Partei gerade am schwächsten in Rußisch-Polen, wo doch die aus der Gewinnung des fremden Marktes für die Polen fließenden Vorteile die größten sind?

2. Der polnische Adel in der Provinz Litauen, die vorwiegend landwirtschaftlich ist, leidet stark von der Konkurrenz des russischen Getreides, — bildet wohl daher, gemäß der Theorie des H. L. L., eine Ausnahme aus der angeblich allgemeinen Ausnahmestellung und schwärmt für die Trennung von Rußland? Gott bewahre! Unsere litauischen Junker sind, neben einer handvoll von Großfabrikanten die einzigen entschiedenen Anhänger des Herrn Spawicz, des Advokaten der Verbrüderung mit Rußland.

3. Die galizische und polnische Bourgeoisie leidet stark an der Konkurrenz des deutschen Großkapitals und ist, dessen ungeachtet, garnicht separatistisch, sondern höchst loyal gesinnt. Ja sogar die galizischen Schlachzigen langen an, von den ungarischen Ochsen und Schweinen sich stark bedrängt zu fühlen, wogegen sie in einem unabhängigen Polen einen kolossalen Absatz für ihre Produkte in dem reichen und industriellen Kongreß-Polen finden könnten. Die Leute sind aber geradezu toll: sie haben keinen Begriff von der materialistischen Weltanschauung (Eugenburger Konfession), wollen bei Oesterreich bleiben und wollen sogar gar nichts wissen von einer nach ungarischem Muster zugeschnittenen Autonomie, für welche sie sich noch vor 27 Jahren in ihrer bekannten „Resolution“ ausgesprochen haben.

Diese Beispiele zeigen, wie sich die Thesen des H. L. L. in der Praxis behaupten. Es ist ein kleiner Bruchtheil der Nation, die große Bourgeoisie und der Großgrundbesitz, die bei uns ein Interesse haben, an Rußland festzuhalten; was die übrigen Schichten anbetrifft, so werden sie ebenso durch die sie bedrückende ökonomische Entwicklung, wie auch durch ihre politischen Interessen in die Arme des zur Unabhängigkeit strebenden Proletariats gedrängt.

Bisher haben wir aber nur von Rußisch-Polen gesprochen. Woher kommt denn die Sympathie zu unserem Programm bei den Genossen von Galizien und Posen? Auf diese Frage, glaube ich, braucht man dem deutschen Leser keine lange Antwort zu geben: Wer ist es, wenn nicht die deutsche Sozialdemokratie, die lange Reihe von Marx, Engels, Lassalle, Liebknecht, Bebel u. c., die für die deutsche Einheit im Interesse des deutschen Proletariats gekämpft und gewirkt haben, die jahrelang, mit unermüdlichem Eifer für ein geeinigtes Vaterland eingetreten sind? Und wenn sie es thaten, dann dachten sie nicht an die Erschließung neuer Absatzgebiete für einen Leipziger oder Elberfelder Ausbeuter, denn das hatte ja schon der Zollverein in den Hauptzügen zu stande gebracht, nein, sie verstanden, daß ein geeinigtes Deutschland eine kolossale Entwicklung des ganzen geistigen und kulturellen Lebens, einheitliche Bedingungen für die Propaganda und Agitation erhöhte Leichtigkeit des Ideenaustausches und vor allem, an die Stelle von zwei Duzenden von Regierungen nur einen Gegner — eine Regierung und eine Bourgeoisie geben wird. Das ist auch der Gedanke, der uns befeht, daß ist der Grund,

warum unsere Sozialdemokratie überall dort für die Einheit Polens auftritt, wo sie eine politische Bedeutung erworben hat.

Zum Schluß dieses Abhates noch eine Frage: wie wollen wir unser Programm verwirklichen? H. L. L. findet auf diese Frage keine Antwort und nennt uns deshalb Utopisten. Nun, was Oesterreich und Preußen anbetrifft, so ist für uns diese Aufgabe ebenso utopisch, wie z. B. für die preussische Sozialdemokratie die Einführung des allgemeinen Wahlrechts zum preussischen Landtag, wo sie keinen Vertreter weder hat, noch haben kann, geschweige denn eine Majorität. Von einem gegen Oesterreich oder Preußen gerichteten Kussland haben wir nie gesprochen, wir stellen uns die Unabhängigkeit nur als Ideal der politischen Verhältnisse im Schoße der heutigen Gesellschaft vor und werden uns ihm nähern, indem wir mit unseren deutschen, böhmischen, slovenischen u. c. Kampesbrüdern auf die größtmögliche Demokratisierung der beiden Kaiserreiche einwirken werden. In Rußland steht die Frage ganz anders: hier werden wir durch die Gewalt zur Gewalt getrieben. Deshalb werden sich auch ganz natürlich alle revolutionären Kräfte gegen Rußland wenden.

Ob die letzteren die nötige Macht haben werden? Das ist eine Frage, auf welche die Zukunft antworten wird. Wenn aber jemand sie verneinen will, dann ist es jedenfalls nicht H. L. L., die der Meinung ist, daß Rußland eigentlich keine Kräfte mehr besitzt, daß es nur eines Fingerstoßes bedarf, um umgeworfen zu werden. (Schluß folgt.)

Außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Halle a. S., den 14. Juli 1896.

Die heutige Sitzung wird vom stellvertretenden Vorsitzenden R. Nie-Stuttgart eröffnet. Auf seinen Vorschlag wird die Diskussion über Punkt 1 „Stellungnahme zum neu geschaffenen Tarif“ und Punkt 2 „Haltung der Redaktion des „Correspondent“ in der Tariffrage“ verbunden. Zunächst erhält das Wort

Döblin-Berlin. Nach der gefälligen Rede Gasc's bin ich gewungen, auch weniger zum Tarif zu sprechen, als vielmehr mich mit der Person des Herrn Gasc zu beschäftigen. Der Streit hat sich sehr persönlich zugespitzt, aber nicht durch meine Schuld. Er hat mich als schlechten Kerl hingestellt, ich soll nach seiner Meinung nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen. Ich glaube, ich habe mehr zu Gunsten der modernen Arbeiterbewegung gethan, wie mancher andere, der tagaus tagein in radikalen Phrasen schwelgt. Es kam Herrn Gasc aber auch nur darauf an, die blinden Leidenshaften innerhalb der Kollegenschaft anzuspandeln. (Sehr richtig.) Herr Gasc verhält sich mit den Vertretern mit den Prinzipalvertretern. Ich habe es immer für meine Pflicht gehalten, auch mit unsern wirtschaftlichen Segnern ansässig zu verkehren.

Herr Gasc meint, wir hätten die pflichtmäßige Vierteljahrs-Bilanz nur deshalb veröffentlicht, um den Prinzipalen zu zeigen, wie wenig Geld wir noch in unsern Kassen haben. Ja, hätten wir die Kassenbilanz nicht veröffentlicht, so hätten sich die Prinzipale die Ausgaben vom letzten Vierteljahr ansehen können, und die dort verzeichnete Summe verdoppelt, dann hätten sie mich ungefähr gewußt, wie viel wir noch haben. Was will Herr Gasc mit diesen — kindischen Verdächtigungen. Herr Gasc sucht auch zu verächtigen, weil ich zum 24. Dezember 1891 die Gehilfenvertreter berufen hatte, an welchem Tage ich auf das Polizeipräsidium beschiedene wurde, um das Extrasteuer-Verbot entgegen zu nehmen. Die Einberufung der Gehilfenvertreter geschah, weil sich damals der Herr v. Schulz-Gövernitz zu Unterhandlungen zwischen den Prinzipalen und Gehilfen erbieten hatte. Redner giebt hier auch eine Wältheise aus dem „Correspondent“ früherer Jahre, wo sich Gasc lebhaft für eine neue Tarifgemeinschaft ausgesprochen hat. Er verliest eine große Anzahl Briefe von der Hand Gasc's, wo er fortgesetzt friedlichen Unterhandlungen mit den Prinzipalen das Wort redet und die tarifgemeinschaftslose Zeit als Anarchie bezeichnet. Die Briefe reichen bis zum Dezember 1895. Die Verbandsleitung ist Herr Gasc zu „friedlich“. Ja, wir haben auch die Verantwortung; trotzdem haben wir den Prinzipalen klar gemacht, daß wir eventuell den Kampf nicht scheuen. Aber wir müssen mit den Verhältnissen rechnen wie sie sind, und das ist ja gerade das demagogische der Kampfweise des Herrn Gasc, daß er der Menge, die keine Ahnung von den Internos hat, Schlagworte in Versammlungen hinwirft, die ausreißend wirken. Herr Gasc sagt: daß Döblin kein Sozialdemokrat ist, können wir hundertfach beweisen. Ich habe mich Ihnen nicht als Sozialdemokrat vermiethet, was ich bin, weiß Herr Gasc ganz genau, vor allem bin ich ein Feind jeder Phrase. Ich betrachte mich mehr als modernen Arbeiter als mancher Phrasenhelber. Die Parteipresse allerdings nimmt für ihren Schützling Gasc gegen mich Partei.

Der „Vorwärts“ verhöhnt mich, weil ich Herrn Gasc verlagte habe. Ich habe Herrn Gasc auf Beschluß des Zentralvorstandes verlaggt, weil er mich als Polizeispitzel hingestellt hat. Ich glaube, auch die übrigen Polizeispitzel im Vorstande werden Herrn Gasc Gelegenheit geben, seine Behauptungen zu beweisen. Wie soll ich denn anders gegen Gasc vorgehen? Hat doch Genosse Fischer neulich auch den gerichtlichen Klageweg in Braunschweig beschritten. Das hat der „Vorwärts“ nicht demängelt. Herr Gasc häuft Schmutz auf Schmutz, jedes unschuldige Vierteljahrgespräch wird ausgenutzt für Verdächtigungen. Er mag so viel Broschüren schreiben wie er will, an mich reicht der Schmutz nicht heran. Ist dieses Schmutzwesen aber das Ideal des Zukunftsstaates, dann bitte ich zum Himmel, er möge

Herr Döblin stellt hier und im weiteren Verlauf seiner Ausführungen Behauptungen auf, die in dieser Allgemeinheit absolut falsch sind. Wir werden nach Beendigung der Generalversammlung in Halle in einem besonderen Artikel unsere Ansichten über die letzten Vorgänge im Buchdrucker-Verbande darlegen. Wir haben dies bisher nicht gethan, weil wir es grundsätzlich vermeiden wollten, uns in den Streit zu mischen, ehe die zuständigen Organe ihr Votum abgegeben haben. Daß Herr Gasc unser Schützling sei, ist eine offenkundige Unwahrheit, deren sich Herr Döblin und gegenüber schuldig macht. Herr Gasc hat weder je von uns beansprucht, daß wir ihn unter unseren Schutz nehmen sollen, noch haben wir weder Herrn Gasc noch Herrn Döblin jemals unseren Schutz auszusprechen versucht. Wir haben von jeder Seite für gleichwertig und einander werth eingeschätzt, schon zur Zeit, als sie noch in trauter Eintracht gegen die Partei intriguirten und es ließ uns deshalb ihr schließlich ausgebrochener häßlicher Zwist auch vollständig kalt. Wenn nicht alle Partei-Organen diese sehr angebrachte Reserve beobachtet haben, so haben wir dies bedauert, konnten es aber nicht ändern. Auf keinen Fall aber hat Herr Döblin das Recht, so wie er es gethan hat, von Herrn Gasc als dem Schützling der sozialdemokratischen Presse schlankweg zu reden. Daß wir es heimlich und lächerlich zugleich fanden, als von der einen Seite wegen ein paar scharfer Worte, die von einem Berufs- und Gesinnungsgenossen gefallen sind, zum Nadi gelaufen wurde, ist nun einmal unsere Ansicht und wir halten sie auch jetzt noch für richtig, obgleich uns Herr Döblin sein Mißfallen deswegen ausgedrückt hat.

und mit diesem Zukunftsstaat noch recht lange Zeit verschonen. Ich habe eine etwas idealere Auffassung von der modernen Arbeiterbewegung, und ich hoffe, auch diese Generalversammlung. Herr Gasc sagt, ich hätte ihn angereizt, die politische Partei anzugreifen. Können Sie eine solche Behauptung ruhigen Auges anzustellen? Nein, ich habe Sie aufgefordert, Angriffe der politischen Parteileitung zurückzuweisen. Aber es kommt auf die Auslegung an. Im November 1894 hat Herr Gasc einen Artikel Vier's, der sich gegen den lgl. preussischen Gewerkeverein erklärt hatte, als eine den Buchdruckern angethane Gemeinheit bezeichnet und diesen lgl. preussischen Gewerkeverein glänzend vertheidigt, und heute geht Herr Gasc hin und schreibt eine Broschüre „Der lgl. preussische Gewerkeverein“, in der er mir Polizeispitzel vorwirft. Das ist Herr Gasc, der Regenerator der Buchdruckerorganisation. Es ist nun noch die Frage aufzuwerfen, wie konnte der Standpunkt des Herrn Gasc so viele Anhänger finden. Die Schuld daran trägt ein Theil der Arbeiterpresse, die wohl vielfach nicht genügend unterrichtet, sich von den Phrasen des Herrn Gasc hat fangen lassen. Erst heute spricht Ihnen die „Leipziger Volkszeitung“ das Klassenbewußtsein ab. Sie werden sich hoffentlich dadurch nicht von dem Standpunkt abbringen lassen, daß die Gewerkschaften nur die Förderung praktischer Ziele im Auge zu behalten haben. Ich schreibe. Es ist bedauerlich, daß wir die Interna unserer Organisation im breiten Lichte der Oeffentlichkeit verhandeln mußten. Herr Gasc wird den Schaden, den er damit der Organisation zugefügt hat, in seinem Leben nicht wieder gut machen können. Der Zentralvorstand und die Gehilfenvertreter haben auf ihren Posten bis zur Generalversammlung ausgeharrt; an Ihnen liegt es nun, nachdem Ihnen das Material vorgelegt worden ist, Ihre Entscheidung zu fällen. Sie taun meines Erachtens nicht zweifelhaft sein. (Lebhafter Beifall.)

Es tritt eine längere Pause ein. Nach Wiedereröffnung der Verhandlungen theilt der stellvertretende Vorsitzende Nie mit, daß Herr Gasc das Bureau ersucht habe, jetzt gleich Herrn Döblin antworten zu dürfen. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, Herrn Gasc auszugeben, sich in die Rednerliste einzutragen zu lassen. In der Diskussion erhält zunächst das Wort

Müller-Essen: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Zentralvorstand an den Wirren Schuld ist, deshalb halten wir aber den Vorstand nicht für Verräther an der Arbeiterfrage. Auch wir wollen die Organisation auf den sozialdemokratischen Parteistandpunkt nicht festlegen, aber sie muß soviel gefunden Geist haben, daß Vertreter des deutschen Freisinn keine lächerliche Stellung im Verbands einnehmen dürfen. Auch ohne Tarifgemeinschaft ist der Verband lebensfähig, ich meine sogar, gerade die Opposition gegen die Tarifgemeinschaft hat die Prinzipale zu Zugeständnissen veranlaßt. Was hier durch die Tarifgemeinschaft erreicht ist, hätte ohne Tarifgemeinschaft im richtigen Moment auch erreicht werden können. Lassen Sie die Tarifgemeinschaft fallen, die Kollegenschaft will nichts davon wissen, ekroyiren Sie sie nicht aus. (Beifall.)

Rnie-Stuttgart tritt für die Tarifgemeinschaft ein, die unter den obwaltenden Umständen notwendig war; er rechtferdigt die Klage Döblin's gegen Gasc.

Niedel-Leipzig: Die Stimmung über die Tarifgemeinschaft ist in der Kollegenschaft nicht so wie sie Kollege Müller geschilbert hat. Momentane Stimmungen und Aufregungen sind nicht maßgebend. Ihnen darf ein besonnenes Gewerkschaftsführer nicht folgen, sonst wird er aus einem Führer der Gefahr. Die Kampfestimmung ist nicht derartig groß, daß ein Beschlagen angezeigt gewesen wäre. Von den Prinzipalen wird jetzt schon die Anerkennung für den gesammten Tarif durch Unterschrift der Gehilfen verlangt, obwohl eine Reihe Bestimmungen erst im Herbst Geltung erhalten sollen. Würde der Zentralvorstand von diesem Verlangen der Prinzipale? Gut er es zu verhindern gesucht? Wie konnte er es zulassen vor der heutigen Generalversammlung? Ich muß auf Beantwortung dieser Frage seitens des Zentralvorstandes bestehen, erfolgt keine befriedigende Erklärung, behalte ich mir meine Stellung zur Sache vor. Was den ersten Punkt der Tagesordnung anlangt, so meine ich, die Generalversammlung muß die Tarifgemeinschaft ablehnen, was den zweiten Punkt betrifft, so kann es keinen Zweifel geben, daß ein Gasc nicht länger Redakteur unseres Organs bleiben darf. (Beifall.)

Majini-Berlin: Daß es sich um Anbahnung der Tarifgemeinschaft handelte, hat der Zentralvorstand in einer Bekanntmachung des „Correspondent“ am 25. Januar klipp und klar erklärt und dieser Erklärung hat Kollege Gasc himmelhoch jauchend in einem Artikel unmittelbar unter dieser Vorhandelerklärung zugestimmt. (Redner verliest den betr. Artikel. Erst als nicht genug herausgeschlagen wurde bei den Verhandlungen, setzte die Opposition ein. Was mich für die Tarifgemeinschaft einnimmt, ist der Fortschritt der Technik. In Berlin ist heute schon die Segmaschine eingeführt. Bereits jetzt wird das Feilketon von vier Zeitungen mittelst der Segmaschine in der Maschinenfabrik von Ludwig Löwe hergestellt. Wir können den Fortschritt der Technik nicht aufhalten, wir müssen uns mit ihm abfinden. Ich meine, auch die Buchdruckereibesitzer sind darauf angewiesen, Mittel zu ergreifen, die es verhindern, daß ihnen eine Maschinenfabrik unwürdige Konkurrenz macht. Eine Vereinbarung zwischen Prinzipalen und Gehilfen ist für die Buchdrucker durchaus geboten, wir haben aber auch für das Band zu sorgen. Redner polemisiert dann längere Zeit gegen Gasc. Was nun die moderne Arbeiterbewegung betrifft, so sage ich, im Parteiprogramm heißt es: Religion ist Privatfache, im Gewerkschaftsprogramm muß es heißen: Parteipolitik ist Privatfache. Meine politische Stellung kennt jeder. Je mehr Ruhe mir die gewerkschaftliche Bewegung läßt, desto mehr werde ich mich politisch betheiligen. (Beifall.)

Giesecke-Berlin: Die Anfrage Niedel's, ob Hauptvorsteher und Gehilfenvertreter von der letzten Seite des Tarifs unterrichtet waren, ist kurz mit ja zu beantworten. Diefelbe ist von den Vertretern nach kurzen Einwänden beschlossen worden. Die Entstehung der Zustimmung für den Tarif ist jedoch im wesentlichen durch die Aeußerungen Niedel's in Leipziger Versammlungen entstanden, welche dahin gingen, daß er (Niedel) der Tarifgemeinschaft nur aus dem Grunde zugestimmt habe, um im Frühjahr loszuschlagen und daß nicht die Tarifgemeinschaft, sondern die Dauer des Tarifs das Bedenklichste sei. Diese Ausführungen durch den „Corr.“ verbreitet, legten es der Prinzipalität nahe, von den Vertretern Erklärungen zu verlangen, welche nicht so schwankend und wenig Vertrauen erweckend waren, wie die angezogenen Aeußerungen Niedel's. Die Prinzipalität verlangte deshalb beiderseitige Zustimmung zu den Abmachungen und nach einigen sachlichen Einwänden wurde dieselbe in der Form der letzten Seite des Tarifs gewährt. — Die Berliner Vertrauensmänner verlangten nun von mir, als Vertreter Berlins, daß, da die Zustimmung zum Tarif erst nach der bevorstehenden Generalversammlung des Deutschen Buchdruckerverbandes gegeben werden könne, daß ich mich zu diesem Behufe mit der Prinzipalität in Verbindung zu setzen habe, um jeder Preffion in dieser Richtung zu begegnen. Dies ist von meiner Seite erfolgt und in befriedigender Weise geregelt worden, und wo trotzdem Verhöbe gegen diese Abmachungen eingetreten, habe ich mich sofort mit Herrn Wiggenstein

*) Die „materialistische Geschichtsauffassung“ von H. L. L. hat eine unverkennbare Ähnlichkeit mit den großen Entdeckungen des Herrn Michille Loria, der sich zu Marx etwa so verhält, wie ein Freihändler vulgaris zu Ricardo.

in Verbindung gesetzt und ist meines Wissens auch Remedur eingetreten.

Kauz-Weipzig polemisiert gegen Mezhäuser. Mezhäuser hat zwar vielfach Antipathie gegen die Sozialdemokratie durchblicken lassen (Mezhäuser ruft: Das ist nicht wahr!) hat es aber doch für nötig gehalten, eine Anzahl sozialdemokratischer Führer als Eideshelfer heranzuziehen. Solche Aussprüche einzelner sozialdemokratischer Abgeordneter beweisen für die Sozialdemokratie gar nichts. Auch um Auer dreht sich die gesamte sozialdemokratische Welt noch lange nicht. Ich halte die Tarifgemeinschaft mit der Sozialdemokratie nicht für vereinbar, für mich ist die Frage der Tarifgemeinschaft auch keine Zweckmäßigkeits-, sondern eine Prinzipienfrage. Selbst die unaufrichtige Kampfesweise Gasch's hat nicht vermocht, die Opposition tot zu machen. Es ist mir unbegreiflich, wie der Verband, der doch gerade durch die Tarifgemeinschaft im Jahre 91/92 die Niederlage erlitten hat, wieder unter dieses Joch kriechen will. Normale, ruhige Verhältnisse können auch ohne Tarifgemeinschaft erreicht werden. Tatsächlich ist in dieser Frage die Kollegenschaft gespalten und gerade die besten Elemente stehen in der Opposition, während bei der Mehrheit viel Indifferentismus herrscht. Ich bitte Sie also, die Tarifgemeinschaft abzulehnen, erhalten Sie uns die Bewegungsfreiheit. (Bravo!)

Nach einigen persönlichen Bemerkungen verläßt Knie-Stuttgart die Weiterberathung auf Mittwoch früh 9 Uhr. — Es sind noch 42 Redner eingezeichnet.

Halle a. S., den 15. Juli 1898.

Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen wird die gestern abgebrochene Diskussion über den Tarif und die Haltung des „Correspondent“ fortgesetzt.

Sei, München: Herr Gasch hat unsere Sache so diskreditirt, daß man sich ordentlich fürchten muß, heute noch Gegner der Tarifgemeinschaft zu sein. Trotzdem empfehle ich Ihnen, die von den Gehilfenvertretern eingegangene Tarifgemeinschaft nicht gutzuheißen.

Döblin-Berlin: Der Zentralvorstand hält gerade die Tarifgemeinschaft im Interesse des Verbandes. Bisher war die Durchführung des Tarifs allein den Gehilfen überlassen, jetzt sollen die Prinzipale mitwirken. Dazu genügt es nicht, daß ein Prinzipalvertreter und ein Gehilfenvertreter eine Aufforderung zur Durchführung des Tarifs erläßt, dazu bedarf es Institutionen. Vor allem ist der Arbeitsnachweis notwendig, wir müssen endlich einmal einen Arbeitsnachweis bekommen, der auch wirklich von den Prinzipalen benutzt wird. Wir haben weiter Schiedsgerichte vorgeschlagen, die so viel Opposition gefunden haben. Man weiß auf die Gewerbegerichte hin. Die Gewerbegerichte haben aber schon sehr zweifelhafte Urtheile gefällt, die ich bei Buchdrucker-Schiedsgerichten nicht für möglich halte. Und nun die Unterschriften! Ich bin objektiv genug, zu verstehen, warum die Prinzipale, namentlich die Leipziger, die Unterschriften fordern. Daran ist Herr Nidel schuld, der, trotzdem er die Verhandlungen mitgemacht hat, ein Vorschlag für nächstes Frühjahr angeht. Es bleiben ja nur zwei Wege. Entweder wir sind dupirt, die Prinzipale thun nicht ihre Schuldigkeit, dann haben wir den bisherigen Zustand, oder aber die Sache funktioniert. Es scheint fast, als befürchtet man auf gewisser Seite, die Sache könnte wirklich funktionieren. Ich meine, wir können ohne Schaden für den Verband den Versuch mit den Prinzipalen wagen.

Wenzel-Ludwigshafen ist Gegner der Tarifgemeinschaft. Ich habe nichts persönlich gegen die Gehilfenvertreter, ich halte sie für ehrenwerthe Kollegen. Aber ich kann ihnen den Vorwurf nicht erparen, daß sie nicht weiblich sind. Sie haben sich von den Prinzipalen ein Geschenk lassen und „die Prinzipale fürchte ich, besonders wenn sie Geschenke geben“. Ich schätze Herrn Gasch als fähigen und tüchtigen Kollegen und wäre über das bisher vorliegende Material noch hinweggekommen, obwohl Herr Gasch mehr Schuld hat, als Döblin. Der Brief des Kollegen Hoffmann zwingt mich aber, gegen Gasch Stellung zu nehmen. Es thut mir leid um den Kollegen, für eine hervorragende Stellung in unserer Organisation ist für ihn kein Raum mehr. (Weißall.)

Gasch-Weipzig erklärt nochmals, daß die Aeußerungen in der Aufregung am Biertisch gefallen seien, daß er davon zurückgekommen sei. Hoffmann sei als Freund von ihm geschieden und habe sich ihm noch beim weggehen zur Verfügung gestellt.

Döblin-Berlin verliest ein von mehreren Leipziger Kollegen unterschriebenes Zirkular, worin zur Gründung einer Organisation mit Beiträgen u. zum Kampfe gegen die Tarifgemeinschaft aufgefordert wird. Er fügt hinzu: Sie sehen, Herr Gasch ist von seinem Plan zurückgekommen, Leipziger Kollegen, die unter seinem Einfluß stehen, haben ihn wieder aufgenommen. Ich kann Ihnen nur raten, sprechen Sie klipp und klar Ihre Meinung aus. Thun Sie das nicht, so können Sie sich nicht wundern, wenn wir es im Vorstand ablehnen, weiter thätig zu sein.

Gasch-Weipzig: Das Zirkular spricht von keiner Nebenorganisation, sondern von einer Organisation innerhalb des Verbandes. Dazu hat die Opposition ein Recht, der man doch die freie Meinungsäußerung nicht einschränken darf. (Lachen.)

Knie-Stuttgart: Ich halte eine zweite Organisation für unmöglich, wenn wir unsere Stellung als Zentralorganisation behalten wollen. (Sehr richtig.)

Schlag-Breslau tritt für die Tarifgemeinschaft ein.

Gieseke-Berlin: Ich war stets Anhänger der Tarifgemeinschaft und bin es heute noch. Ein vereinbarter Tarif giebt den Kollegen ein lokales Recht in die Hand, als ein ottroyirtes. Ich habe den Prinzipalen gegenüber die Haltung des Herrn Gasch verurtheilt und sage heute noch, Herr Gasch hat unsere Organisation auf schwerste geschädigt. Solche Dinge dürfen sich nicht wiederholen.

Hankel-München erklärt sich kurz für Annahme der Tarifabmachungen.

Stengels-Hamburg erklärt zunächst, daß keiner der Hamburger Delegirten mit der Notiz aus Hamburg im „Corr.“ über die Gehälter der Gehilfenvertreter irgend etwas zu thun habe. Es fällt der Hamburger Opposition gar nicht ein, mit Herrn Gasch durch Dieb und Dünne zu gehen. Der vorgestrige Vortrag des Herrn Gasch hat mich auch in keiner Weise überzeugt. Die Hamburger Opposition steht und fällt nicht mit Herrn Gasch. Das beweist aber auch, daß Gasch die Opposition nicht künstlich gemacht hat. Die Hamburger Opposition gegen die Tarifgemeinschaft ist älter als die des Herrn Gasch, wie Herr Döblin aus einer Versammlung in Hamburg weiß, in der er selbst zugegen war. Verräther an der Arbeitersache kann ich aber diejenigen, die den Tarif geschaffen haben, nicht nennen. Die Herren im Zentralvorstand verhandeln gern, sie sind sozusagen Amateur-Diplomaten, sie glauben mit Verhandlungen mehr zu erreichen, als durch frammes Auftreten; ich theile diese Meinung nicht, sie liegt aber in dem Temperament der betr. Personen und ich kann sie begreifen. Etwas Harmonieübel hat Herr Döblin getrieben. Er glaubt an gemeinsame Interessen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern, die es nicht giebt. Daß es einzelne persönlich anständige Arbeitgeber giebt, bestreite ich nicht. Im allgemeinen suchen sie nur ihren Vorteil zu wahren und bewilligen den Tarif nur, so lange sie dazu gezwungen werden. Herrn Mezhäuser gebe ich recht, daß die Gewerkschaften innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung Verbesserungen anzustreben haben, ich bin auch der Meinung, daß die Gewerkschaften mit der Politik nichts zu thun haben. Aber ich betheilige mich auch stark politisch und kann sagen, die Politiker wären oft froh, wenn sich die Gewerkschaften nicht auf politische Gebiet drängten.

Tokales.

Den Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Weeslow-Charlottenburg zur Nachricht, daß die zu heute, Donnerstag, angeordnete Parteiversammlung umständlicher nicht stattfindet. August Schnell, Vertrauensmann.

Heute Abend 8 1/2 Uhr findet im Kolberger Salon, Kolbergerstraße Nr. 23, eine öffentliche Volksversammlung statt. Es werden namentlich die Frauen ersucht, zahlreich zu erscheinen. Die Enderuferin.

Achtung, Rigdorf! Den Parteigenossinnen und Genossen zur Nachricht, daß heute Donnerstag, abends 8 Uhr eine Volksversammlung stattfindet. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Die Enderuferin.

Treptow. Das Lokal von Jakob, Parkrestaurant, welches bisher in der Lokalliste geführt wurde, ist von derselben zu streichen, da fest steht, daß in letzter Zeit die Räume zu Arbeiter-versammlungen wiederholt und unter den nichtsflegendsten Vorwänden verweigert wurden. Mögen die Genossen das beachten. Die Lokalkommission.

Anlässlich des Partifestes in Weiskensee, welches am 12. Juli stattfand, sind folgende Gegenstände als gefunden bei dem Komitee abgegeben worden: 2 Herren-Regenschirme, 2 Damen-Regenschirme, 1 Spazierstock, 1 großes braunes Tuch, 1 Armband, 1 Haarpfeil, 1 Kinderstuh, 1 Kinderstuhhüt. Die vorbenannten Gegenstände können bei Franz Kleinert, Restaurateur, Müllerstr. 7a, reklamirt werden.

Im Anschluß hieran bitten wir alle diejenigen, welche noch im Besitz von Billets, Legbüchern, sowie sonstigem Material sind, bis spätestens 27. Juli an den zuständigen Stellen abzurechnen, damit die Gesamtabrechnung möglichst schnell erfolgen kann.

Das Festkomitee.

NB. Zur Bücherverloosung ist mitzutheilen, daß dieselbe nachträglich behördlicherseits inhibirt wurde. Es ist deshalb unumgänglich, einen regulären Verkauf der Verloosung statifinden zu lassen. Entschieden war allerdings bereits vor dem Eintreffen des Verbotes, daß jede Losnummer, welche mit der Zahl 5 endet, ein Gewinn sein sollte. Die Inhaber solcher Lose, welche event. den hierfür verausgabten Betrag zurückerstattet haben wollen, mögen sich unter Vorzeigung der Lose ebenfalls an Franz Kleinert, Müllerstraße 7a wenden.

Die Wiener Mailzeitung hatte, wie noch erinnerlich sein wird, nicht allein wegen ihrer ersten, sondern auch wegen der zweiten, purifirten Ausgabe in Berlin das Schicksal der Konfiskation zu erleiden. Nun sand sich aber in der zweiten Ausgabe selbst bei mikroskopischer Betrachtung keine Spur der besüchteten Verbrechen, weshalb denn auch Freigabe des Blattes erkannt wurde. Mit der Schnelligkeit, die unserer Verwaltung eigen, erfolgte die Ausbändigung gellern, also bereits 70 Tage nach erfolgter Beschlagnahme. Der Unvollkommenheit, die nun einmal allen menschlichen und politischen Dingen anhaftet, wird es zuzuschreiben sein, daß auch jetzt, nach dritthalb Monaten die Freigabe nicht ganz konstant von statten ging; denn während 422 Exemplare der „Mailzeitung“ konfiszirt worden waren, hat die Buchhandlung Vorwärts zu ihrem Leidwesen nur 420 Exemplare wieder zurückerhalten. Hoffentlich sind die zwei fehlenden Exemplare erst nach erfolgter Freigabe entnommen worden, denn andernfalls würde der Betreffende, welder die Nummern verbreitet hat, sich bekanntlich einer bedauerlichen Gehehwidrigkeit schuldig gemacht haben.

Das Provinzial-Sängerfest, welches am 12. d. M. in Lindenwäldchen von den dortigen Gesangsvereinen Sängerkunst und Freiheitssänge III (Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes) veranstaltet wurde und an welchem auch verschiedene Berliner Gesangsvereine sich beteiligten, ist nicht vorübergegangen, ohne daß die dortige Polizeibehörde wieder einmal ihre Thätigkeit entfaltet hätte. Auf Befehl des Bürgermeisters Suchland mußten nämlich sämtliche Vereine um 1/2 Uhr aus dem Rathhause antreten, woselbst eine hochnothwendige Untersuchung der mitgeführten Fahnen auf deren Staatsgefährlichkeit vorgenommen wurde, da beabsichtigt war, dieselben lustig im Lindenwäldchen wehen zu lassen. Wie sich herausstellte, wehte aber ein ziemlich scharfer Wind, vor dem zwei Vereine die Segel bezog. Fahnen zu streichen sich genöthigt sahen. Dem scharfen Auge der Polizei waren nämlich die Fahnen der Berliner Vereine „Korablume“ und „Südost II“ alzu tödlich erschienen, weshalb das strenge Gebot erging, diese Fahne zu verfallen, damit die getreuen Lindenwälder nicht etwa Schaden an ihrer Loyalität nähmen. Wohl oder übel mußten demzufolge die beiden Uebelthäter mit zusammengerollten Fahnen nach dem Festlokal marschiren. Der polizeilichen Behauptung wurde indessen eine andere Behauptung entgegengesetzt und die Fahnenstangen mit je einem Zylinderhute gesichert, welche Festtheilnehmer bereitwillig zur Verfügung gestellt hatten. Dieser eigenartige Auszug erregte bei den Lindenwäldern begreifliches Aufsehen. Daß aber durch diesen Polizeiakt irgend eine „Bestimmung“ der Sänger hervorgerufen oder irgend ein „Mißton“ in das Sängersfest hineingetragen worden wäre, kann nicht behauptet werden.

Die von der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft geübte rücksichtslose Ausbeutung der Arbeitskraft ihrer Angestellten wird selbst der Polizei zu hant. Das Polizeipräsidium hatte als Vorkaufsbehörde die Genehmigung zum Bau und zum Betriebe einer Pferdebahn nach Wilmersdorf und einer anderen nach dem Straßburgerplatz von der Erfüllung verschiedener Bedingungen abhängig gemacht, welche die Pferdebahn-Gesellschaft für zu drückend hielt. B. B. sollte die Pferdebahn-Gesellschaft den Betrieb nach dem Verlangen des Polizeipräsidiums erweitern. Selbst wenn, entgegenste die Pferdebahn-Gesellschaft, Wohlhabtsträckerlichen Betriebsweiterungen wünschenswerth erscheinen ließen, so widerspreche es dem Rechte, die Klägerin zu zwingen, das Wohl anderer unter eigenem Schaden zu fördern. Auch die Forderung des Polizeipräsidiums, mehr Leute zu beschäftigen, erschröte die Gesellschaft für ungesetzlich. Die Klage wurde indessen, wie der „Vols-Ztg.“ geschrieben wird, vom Bezirksanspruch abgewiesen, da der Klägerin nur die Beschwerde beim Oberpräsidenten und gegen den vom Oberpräsidenten auf die Beschwerde erlassenen Bescheid event. die Klage beim Obergerichtsgericht offen steht.

Die von der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft angeführten Gründe sind kläffisch. Was hat auch eine solche Gesellschaft sich um das Wohl des Publikums und nun gar um das Wohl ihrer Angestellten zu kümmern? Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Publikum und Ausbeutete sind da, um den Direktoren und Aktionären möglichst reichen Gewinn zu verschaffen.

Submissionsblüthe. Ueber die Kostenanschläge für die Herstellung der Baulichkeiten für die neue Kaserne auf dem Tempelhofer Felde werden uns von unterrichteter Seite folgende Mittheilungen gemacht: Die höchste Forderung betrug 198 000 M., die niedrigste dagegen 112 000 M. Dazwischen liegen noch zwei weitere Forderungen in Höhe von 178 000 M. und 144 000 M. Die letztere Forderung erhielt den Zuschlag.

Die städtische Deputation für Kunstzwecke hat beschlossen, die Hermen der Dichter Ernst Moritz Arndt, Theodor v. Arnor, Kleff, Wland, Schenkendorf und Rückert nach einem vom Bau-rath Kplmann noch aufzustellenden Plane zur Aufstellung zu bringen. Die bekannte Statue der kleinen Wäscherin, welche ursprünglich für den Viktoria-Park in Aussicht genommen war, soll nach einem gestern gefassten Beschlusse nunmehr an der Waisenbrücke ihren Platz erhalten.

Die Kellern der Kaufmannschaft haben sich in einer Eingabe an den Reichskanzler gegen die Einführung des Nachhaderadenschlusses erklärt. Die sollten diese Leute auch einem Vorschlage zur Verbesserung der Lage ihrer Angestellten zustimmen!

Ausweisung. Die „Vols-Zeitung“ meldet: Aufgewiesen ist der aus Galizien stammende, in der Kolbäckstraße wohnende Galanteriewaarenhändler Lauterstein.

Druckfehler-Berichtigung. In der Notiz „Die akuten Darmkrankheiten“ in Nr. 163, 1. Beilage, ist zu lesen: „Selbstverständlich ist aber die Witterung (statt: Wirkung) nicht die Ursache u. s. w.“

Noch nicht festgestellt ist die Persönlichkeit eines jungen Mannes, der am Montag Abend auf der Bahnstrecke Gortitz-Berlin in Treptow aufgefunden wurde. Ein Zug, der von Kottbus nach Berlin ging, hat ihn Kopf, Arme und Beine zer-malmt. Bald nach dem Auffinden der Leiche sand man in einiger Entfernung von ihm an der Bahndämmung das Vordrehen des Gelddietens. Es scheint, daß der junge Mann, der etwa 18 Jahre alt gewesen sein mag und einen grauen Anzug mit grauem Hü-tut trug, es mit Bedacht abgelegt und sich dann in selbst-mörderischer Absicht vor den Zug geworfen hat.

Ein Schenkel in Menschengestalt ist, wie die „Vols-Zeitung“ meldet, Mittwoch früh in dem in der Reinickendorferstraße wohnenden verheiratheten Maurer K. festgenommen worden. K. ist schon zweimal wegen Sittlichkeitsverbrechen ver-betrafft und erscheint jetzt hinreichend verdächtig, seine 11jährige Tochter nicht nur selbst mißbraucht, sondern auch gegen Entgelt einem noch nicht ausfindig gemachten Lebemann zu dem gleichen Verbrechen zugeführt zu haben.

Ein Schlächterwagen hat gestern Abend in der Königsstraße wieder einmal Unheil angerichtet. Vor dem Hause Nr. 69 über-fuhr er den 10-jährigen Knaben Franz Dreger, der zu Fuß aus Lauburg hierher gewandert ist, und verletzte ihn an den Füßen so schwer, daß man ihn in einem Krankenhaus unter-bringen mußte.

Ein Rabenreich. Die Königsfelche im Brifelang, ein uralter Riefenbaum, der seit unendlichen Zeiten das Ziel von Anstüglern war, welche die schonen Waldungen von Finkenflug im Havelland aufsuchten, ist durch Feuer zerstört worden. Diese Felche war wohl der stärkste Baum der Mark, acht erwachsene Männer waren erforderlich, um den Stamm zu umspannen. Unzählige Inschriften, Widmungstafeln von Turnvereinen zierten ihn; ungezählte Tausende haben unter seinem Laubdach Rast gehalten. Vandalen haben am Sonntag Abend Feuer angelegt, daß den Riefenbaum bis auf einige traurige Reste zerstört hat. Die Thäter sind leider nicht ermittelt worden; es sollen Berliner Anstügler gewesen sein.

Die amtliche Untersuchung über den schweren Unglücksfall in dem Schloßrestaurant in Weiskensee hat bisher noch keine bestimmte Schuldfrage ergeben. Es ist festgestellt, daß der auf-gestellte Kletterbaum noch wenige Stunden vor Eintritt des Unfalls auf seine Festigkeit geprüft worden war. Das Klettern der Stange durch den Knaben K. erfolgte ohne Erlaubniß schon vorzeitig. Andere Kinder machten sich, als der Kleine wieder herunterkam, ein Vergnügen daraus, an dem Mastbaum, von welchem Seile herunterhängen, zu ziehen. Hierbei stürzte der Baum um, brach mitten durch, und die obere Hälfte desselben fiel nach einem Tisch hinüber, an welchem die vier verunglückten Geschwister saßen. Die Leiche des kleinen Mädchens ist von der Staatsanwaltschaft vorläufig noch nicht freigegeben.

Die Charlottenburger Brücke über den Berlin-Brandauer Schiffsahrt-Kanal bedarf der sofortigen Erneuerung des hölzernen Ueberbaues und ist daher der Verkehr über die Brücke vom 18. bis 20. d. M. abgsperrt.

Verschunden ist aus Groß-Lichterfelde das 18-jährige Dienstmädchen Auguste Eichenl.

Abermals abschlägig beschieden ist von der Eisenbahn-Direktion Berlin eine Petition der Bewohner von Baum-schulenweg um Verbesserung der Verkehrsverhältnisse an Sonn- und Feiertagen.

Auf traurige Weise haben die Schmidt'schen Eheleute in der Vorsicht 10 ihr einziges Kind verloren. Der Knabe war nach Wittlich zu Verwandten gesandt worden, um dort seine Ferien zu verbringen. Als er sich dieser Tage auf einem Heu-boden befand, waren ihm durch einen unaufgeklärten Zufall die Füße einer Heugabel tief in den Rücken gedrungen, so daß der Tod sofort eintrat. Wahrscheinlich war der Knabe in die Heu-gabel hineingefallen.

Den Tod im Wasser suchte in der letzten Nacht das 19-jährige Dienstmädchen Martha Schulz, das bei dem Amtsgerichtsrath Laehr in der Linienstr. 50 in Stellung ist. Sie wurde gerettet und in ein Krankenhaus gebracht. Die Ursache des Selbstmord-versuchs ist nicht bekannt.

Heberfahren wurde am Mittwoch Vormittag 10 Uhr in der Gerichtstraße das dreijährige Töchterchen des Schlächtermeyers Ulrich in der Hochstraße. Das verletzte Kind wurde den Eltern zugeführt.

Durch einen Sturz von der Treppe verunglückte in der letzten Nacht die Kellnerin Agnes Müller aus der Auguststr. 37. Sie mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

Bei einer gestern vorgenommenen Untersuchung des Schanzenloals von Sottke, Straßauerstr. 55, wurden 18 Personen zur Polizeiwache geführt, von denen 16 als obdachlos eingeleiert werden mußten.

In dem Stranzwerk des Altkönigschen Platzes hat sich in der vergangenen Nacht der 68 Jahre alte Kellner Robert Hanke aus der Wilhelmstr. 12, der von seiner Frau getrennt lebte, erhängt.

Ein Baunfall hat sich am Dienstag Nachmittag in der Dresdenstraße zugetragen. Dem Maurer Ernst Martin aus der Poststraße 50 fiel dort bei einem Bau auf dem Grundstück Nr. 55, als er eiserne Träger auslante, ein Träger auf das rechte Bein und zerschmetterte ihm den Unterschenkel. Der Ver-unglückte mußte in die königliche Klinik gebracht werden.

Zu dem Vorfalle in Schildhorn, über den wir dieser Tage berichtet haben, erhalten wir eine Zuschrift, in der mitgetheilt wird, daß es drei Personen waren, welche sich bei dort befindlichen Gesellschaft dadurch verächtlich gemacht hatten, daß sie den Bierden das Geschirr abnahmen, um es allem Anschein nach zu stehlen. Als die drei Männer dann zur Rede gestellt worden seien, hätten sie angefangen zu schlagen und nicht die Kauscher. Auch könne nicht die Rede davon sein, daß von der Gesellschaft jemand betrunken war.

Erdsenkung. Montag Abend um 1/10 Uhr entstand auf dem Bürgersteige vor dem Grundstück Reinickendorferstraße 27 durch Einsturz des Erdbodens um den dort befindlichen Straßen-brunnen ein mehrere Meter tiefes und 1 1/2 Meter breites Loch. Die Stelle wurde von der Polizei mit Latzen eingefriedigt, welche die Anwohner bereitwillig lieferten.

Brände. Dienstag Abend gegen 8 Uhr kam in der Groß-görchenstraße 21 ein großer Dachstuhlbrand zum Ausbruch, und gestern früh geriet durch Unvorsichtigkeit ein Petroleumfass an der Landungsbrücke der Dampfergesellschaft „Stern“ in der Gewerbe-Ausstellung in Brand. Die Feuerwehr löschte beide Brände in kurzer Zeit.

Von Inhätern überfallen und lebensgefährlich verletzt wurde in der gestrigen Nacht der Tischler Bickow in der

Germaustrasse zu Nixdorf. Nachwächter fanden ihn in seinem Blute liegen und brachten ihn nach dem Nixdorfer Krankenhaus. Leider ist die Ermittlung der brutalen Thäter noch nicht gelungen.

Aus dem Polizeibericht vom 15. Juli. Gestern Vormittag wurde der 7 Jahre alte Sohn des Tischlers Kretschmann auf dem Thur des von den Eltern bewohnten Hauses Kleine Marusstrasse 4a blutend und bewußlos aufgefunden und ist bald darauf an Gehirnerschütterung gestorben. Wahrscheinlich ist er über das Treppengeländer auf den Thur hinabgefallen. — Bei einer in der Nacht im Thiergarten ausgeführten Streife wurden 20 Mann aufgegriffen und 12 davon als obdachlos eingeliefert. — Gegen Abend fiel der Arbeiter Wiese in funstloser Trunkenheit auf dem Bürgersteige am Tempelhofer Ufer hin und verletzte sich so schwer am Kopfe, daß ihm das Blut aus Nase und Ohr lief. — Am Abend lief der 10 Jahre alte Knabe Ernst Dreier in der Königsstrasse aus Unachtsamkeit unter einen fahrenden Schlächtermagen und erlitt einen leichten Knöchelbruch am linken Fuß. — In der Yorkstrasse wurde der Kutscher Walter, Engelbergerstr. 22 wohnhaft, blutend und einer Ohnmacht nahe, auf einer Promenadenbank vorgefunden. Seiner eigenen Angabe nach hat er infolge ehelicher Zwistigkeiten sämtliches Hausgeräth in seiner Wohnung zertrümmert und sich dabei schwer an der Hand verletzt. — Der Handwerksmeister Schmidt wurde auf dem Kloster in der Baumgasse 83 todt aufgefunden. Der Tod scheint infolge eines Schlaganfalls erfolgt zu sein. — Heute Nacht gegen 1 Uhr wurde in der Schönhauser Allee der Marmoraleiler Streiber durch einen mit Gewisse beladenen, übermäßig schnell fahrenden Wagen, den der Kutscher Stöhl führte, am beiden Beinen überfahren. — In der Burgstrasse stürzte sich das 19 Jahre alte Dienstmädchen Martha S. aus noch nicht ausgeklärter Veranlassung in das Wasser. Sie wurde, da der Fluß dort ganz leicht ist, ohne weiteres von einem Schiffer wieder ans Land gebracht. — Abends nach 10 Uhr wurde eine unbekannte, etwa 45 Jahre alte Frau, in deren Begleitung sich ein etwa zweijähriges Mädchen befand, in einem Pferdebahn-Wagen der Linie „Zoologischer Garten—Trepow“ krank. Da sie sich auf der Sanitätschaise in der Alexandrinenstrasse nicht erholte, wurde sie nach der Charitte übergeführt und das Kind einstweilen im Waisenhaus untergebracht.

Witterungsübersicht vom 15. Juli 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. rechnet auf d. Meeresp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius
Swinemünde	764	NO	2	wolkenlos	19
Hamburg	764	NO	1	heiter	19
Berlin	764	SO	1	wolkenlos	19
Biesbaden	763	Still	—	wolkenlos	20
München	764	O	3	wolkenlos	20
Wien	762	SW	1	wolkenlos	18
Saparanda	764	Süd	—	wolkenlos	22
Petersburg	765	NO	1	wolkenlos	17
Cort	769	SW	3	heiter	13
Aberdeen	763	R	1	halb bedekt	16
Paris	761	O	1	wollig	20

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 16. Juli 1896.

Zunächst sehr warm mit mäßigen südlichen Winden, zunehmender Bewölkung und Gewitterneigung, nachher kühl. Berliner Wetterbureau.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Die Ausstellung „Alt-Berlin“ ist vom Kavalar-Großhändler Max Jellmerager, Neue Friedrichstr. 79a, durch einen fogenannten Eventualvertrag käuflich erworben worden. Die Uebergabe soll nach Schluß der Ausstellung im Oktober stattfinden und der Käufer beabsichtigt, Alt-Berlin auch noch im nächsten Jahre stehen und in derselben Weise wie jetzt dort Geschäfte betreiben zu lassen. Die Genehmigung dazu ist bei den Behörden nachgesucht worden.

Ausstellungsverkehr. In der Woche vom 4. bis 10. Juli wurden nach und von Trepow befördert: durch Eisenbahnen: hin 177 400 Personen, zurück 258 400 Personen; durch Straßenbahnen, elektrische Bahn, Omnibus: hin 139 880 Personen, zurück 188 776 Personen; durch Schiffe: hin 18 842 Personen, zurück 9719 Personen. In derselben Zeit waren in Berlin in Gasthöfen und öffentlichen Herbergen 18 445 Personen eingelehrt, ca. 1500 mehr als in der vorhergehenden Woche.

Das Portal VI der Ausstellung erhält heute, wie der Arbeitsausschuß den Ausstellern der Maschinenhalle mitgeteilt hat, eine Kasse und Biletverkauf. Damit ist der Streit zwischen den Ausstellern der Gruppen XIII und XIV und dem Ausstellungs-vorstande beendet.

Der Wächter des American-Theaters hat sich nicht gelodtet, sondern ist vor den Manichäern zu seinem hier wohnenden Bruder geflüchtet.

Kunst und Wissenschaft.

Gerhart Hauptmann hat in diesen Tagen ein neues Bühnenwerk vollendet, das den Titel „Die versunkene Glocke, eine deutsche Märchendichtung“, trägt. Das vieraktige Werk enthält zwei Hauptrollen, bei denen der Dichter an Joseph Rainz und Agnes Sorma gedacht hat. Rainz wird einen Glockengießer zur Darstellung bringen, während Frau Sorma eine Waldfee verkörpern soll. So sehr wir Frau Sorma's Kunst schätzen — aber elkenhaftes hat ihr Aeußeres eigentlich wenig an sich.

In Duxum ist der Bürgermeister Emanuel Carlitt gestorben. Er war bekannt als plattdeutscher Dichter.

Soziale Rechtspflege.

Gegen ein Bauunternehmer-Trifolium, die Herren Langhammer, Werner und Sump, hatten mehrere Mauerer vor der Kammer III des Gewergerichts einen Anspruch auf rückständigen Lohn durchzusetzen. Langhammer, welcher den in Frage stehenden Bau in eigener Regie auszuführen begonnen hatte, erkannte wohl die Forderung an; das genügte indessen den Klägern nicht. Er erziehen ihnen im Punkte der Zahlungsfähigkeit mit recht nicht ganz zuverlässig und andererseits glaubten sie Anhaltspunkte genug zu besitzen, um die beiden anderen Herren mit haftbar machen zu können, die ihnen „sicherer“ dünkten. Herr Werner, Steinhändler und Vorbesitzer des fraglichen Grundstücks, erklärte, mit dem Bau an sich nichts zu thun zu haben. Jedoch konnte er nicht bestreiten, daß die Kläger von ihm bei der Krankenkasse angemeldet und bei der Berufsgenossenschaft gegen Unfälle versichert worden waren, und daß er von denselben in seinem Komptoir den Kündigungsausschluß hatte unterschreiben lassen. Auch wurde festgestellt, daß es sich W. hatte angelegen sein lassen, Abschlagszahlungen auf resitrenden Lohn zu leisten. Auf Grund dieser Thatfachen und sonstiger Eigenheiten bei Ausführung des Baues kam der Gerichtshof zu der Ueberzeugung, daß Werner der eigentliche Herr des Baues, nicht bloß der Vorbesitzer des Grundstücks gewesen sei und daß Langhammer ihm lediglich als Kompagnon zur Seite gestanden habe. Demgemäß wurde Werner vom Gerichtshof für solidarisch mit haftbar erklärt. Gegen den Bauunternehmer Sump zogen die Kläger auf Anrathen des Gerichtes die Klage bereits vorher zurück,

da dieser zu der Zeit, ab welcher die Forderungen kommen, lediglich dem Meister Langhammer verschuldetlich mit Geld aus der Kasse geholfen hat, ohne daß ihn der Bau etwas anging. Erst später ist Sump in die Zwangslage gekommen, seinen Freund Langhammer beim Bau des betreffenden Hauses abzulösen. Er hatte nämlich demselben, der durchaus nicht mit den ihm kreditirten „Baugeldern“ reichte, nach und nach 7000 M. gepumpt, immer in der Hoffnung, durch jeden weiteren Pump Langhammer vor dem Zusammenbruch zu bewahren und das vorher Geborgte für sich zu retten. Alles vergeblich: er mußte schließlich, um nicht der letzten Hoffnung beraubt zu sein, den Bau dem bankrotten Langhammer abnehmen und Werner's „Kompagnon“ werden.

Allen Unfallsverletzten, wie den Hinterbliebenen derer, die das Schicksal der Industrie vollends verschlingt, kann nicht dringend genug angerathen werden, nicht erst im letzten Moment gegen die Entscheidungen der Berufsgenossenschaften und Schiedsgerichte die zulässigen Rechtsmittel einzulegen. Häufig kommt es vor, daß die Anmeldung der Berufung oder des Rekurses, wenn sie erst kurz vor Ablauf der gesetzlichen vierwöchentlichen Frist befragt wird, infolge unvorhergesehener Umstände zu spät in den Besitz der zuständigen Behörde gelangt. Auch seitens der Rechtsanwalte wird nicht selten in der Beziehung gefehlt; den Schaden davon hat natürlich immer der arme, vom Unglück heimgesuchte Arbeiter und dessen Familie. Besondere Beachtung verdient folgender Fall. Dem Arbeiter Schmidt in München hatte das zuständige Schiedsgericht 80 pCt. der Vollrente bewilligt, er vermochte aber überhaupt nichts zu erwerben und betraute deshalb seinen Rechtsanwalt damit, Rekurs einzulegen und beim Reichs-Versicherungsamt die Vollrente zu beantragen. Da das Urtheil des Schiedsgerichts am 20. Oktober des vorigen Jahres zugestellt worden war, lief die Rekursfrist am 23. November ab; am 24. November ging jedoch erst die Anmeldung des Rekurses beim Reichs-Versicherungsamte ein. Hierdurch benachrichtigt, machte der Vertreter des Klägers geltend, laut Vorkennzeichnungsschein die Rekursfrist rechtzeitig am 22. November, also einen Tag vor Ablauf der Frist zur Post gegeben zu haben. Das Reichs-Versicherungsamt zog eine Anstufung bei der Postverwaltung ein. Es wurde benachrichtigt, daß der Brief am 22. November zwischen 6 und 7 Uhr nachmittags in München aufgegeben und ordnungsgemäß am 23. November abends 8 Uhr in Berlin angekommen sei, so daß er erst am 24. desselben Monats an den Adressanten abgeliefert werden konnte. Dummehre wies das Reichs-Versicherungsamt den Rekurs wegen verspätung zurück.

Von prinzipieller Bedeutung ist ein Urtheil des Reichs-Versicherungsamtes, durch welches der Anspruch des Druckers Trautmann auf eine Unfallrente abgewiesen wurde. Trautmann hatte eines Tages eine bestimmte Arbeit nicht machen wollen, und war deshalb mit einem Mitarbeiter in Streit gerathen, der ihn im Verlaufe desselben mit einem Werkzeug auf den Kopf schlug. Die unglückliche Folge davon war, daß T. nicht mehr arbeiten konnte, wie vordem. Die Berufsgenossenschaft lehnte es ab, dem Verletzten eine Rente zu gewähren, weil kein Betriebsunfall vorliege. Das Schiedsgericht hat jetzt das folgende, ebenfalls abweisende Erkenntniß des Schiedsgerichts bestätigt: Vorsätzliche Körperverletzungen, welche sich Arbeiter gelegentlich einer Streitigkeit auf der Betriebsstätte zuzügen, liegen nicht beim Vorliegen zweier Bedingungen als Betriebsunfälle betrachten. Vorerst müßten sie dectart in erkennbarem ursächlichen Zusammenhange mit dem Betriebe stehen, daß die Veranlassung dazu wesentlich in dem Betriebe liegt. Dann aber müßte auch die Handlung, welche die Verletzung erzeugt, an sich noch einen Anknüpfungspunkt der Betriebsgefahr darstellen. Das Vorliegen der ersten Voraussetzungen sei zu bejahen, wenn auch der Zusammenhang zwischen Betrieb und Verletzung ein sehr loser sei; die beiden gleichgestellten Arbeiter hatten ja kein Recht dazu, sich wegen ihrer Arbeit Wortwörter zu machen. Dagegen wäre anzunehmen, daß das zweite Erforderniß zur Annahme eines Betriebsunfalles nicht vorhanden sei. Der fragliche Streit zwischen den beiden Berufsgenossen sei durch keine Betriebsgefahr beeinflusst worden und hätte auch fern vom Betriebe denselben Ausgang nehmen können. Auf die Thatfache, daß der verhängnißvolle Schlag vermittelt eines Werkzeuges erfolgte, sei hier kein Gewicht zu legen. Sonach habe die Berufsgenossenschaft mit recht die Rente abgelehnt.

Gerichts-Beilage.

Das Abschneiden einer Ruthe, mit welcher er ungezogene Buben zu züchtigen gedachte, hatte für den Arbeiter Heinrich Krause kaum gläubliche Folgen. Der Angeklagte, der sich vor der 134. Abtheilung des Schöffengerichts wegen Beschädigung öffentlicher Verschönerungen zu verantworten hatte, war im Juni d. J. bei einem Karoussel, welches in der Viktoriastrasse aufgestellt gefunden hatte, als Aufpasser beschäftigt. Wo ein Karoussel steht, sind böse Buben zumeist nicht fern; der Angeklagte wurde weiblich von ihnen gezerrt, vorzüglich dadurch, daß sie trotz erster Vermahnung das nahe Kartoffelfeld zertraten. Am 28. Juni trieben sie es besonders arg und schloß sich Krause es nun gerathen fand, seinen bereitgelegten Stock zu Hilfe zu nehmen, mußte er entdecken, daß ihm derselbe weggenommen worden war. Schnell entschlossen begab er sich auf den nahe gelegenen Unionsplatz und schloß sich hier von den zur Verschönerung gepflegten Sträuheru einen kräftigen Stock, um mit dessen Hilfe seines Wächteramtes weiter zu wachen. Die Eilfertigkeit in der Beschaffung des Züchtigungsmittels sollte ihm aber schlecht bekommen; dem Obergärtner wurde die Handlungsweise des Angeklagten hinterbracht, er stellte Strafantrag und gab den Werth der Ruthe auf 50 Pfennige an. Krause wurde am 30. Juni in Untersuchungshaft genommen, der Staatsanwalt beantragte gegen ihn 1 Tag Gefängniß, der Gerichtshof verurtheilte ihn aber zu 8 Tagen Gefängniß, erklärte die Strafe jedoch für verhängt. Offenlich sucht der Verurtheilte von einer höheren Instanz ein anderes Urtheil zu erzielen.

Wegen versuchter Nötigung durch Androhung einer Beseltdigung hatte sich gestern der Kaufmann Jakob Ofner vor der III. Ferien-Strafkammer des Landgerichts I. zu verantworten. Der Angeklagte ist der Leiter der hiesigen Filiale des in Wien domicilirten Inlaffo-Bureaus „Affistenz“. Letzteres hat die Aufgabe, durch Anstufung-Ertheilung und warnende Mißtheilungen an die Abonnenten durch den Institut herausgegebenen „Kommerziellen Beobachter“ die Gesammtheit der Kaufmannschaft gegenüber der Saumseligkeit und Böswilligkeit Einzelner zu schützen. Der Angeklagte hatte nun einem hiesigen Kaufmann über eine Hamburger Firma eine ganz günstige Anstufung ertheilt und mußte alsdann zu seiner Ueberrastung erfahren, daß in einem Falle von dieser Firma Zahlung nicht zu erlangen war. Er widmete deshalb dem ihm übertragenen Inlaffo besondere Aufmerksamkeit und bemühte zur Zahlungsaufforderung das übliche Formular, welches den Hinweis darauf enthält, daß, wenn der Adressat die Sache nicht innerhalb dreier Tage erledigen sollte, seine Firma auf die schwarze Liste kommen würde, die mit dem „Kommerziellen Beobachter“ den Abonnenten, Fabrikanten und Großhändlern Oesterreich-Ungarns und Deutschlands zugestellt werde. Hierin erblickte der Staatsanwalt eine versuchte Nötigung und beantragte 400 M. Geldstrafe event. 40 Tage Gefängniß. Rechtsanwalt Staub II. führte dagegen aus, daß der Angeklagte zwar wohl die Absicht gehabt habe, zu belästigen, sondern seine Klienten vor böswilligen Schuldnern zu schützen. Ihm stehe bezüglich der Belästigung der Schutz

des § 103 zur Seite, das Vergehen der Beseltdigung falle weg und eine versuchte Nötigung könne dann nicht mehr konstatiert werden. Der Gerichtshof schloß sich dieser Ansicht an und erkannte auf Freisprechung.

In zahlreichen Fällen sind Arbeiter und Gewerkschaftsleiter, die von Unternehmern unter Androhung eines vermeintlichen Nachtheils bessere Arbeitsbedingungen erlangen wollten, wegen Nötigung oder gar wegen Erpressung zu hohen Geld- oder Gefängnißstrafen verurtheilt worden.

Eine heitere Verwechslung hat die Polizeiverordnung betreffend das Verhüllen der Schaufenster an Sonn- und Feiertagen während der Kirchzeit veranlaßt. Gegen diese Verordnung sollte nämlich nach der Anzeige eines Schatzmannes ein hiesiger Milchhändler verstoßen werden dergestalt, daß drei Reichen in seinem Schaufenster ausgestellte Flaschen Milch sichtbar gewesen sein sollten. Er erhielt wegen dieses Vergehens das übliche Strafmandat, erhob dagegen Widerspruch und erzielte dadurch einen Erfolg von weitreichender Bedeutung. Allgemeine Heiterkeit erregte es indessen, als in dem betreffenden Termine der Verteidiger des „Angeklagten“, dem Gerichtshofe eine der ominösen Milchflaschen präsentirte und ad oculos demonstrirte, daß selbige Flaschen nicht Milch, sondern — Mehl enthielten. Der Schatzmann war allerdings sehr erstaunt ob dieser sonderbaren Entdeckung, auf Grund deren die besagte Polizeiverordnung eine juristische und für die Praxis bedeutungsvolle Auslegung erhielt, welche sich die Väter der Verordnung wohl nicht haben träumen lassen. Der Gerichtshof schloß sich nämlich den Ausführungen der Verteidigung an und erkannte dahin, daß zwar nicht nach dem Sinne, wohl aber nach dem Wortlaute obiger Polizeiverordnung ein Kaufmann oder Handelsmann berechtigt sei, solche Waaren in seinem Schaufenster auszustellen, die er nicht in seinem Geschäfte zum Verlaufe führe. Da nun der Angeklagte mit Milch und nicht mit Mehl handle, so sei er berechtigt gewesen, mit Mehl gefüllte Flaschen unverhüllt auch während der Kirchzeit an einem Feiertage — auszustellen, gleich wie es ihm auch freigestanden haben würde, Stiefel, Schuhe oder sonstige Dinge unverhüllt auszustellen. Der Angeklagte wurde freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt.

Ein Nachspiel zu dem Tischlerstreit, der im Februar d. J. in Nixdorf stattfand, kam am Dienstag vor dem dortigen Schöffengericht zur Verhandlung. Angeklagt waren der Tischlergeselle Friedrich Wilhelm Max Graf und der Fabrikarbeiter Edmund Pawellek; ersterer war beschuldigt, gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung verstoßen und den Stellmacher-Gesellen Otto Madaus mißhandelt zu haben, während Pawellek den M. öffentlich beleidigt haben soll. Der Thatbestand war ziemlich harmloser Natur. Graf und Pawellek hatten bei dem Tischlermeister Ulrich die Arbeit niedergelegt, weil dieser die Forderungen der Arbeiter nicht anerkannte. Am 22. Februar, einem Sonnabend, sahen die beiden Streitenden nun, wie Madaus mit einem Kollegen aus der Ulrich'schen Werkstatt kam. Beide gingen auf die Streikbrecher zu, weshalb der Begleiter Madaus, der wohl kein gutes Gewissen haben mochte, wie von Furien gepoistert entflo. Madaus blieb stehen und wurde von Graf getadelt, daß er die Arbeit bei Ulrich aufgenommen und dadurch verkehrthete Leute ums Brot bringe. Dabei soll Graf dem M. einen Stoß ins Gesicht gegeben und ihm sodann gedroht haben, wenn er weiter arbeite, werde man ihn „kalt machen“. Graf bestreitet entschieden sowohl den Stoß, als auch die Drohung. Kurz darauf kam Pawellek mit drei streikenden Kollegen heran und nun soll P. den M. „Lump“ geschimpft haben. Außer Madaus hat keiner der Zeugen eine solche Aeußerung gehört, P. selbst bestreitet dieselbe. Auf Grund des Zeugnißes des Madaus einzig und allein erachtete der Gerichtshof beide Angeklagte für schuldig; er war mit dem Staatsanwalt der Meinung, daß die bisher völlig unbescholtenen Angeklagten exemplarisch bestraft werden müßten, weil sie einen arbeitenden Menschen zum Streik hätten zwingen wollen. Deshalb wurde Graf zu — drei Monaten Gefängniß (1), Pawellek zu 30 Mark Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängniß verurtheilt!

Wegen Diebstahls einer goldenen Taschenuhr nebst Kette hatte sich der wohlhabende Kaufmann Hugo Münchow aus Nixdorf vor dem dortigen Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte verkehrte seit täglich mit dem Fuhrherrn Goltz. In der Nacht vom 19. zum 20. Oktober 1895 befanden sich Beide in einem Lokal in der Schinestraße, wo Goltz sich einen tüchtigen Paarbeutel kaufte. Am nächsten Morgen vermißte er seine goldene Uhr und Kette im Werthe von über 200 Mark. Er klagte dem Münchow noch an demselben Tage sein Verlo und erklärte, darüber Anzeige erstatten zu wollen. Das geschah zwar, die Uhr wurde aber nicht herbeigeschafft, ebenso wenig war der Dieb zu ermitteln. Nach sieben Monaten entdeckte Goltz zu seinem Erstaunen seine Uhr nebst Kette bei Münchow, der sich damit geschuldt hatte. Auf Anzeige bei der Kriminalpolizei wurde die gestohlene Uhr auch richtig bei Münchow gefunden und gegen diesen nun Anklage wegen Diebstahls erhoben. Der Angeklagte behauptete, er habe sich an jenem Abend, als Goltz betrunken war, nur einen Scherz machen wollen, am anderen Tage habe er sich aber gemitt, die Uhr zurückzugeben, da Goltz inzwischen Anzeige erstattet habe. Er habe nun die Uhr frei und offen getragen, damit Goltz dieselbe sehen und zurückverlangen solle. Sein Vermögen bewahre ihn vor einem Diebstahl. Der Staatsanwalt erachtete es für zweifellos, daß der Angeklagte die Uhr entwendet habe und beantragte gegen denselben zwei Monate Gefängniß. Der Gerichtshof war jedoch der Ansicht, daß der bisher unbescholtene Angeklagte sich doch vielleicht nur einen schlechten Scherz habe machen wollen, doch habe er sich einer Unterschlagung schuldig gemacht, als er die Uhr anlegte. Das Urtheil lautete auf 500 M. Geldstrafe oder 50 Tage Gefängniß.

Brügelnde Polizeibeamte. Wegen gefährlicher Körperverletzung im Amte wurden die Polizeigeranten Karl Pieper und Richard Schauer am 17. April 1896 vom Landgericht Münster verurtheilt und zwar ersterer zu 6 Wochen Gefängniß und letzterer zu 50 M. Geldstrafe. In der Nacht vom 7. zum 8. November 1895 stießen zwei Personen, die Zeugen Licht und Schifferlotter, beim Herausreten aus einem Wirthshause auf mehrere Polizeifolddaten, unter denen sich u. a. auch die Angeklagten befanden. Letztere forderten die Zeugen ohne weitere Veranlassung auf fortzugehen. Die Zeugen, über die barische Anrede ärgerlich, sagten böhnisch: zum ersten, — zum zweiten, — zum ... und wandten sich dann friedlich zum Gehen. Nunmehr stürzten die Angeklagten während hinterdrein, zogen blank und hieben auf die ohne Widerstand sich flüchtenden Zeugen mit ihren Säbeln ein. Das Gericht stellte fest, daß die Angeklagten so handelten lediglich um sich persönlich zu rächen wegen der böhnischen Bemerkung der Zeugen. Die Angeklagten legten gegen das Urtheil Revision ein, die jedoch vom Reichsgericht verworfen wurde.

In Hensburg ist der Ingenieur Moritz von Holberg (Sohn des Obergerichtsraths von Holberg aus Grimma), welcher auch Hamburger und Berliner Zeitungsredaktionen als Schriftsteller von Trotha brandtschlagte, wegen Diebstahls und Urkundenfälschung zu 4 Monaten Gefängniß und wegen Bettelns zu 14 Tagen Haft verurtheilt worden.

Vernrtheilter Sergeant. In einem Jahre und einem Monat Zuchthaus nebst Degradation und Entisierung aus dem Heere verurtheilt wurde der Sergeant des Königl. bayerischen 8. Infanterie-Regiments in Weh Augustin Uebelher aus Nilsfeld (Hessen). Derselbe hatte als Zimmermeister und Korporalschaftsführer seine Untergebenen fortwährend angepumpt und denselben theils unter Anwendung

falscher Schlüssel Beträge von 2 bis 50 Mark gefohlen, überdies auch zwei Soldaten die Löhnung unterschlagen.

Das Kammergericht hat, laut der „Med. Zentr.-Ztg.“, in seiner Sitzung vom 9. d. M. (publiziert am 13.) die Berufung des Vereins der freigewählten Rassenärzte zurückgewiesen. Der Verein hatte bekanntlich gegen die Orts-Krankenkasse der Maurer auf Erfüllung des Kontrakts geklagt und unterlag in der ersten Instanz, weil höhere Gewalt angenommen wurde.

Peitschenhiebe auf Grund des Züchtigungsrechts gegen das „Gesinde“. Ein Vorfall, der lebhaft an die Thaten der deutschen Kulturträger in Afrika erinnert, kam am 14. Juli vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Wegen Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung ist von der Strafkammer beim Amtsgericht Krotoschin am 20. Mai der Arbeiter Urban Kot zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hat nach den Feststellungen dem Reuzen S. seinen Inspektor, mit einer Wagenrinne über Rücken und Genick geschlagen. Auf seinen Einwand, daß er in Nothwehr gehandelt habe, weil S. ihn mit der Peitsche und einem Peitschenstiele vorher gemißhandelt hätte, wurde keine Rücksicht genommen, da S. nach Ansicht des Gerichtes nur in Ausübung des ihm gegen das Gesinde zustehenden Züchtigungsrechtes gehandelt habe! — Auf die Revision des Angeklagten hob das Reichsgericht das Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht O r o w o. Dem Urtheile der Krotoschiner Strafkammer wurde vom Reichsgericht große Unklarheit vorgeworfen, da nicht einmal gesagt sei, was man für erwiesen erachtet habe. Von einem sogenannten Züchtigungsrechte des Inspektors könne nach der preussischen Gesinde-Ordnung keine Rede sein. Nach diesem wird gegen den gepeinigten Knecht, der sich dem „Vorgefetzten“ gegenüber pflichtgemäß auf seine Menschenwürde besonnen hat, wohl ein anderes Urtheil gefällt werden. Wie konnte aber das Gericht zu einer so schweren Verurteilung eines Mannes kommen, der sich in der Nothwehr gegen eine schmachvolle Behandlung aufgelehnt hat?

Gewerkschaftliches.

Achtung, Schuhmacher! In der Schuhfabrik von Erpel, Berlin, Kaiserstr. 41, dauert der Streik unverändert fort. Obwohl der Kommission von Seiten des Herrn Erpel erklärt wurde, daß er nicht weiter arbeiten lassen wolle, macht er dennoch die größten Anstrengungen, um Arbeiter zu bekommen. Leider haben sich auch einige „Kollegen“ gefunden, die den Streikenden zum Nachtheil in der Fabrik Arbeit genommen haben. Für sein muthvolles Auftreten gegenüber seinen streikenden Arbeitern ist dem Herrn Erpel nunmehr wenigstens ein kleiner Denzettel ertheilt, denn das Gericht konnte nicht umhin, ihn bei der am 14. d. M. zur Verhandlung anstehenden Sache wegen des rohen Ueberfalls eines Arbeiters zu 300 Mark Geldstrafe eventuell 14 Tagen Gefängnis zu verurtheilen. Jedoch scheint trotz dieses Urtheils eine Aenderung zum Besseren bei Herrn Erpel noch nicht eingetreten zu sein, denn am Abend desselben Tages nahm er sich wiederum heraus, einen Arbeiter, der ein Zeugniß von ihm erbat, die Treppe hinunter zu hauen. Nach dieser Heldenthat hat Herr Erpel Berlin verlassen, um wahrscheinlich persönlich Arbeiter für seine Fabrik anzuwerben. Wir bitten die Kollegen Deutschlands, falls Herr Erpel den Versuch machen sollte, Arbeiter hierher zu locken, ihn gehörig zurechtzuweisen. Nur dadurch, daß der Zug so ferngehalten wird, ist der Sieg der Ausführenden des Genossen August Bebel, der in einem 2 1/2 stündigen, höchst interessanten Vortrage die Ergebnisse der verflochtenen Reichstags-

session besprach. Als einen Markstein in unserer wirtschafts- politischen Entwicklung bezeichnete Redner es, daß sich während der letzten Tage des Reichsparlaments einerseits die schärfste Opposition gegen alle Maßregeln breitmachte, die als arbeiters- freundlich gelten, und daß andererseits ein ganzer Komplex von Gesetzen „zum Schutze gegen die kapitalistische Ent- wicklung“ ins Leben gerufen wurden. Zu den letzteren rechnet Redner das Gesetz gegen den unfaulteren Wettbewerb, das Gesetz über die Wirtschaftlichkeits-Genossenschaften, und die Novelle zur Gewerbeordnung. Alle diese Gesetze würden, führte er aus, dem gewerblichen Kleinbürgertum nichts helfen, höchstens würden sie bewirken, daß die Existenz Tausender von Menschen in Frage gestellt werde und die Sozialdemokratie wieder einmal einen hübschen Zuwachs erhalte. Nachdem Bebel dann noch das bürgerliche Gesetzbuch kurz als ein sehr zweifelhaftes deutsches Einheitsrecht gekennzeichnet hatte, schloß er: Das Volk habe allen Anlaß, mit dem, was diesmal die Gesetzgebung geschaffen hätte, nicht zufrieden zu sein, hingegen könne sich die sozialdemokratische Partei freuen, denn sie habe den Nutzen von dieser Unzufriedenheit. Die bürgerliche Gesellschaft arbeite unter allen Umständen zum Vortheil der Sozialdemokratie, ob sie ihr nun ruhe oder schade. (Großer Beifall.) Der Vorsitzende, Genosse Volpert, forderte die Anwesenden auf, auch der neuen Organisation treu und opferbereit zur Seite zu stehen und sie in jeder Beziehung zu fördern. Mit einem stürmischen Hoch auf das Gedeihen des Vereins trennten sich die Versammelten.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 14. Juli seine erste statutenmäßige Versammlung ab. Der große Saal des Herrn Martens, Friedrichstr. 236, war bis auf den letzten Platz gefüllt, ein Beweis dafür, daß Polizeimaßnahmen gegen die Sozialdemokratie stets nur die ungewollte Wirkung erzielen, das Zusammengehörigkeits- Bewußtsein des arbeitenden Volkes zu stärken. Mit größter Aufmerksamkeit folgten die Versammelten den Ausführungen des Genossen August Bebel, der in einem 2 1/2 stündigen, höchst inter- essanten Vortrage die Ergebnisse der verflochtenen Reichstags-

Vermischtes.

Aus Wien wird über ein Attentat berichtet: Der Jüngling des Militärthierärznel-Instituts Joseph Korjia gab einen Revolver schuß auf den Professor Schindella ab, bei welchem er im Rigorosum durchgefallen war. Professor Schindella wurde an der Schulter ziemlich schwer verletzt. In Ansehung an die Meldung über den Unfall zwischen Pratau und Bergwitz wird amtlich mitgeteilt, daß das Gleis Berlin-Halle gestern Nachmittags 5 Uhr und das andere um 6 Uhr wieder fahrbar war.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion des Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.
Donnerstag, den 16. Juli.
Neues Opern-Theater. (Kroff.)
Lambäuer.
Deutsches Theater. Madame Sans-Geno.
Kessing-Theater. Waldmeister.
Berliner Theater. Fiddide u. Sohn.
Schiller-Theater. Die Frauenfrage.
Neues Theater. Zaza-Loto.
National-Theater. Die Reise durch die Gewerbe-Ausstellung.
Neudenz-Theater. Der Stellvertreter.
Vorher: Erlauben Sie Madame!
Adolph Ernst-Theater. Das flotte Berlin.
Gelle-Alliance-Theater. Der Goldsucher.
Friedrich-Wilhelmstadt. Konzertpark. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Die Reise durch die Gewerbe-Ausstellung.
Große Posse mit Gesang von Hugo Basse.
Regie: Fritz Schäfer.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
National-Theatergarten.
Großes Konzert. — Theaterstücke. Spezialitäten I. Ranges.

Alt-Berlin.
Bei günstiger Witterung nachmittags 4, 6 und 8 Uhr:
Drei große historische Umzüge.
Altdeutsches Musikkorps. Kapellmstr. Streller.
Erste Wiener Kapelle à la Strauss: Kapellmeister Fischer.
Singer-Gesellschaft „Flora“, 20 Personen, in Bierländer Kostümen.
Eintritt: 25 Pfg.
Donnerstag — bis 6 Uhr — 50 Pfg., später 25 Pfg.

Viktoria-Brauerei
Lützowstrasse III/112
(nahe Potsdamer-Platz).
(Garten resp. Saal.)
Heute
sowie täglich (außer Sonnabend):
Stettiner Sängers
(Keyser, Pietro, Britton, Steldl, Krone, Röhl und Schrader).
Zum Schluß:
Cavalleria schuficana
Anfang prägnante 8 Uhr.
Entrée 50 Pfg.
Heute nach der Soiree:
Tanzkränzchen.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Frauenfrage.
Freitag, abends 8 Uhr: Vergnügte Flitterwochen.

Apollo-Theater und Konzert-Garten
Friedrichstraße 218. Dir. J. Glück.
Täglich um 9 Uhr:
Ein Abenteuer im Harem.
Burlüste in 1 Akt von Manuskript. Musik von Linde.
Ferner: King u. Gray. Jonny Peters, Deltorellis, Del Moly, Drei Apollons, Robert Steidl, Quintett Vischinskaja, Taclann, The Avolos, Georg Rösser, Les Sonetts, Clara Antonie, Sator's, Henry Bender.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr. — Auf. der Vorstell. 8 Uhr.

Ostbahn - Park
Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Park.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschook.
Kaffeeküche 3-5 Uhr. — Entrée 15 Pfg., wofür ein Glas Bier gratis.
Volksbelustigungen jeder Art. 4 Regelbahnen zur Verfügung.
Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.
Sonntags Entrée 20 Pfg., Kinder 10 Pfg. H. Jmbs.

2 Vorstellungen täglich
Nachm. 5-7; Abends 9-11 Uhr.
Bolossy Kiralfy's „Orient“
Olympia
Riesentheater.
Grösstes Schauspiel der Welt! Ca. 1000 Mitwirkende!

Freund's Inselgarten, Pichelswerder.
Für diesen Sonnabend ist ein Saal freigeworden. 55912*

Der Arbeiter-Stenographen-Verein Stolze
veranstaltet am Freitag, den 17. Juli, im Restaurant Zubeil, Lindenstraße 106, einen Unterrichtskursus (ca. 15 Stunden à 30 Pfg.) in der **Neu-Stolze'schen Stenographie.** Derselbe wird durch einen eintrittsfreien Vortrag über „Geschichte und Bedeutung der Stenographie“ eingeleitet, und sind Herren und Damen zur Theilnahme freudlichst eingeladen.
Anmeldungen nimmt entgegen Restaurateur Zubeil. 26245

Die feinste 3 Pfennig-Cigarette ist:
Askari!
In den besseren Cigarrogengeschäften zu haben.

Schweizer Garten
Am Königsthor. — Gasse d. Ringb. — Am Friedrichshain.
Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Moderne Birkusmenschen.
— Große Posse mit Gesang in 4 Abtheilungen. —
Volksbelustigungen u. Ball.

Urania.
Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater
abends 8 Uhr.
Invalidenstr. 57/62, Lehrt. Stadtbahn.
Sternwarte täglich geöffnet v. 7 Uhr abends ab. Eintritt 50 Pf.
Näheres die Tagosanschlöße.

Adolph Ernst - Theater.
Das flotte Berlin.
Große Aufführungs-Gesangsposse in 3 Akten v. E. Treptow u. E. Jacobson, Kupletz u. Quodlibet v. G. Göhr.
Musik v. G. Steffens.
2. Akt: Alt-Berlin.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Ostbahn - Park
Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Park.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschook.
Kaffeeküche 3-5 Uhr. — Entrée 15 Pfg., wofür ein Glas Bier gratis.
Volksbelustigungen jeder Art. 4 Regelbahnen zur Verfügung.
Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.
Sonntags Entrée 20 Pfg., Kinder 10 Pfg. H. Jmbs.

2 Vorstellungen täglich
Nachm. 5-7; Abends 9-11 Uhr.
Bolossy Kiralfy's „Orient“
Olympia
Riesentheater.
Grösstes Schauspiel der Welt! Ca. 1000 Mitwirkende!

Freund's Inselgarten, Pichelswerder.
Für diesen Sonnabend ist ein Saal freigeworden. 55912*

Der Arbeiter-Stenographen-Verein Stolze
veranstaltet am Freitag, den 17. Juli, im Restaurant Zubeil, Lindenstraße 106, einen Unterrichtskursus (ca. 15 Stunden à 30 Pfg.) in der **Neu-Stolze'schen Stenographie.** Derselbe wird durch einen eintrittsfreien Vortrag über „Geschichte und Bedeutung der Stenographie“ eingeleitet, und sind Herren und Damen zur Theilnahme freudlichst eingeladen.
Anmeldungen nimmt entgegen Restaurateur Zubeil. 26245

Die feinste 3 Pfennig-Cigarette ist:
Askari!
In den besseren Cigarrogengeschäften zu haben.

Schweizer Garten
Am Königsthor. — Gasse d. Ringb. — Am Friedrichshain.
Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Moderne Birkusmenschen.
— Große Posse mit Gesang in 4 Abtheilungen. —
Volksbelustigungen u. Ball.

Passage - Panopticum.
42
wilde Weiber
aus
Dahomey.

Castan's Panopticum.
Neu!! Neu!! Neu!!
4
hochsensationelle
Neuheiten
die ein Jeder
sehen muss!

Reichshallen-Garten
Leipziger-Strasse, am Dönhofsplatz.
Täglich
Norddeutsche Sängers
Heute, Sonntag:
Zum 72. Male:
Die Ut-Parodie
Alle fünf Barrisons
Anfang Sonntags 7 Uhr,
Wochentags 8 Uhr.
Entrée 30 Pfg. Reservierter Pl. 50 Pfg.
Wird Sonntags wegen Regenwetter im Saal gespielt, beträgt das Entrée durchweg 50 Pfg.

Spezial-Ausstellung
KAIRO
ab 7 Uhr nachm. ohne Gewerbe-Ausstellungen - Bilet zugänglich.
Von 10 Uhr vormittags geöffnet.
Riesen-Arena:
6 und 8 1/2 Uhr nachmittags.
Massen-Schaustellungen der Beduinen.
Konzert von 4 Kapellen
Entrée 50 Pfg.
Elite- und Illuminations-Tage
1 Mk.

Puhlmann's Vaudeville-Theater.
Schönhäuser Allee 148.
Täglich: Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia-Trio, Theo three Marit's kom. Excent Ach. Origl. Sator, Krotobitensch. Geshw. Ternoy, Trapez. Hognlo-Truppe, Akrob., Lotty, Friedmann etc.
Entrée 30 Pfennige.

W. Noack's Sommer-Theater.
Brunnenstr. 16.
Täglich:
Konzert und Theater-Vorstellung.
Bei ungünstiger Witterung findet die Vorstellung im Saal statt.
Novität! Die X-Strahlen.
Schwan in 1 Akt von Ernst Felsch.
Die letzte Fahrt.
oder: Nach 25 Jahren.
Siederpiel in 1 Akt und 3 Bildern von Stutterheim. Musik von Corradi.
Men!
Mannschaften an Bord.
Komische Operette in 1 Akt v. E. Kallisch. Musik von Feil.
Auftreten bedeutender Spezialitäten.

Julius Wernau's Festsäle und Garten
Schwerdterstraße 23/24.
Jeden Montag u. Mittwoch
Große
Spezialitäten - Vorstellung
bei freiem Entrée.
Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. Vereinszimmer und 2 Regelbahnen zu vergeben. Telephon Amt III Nr. 2440.

Feldschlößchen
142 Müllerstraße 142.
Telephon: Amt Moabit 1213.
Täglich:
Konzert, Theater.
Spezialitäten - Vorstellung.
Das Fest der Handwerker.
Sonntags: Großer Ball.
Mittwochs: Tanzkränzchen.
Theodor Boltz, Deonom.

Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Hitzschoke, gegründet 1872, Skafiterstr. 13, Ecke Admiralstraße, am Rottbuscher Thor. 59152*

Vorzugs - Billets
zur Urania - Vorstellung am Sonntag, den 19. Juli, nachmittags 1 Uhr, sind noch in größerer Anzahl zu vergeben.
Zentral-Bureau des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.
Berlin C., Fischerstraße Nr. 22.
Empfehle allen Freunden und Bekannten mein **Weiß-, Sairisch Bier** und **gr. Speisegeschäft.** Reichhalt. Frühstück von 30 Pfg., Mittag mit Bier 50 Pfg. sowie Abendlich à la carte von 30 Pfg. an. 2 Vereinszimmer mit **Klavier** für 20-50 Personen. 4977L*
H. Stramm, Restaurant, Ritterstr. 129
Achtung! **Achtung!**
Künstl. Zähne v. 8 M. an, Theilw. wöchentlich, 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervödten bei Bestellung umsonst.
Gudel, Bauhoyerplatz 2, Gfasserstr. 12
Möbel, gebrauchte, kauft Barow, Schleifischstr. 6. A. Pasched. 2661b
Eine möblierte Schlafstelle, sep. Eing., Schleifischstr. 6. A. Pasched. 2661b

4. Deutscher Schneider- und Schneiderinnen-Kongress.

Eisenach, 14. Juli 1896.

Knoop-Frankfurt: In Süddeutschland ist die Agitation sehr erschwert durch den Umstand, daß die Konfektion auf dem Lande meist durch Heimarbeiter hergestellt wird. Selbst Berliner Häuser lassen dort arbeiten, ganze Risten voll Arbeit werden nach dem Tannus u. s. w. geschickt. Die Landarbeiter bekommen 40 Pf. für eine Hose, 25 Pf. für eine Weste. Wir müssen unbedingt Mittel und Wege schaffen, um dort eine Agitation ins Leben zu rufen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Auf Antrag von Frau Zetkin wird folgende Resolution einstimmig angenommen: Der Kongress der Schneider und Schneiderinnen zu Eisenach erklärt sich nach eingehender Debatte mit der Haltung der Häuser-Kommission in der diesjährigen Konfektionsbewegung einverstanden und spricht derselben ihr volles Vertrauen aus.

Der Münchener Antrag auf Schaffung einer besonderen Konfektionsarbeiter-Organisation wird nach kurzer Begründung durch G. o. l. h. München abgelehnt.

Der 3. Punkt der Tagesordnung lautet: „Die Forderungen der Schneider und Näherinnen an die Gesetzgebung.“

Referentin Frau Zetkin-Berlin: In diesem Frühjahr sind wir Zeugen gewesen von Kämpfen, die von den Lernjahren und Glendessen geführt wurden. Diese schlechtesten Besetzten sind es gewesen, die die Elemente des Bürgerthums zur Hilfe aufgerufen und die Gesetzgebung gezwungen haben, sich mit ihren Forderungen zu beschäftigen. Die energichsten Bemühungen der Vertreter des arbeitenden Volkes beachten es nicht zu wege, die Sozialreform zu fördern. Die bürgerlichen Parteien betrieben überdies die Sozialreform nur dann, wenn sie nichts kostete. Da kam der Konfektionsarbeiterfreier. Alle jene Forderungen, welche die deutsche Sozialdemokratie seit Jahren gestellt, sie wurden von den bürgerlichen Parteien selbst als Heilmittel gepriesen. In der Konfektion herrscht die Frauen- und Hausarbeit vor. Das Elend in dieser Industrie ist dem sprichwörtlich gewordenen Weiberelend gleich. Die Untersuchungen, die in dieser Industrie geführt worden sind, haben eines zur Evidenz erwiesen, daß der Zwischenmeister für viele Arbeiter eine verhängnisvolle Rolle spielt, aber er ist nicht die Ursache des Elends, sondern er ist nur eine Begleiterscheinung des Hauptüblems der Hausarbeit. Die Erhebungen vor der Kommission für Arbeiterstatistik haben ergeben, daß die überwiegende Zahl der Zwischenmeister nicht besser gestellt ist als die Arbeiter. Der Zwischenmeister ist nicht der Ausbeuter, sondern das Werkzeug des Ausbeuters. Der letztere sucht außerdem noch das Odium der Ausbeutung auf den Zwischenmeister abzumägen. Das Großunternehmertum hält darum an der Zwischenmeister-Institution fest, weil es ihm ermöglicht, eine doppelte Konkurrenz unter den Arbeitern hervorzurufen, einmal der Arbeiter unter sich, und weiter der Zwischenmeister unter sich. Die Hausarbeit allein ermöglicht es, daß sich zwischen Arbeiter und Unternehmer noch andere Personen einschleichen. Die Hausindustrie führt ferner eine Isolierung der Arbeiter herbei. Das Vorherrschen der Frauenarbeit hat einen unheilvollen Einfluß auf die Verhältnisse der Konfektion ausgeübt. Der Umstand, daß in derselben eine Menge verheirateter Frauen als Arbeiterinnen auftreten, welche einen Mischhalt in der Familie hatten und darum nicht auf das Erwerben ihres vollen Lebensunterhaltes angewiesen waren, brachte es mit sich, daß die Löhne überhaupt so tief sanken, daß sie nicht mehr zum Lebensunterhalt reichten. Dazu kommt noch die Konkurrenz der „höheren Löhner“ und „besseren Frauen“. Nichts ist falscher, als ob es sich bei der Konfektionsarbeit um selbständige kleine Betriebe handelte. Zwischenmeister und Arbeiter werden von dem Unternehmer ausgebeutet. Alle jene kleinen Betriebe sind nur Filialen des großkapitalistischen Betriebes. Man sage, die Heimarbeit sei die Frau in den Stand, nicht nur ihren Verzug, sondern auch ihre Pflicht als Gattin und Mutter ausüben zu können. Die Aufgaben der proletarischen Frau als Gattin und Mutter treten bei der Heimarbeit völlig zurück hinter die Berufsarbeit. Sie muß die Sorge für die Kinder zurückstellen hinter das Bestreben, die Arbeit rechtzeitig fertig zu stellen. Die gesundheitlich schlechten Zustände der Arbeitsräume sind im Verein mit den außerordentlich schlechten Ernährungsverhältnissen die Ursache für die Ausbreitung der Schwindsucht unter den Konfektionsarbeitern. Die schlechten gesundheitlichen Verhältnisse bilden aber nicht nur eine Gefahr für die Arbeiter, sondern für die ganze bürgerliche Gesellschaft, durch die Verschleppung von Ansteckungsstoffen. Die Fabrikinspektorin von Illinois hat nachgewiesen, daß eine Pockenepidemie entstand durch Uebertragung von durch pockenkrankte Arbeiter hergestellte Kleidungsstücke. Auch der Kreisphysikus von Weimar habe erklärt, daß in der geschilderten Weise Krankheiten übertragen werden. Daß die Gesetzgebung hier nicht eingegriffen habe, sei unverantwortlich. In unserer Zeit des Verkehrs ist es den Unternehmern gelungen, nicht nur die Schmutzkonkurrenz der Arbeiter unter sich in den Städten hervorzurufen, sondern die für noch billigere Löhne arbeitenden Landarbeiter in ihren Bann zu ziehen. Was in dieser Beziehung die Auskunftspersonen vor der Arbeiterkommission ausgelegt haben, beweist, daß die Landarbeiter nur damit rechnen, einen Theil ihres Lebensunterhaltes zu erringen, während sie den anderen Theil durch ihre Landwirtschaft decken. Dieser Bevölkerung gegenüber müssen wir einen geschützten Schutz haben, der es unmöglich macht, daß solche Schmutzkonkurrenz getrieben werden kann. Die niedrigsten Löhne in der Konfektionsindustrie beziehen die Frauen. Es giebt Arbeiterinnen, die nach einer vierzehntägigen Lohnperiode mit 5 M. nach Hause gehen müßten. Nicht nur, daß die Arbeiterinnen gezwungen sind, sich der Prostitution zu ergeben, die Unternehmer rechnen bei Festsetzung der Löhne schon auf den Nebenwerb. Die unregelmäßige Arbeitszeit wirkt ungünstig ein sowohl auf die gesundheitlichen, wie auf die geistigen und sittlichen Verhältnisse der Arbeiter. Mit Rücksicht auf alle diese Verhältnisse ist es notwendig, daß die Gesetzgebung eingreife. Einführung von Betriebswerkstätten, Regelung des Arbeitsverhältnisses seien die Forderungen, die gestellt werden müssen. Vor allen Dingen müsse an der Einrichtung von Betriebswerkstätten festgehalten werden. Sie können freilich nicht von heute auf morgen erreicht werden. Allerdings habe der Staat die Verpflichtung eingzugreifen, aber unser Kapitalistenstaat werde sich nicht dazu verstehen. Wir werden erst dann die gesetzliche Einführung von Betriebswerkstätten erringen, wenn die politische Macht in die Hände der Arbeiterklasse gefallen ist. Es war taktisch richtig, daß die Forderung der Betriebswerkstätten bei der letzten Bewegung in den Vordergrund gestellt wurde. Dadurch wurde die Heuchelei von dem Glück der Heimarbeit zerstört. Es müsse auch dahin gestrebt werden, daß die Hausindustrie unter die Gewerbe-Aufsicht gestellt werde. Wenn wir nicht durchsehen können, daß von heute auf morgen Betriebswerkstätten eingeführt werden, so müssen wir doch darauf dringen, daß dem Unternehmer wenigstens die Vortheile, die er durch die jetzigen Zustände hat, entzogen werden. Rednerin schlägt folgende Resolution vor:

Der Kongress erklärt: „Die große, durch die Erhebungen der Reichskommission für Arbeiterstatistik und des Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichts amtlich festgestellte Nothlage, in der sich nach allen Richtungen hin die Arbeiter und die Arbeiterinnen in den verschiedenen Zweigen der Konfektion befinden, und die Thatsache, daß ein Theil der Unternehmer und ein großer Theil der Zwischenmeister die von den Arbeitern und Arbeiterinnen erzwungenen Zugeständnisse schmächtigste gebrochen und dadurch sich als Menschen erwiesen haben, die keines Vertrauens würdig sind, hat es zu einer der dringendsten Pflichten des Reiches gemacht, alles aufzubieten, was in seinen Kräften steht, um die vorhandenen Uebel in den verschiedenen Zweigen der Konfektion endlich zu beseitigen. Als notwendige Maßregeln in dieser Richtung bezeichne der Kongress:

1. Die Unterstellung der Hausindustrie und der Heimarbeit und der in ihnen beschäftigten Personen unter alle Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbe-Ordnung, unter die Gewerbeinspektion und unter die verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung.
2. Insbesondere das Verbot der Nacht- und der Sonn- und Festtagsarbeit.
3. Eine gesetzliche Maximalarbeitszeit.
4. Verbot der Beschäftigung schulpflichtiger Kinder.
5. Die Anstellung besonderer, hauptsächlich weiblicher Gewerbe-Inspektoren für die Hausindustrie und die Heimarbeit.
6. Strenge Vorschriften über die Anzeigepflicht der Arbeitsräume und Wohnungen, in denen Personen als Hausindustrielle oder Heimarbeiter beschäftigt sind. Zwang zur Liftführung über die beschäftigten Personen.
7. Kontrolle der Arbeitsräume und sanitäre Vorschriften für dieselben.
8. Bezeichnung der in Strafanstalten und in der Hausindustrie hergestellten Waaren als solche. Diese Bezeichnungen dürfen nur von den zum eigenen Gebrauch laufenden Konsumenten entfernt werden.
9. Vorschriften über die Beschäftigungen jugendlicher Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahr.
10. Verbot resp. besondere Vorschriften aller der Gesundheit besonders schädlichen Arbeitsmethoden (Kohlenbügeln, Steppen mit Fußbetrieb u. s. w.). Räumliche Scheidung der Bügel- von den Nähräumen.
11. Verpflichtung zum Erlass von Arbeitsordnungen für alle Betriebe, welche die Arbeiter direkt oder indirekt beschäftigen.
12. Vorschriften über Vereinbarung der Löhne und die Art der Lohnzahlung. Verpflichtung der Meister, den Arbeitern und Näherinnen auf den Arbeitszetteln die Löhne anzugeben, die sie von den Unternehmern erhalten. Verbot von Abzügen ohne schieblichrichterliche Entscheidung. (Spezial-Schiedsgericht.)
13. Verpflichtung, Arbeitsmaterial und Werkzeuge, so weit diese der Unternehmer oder der Zwischenmeister liefert und anrechnet, an die Arbeiter nicht höher als zum Selbstkostenpreis abzugeben.
14. Verbot, daß Werkstättenarbeiter Arbeit zur Fertigstellung nach Hause mitnehmen. Gesetzlich normierte prozentuale Lohnaufschläge für Ueberstunden, soweit letztere gesetzlich zulässig sind.
15. Verbot für diejenigen Unternehmer oder Meister, weibliche Arbeiter beschäftigen zu dürfen, die sich in betrügerischer oder unwillkürlicher Weise gegen von ihnen beschäftigte Arbeiterinnen vergangen haben.
16. Volle Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit.
17. Internationale Vereinbarungen der Regierungen auf grund vorstehender Bestimmungen.

Rednerin begründet in längerer Rede die Resolution und empfiehlt dieselbe zur Annahme.

Böhm-Erfurt erklärt sich für die Resolution mit einigen unwesentlichen Änderungen. Seeger-Weipzig spricht sich gegen die meisten Punkte der Resolution aus, weil er sie für undurchführbar hält. Albrecht-Halle wünscht in einzelnen Punkten eine präzisere Fassung. Reichhaus-Erfurt hielt das Verbot der Arbeit auch der eigenen Kinder in der eigenen Werkstatt für zu weitgehend, ist aber im übrigen mit den Forderungen der Resolution einverstanden.

Nachmittagsitzung.

Knoop-Frankfurt will wie Albrecht nicht nur in der Hausindustrie und Heimarbeit weibliche Fabrikinspektoren angestellt wissen, sondern in allen Industrien, in welchen Frauen und Kinder beschäftigt werden. Jäger-Bremen ist für die Resolution.

Es ist ein Antrag Pähold eingelaufen, die Abschaffung der Akkordarbeit und die Einführung eines Minimallohnes in die Resolution aufzunehmen. — Sie mantel-Nürnberg spricht für Annahme der Resolution. — Frau Zetkin-Berlin wendet sich gegen Seeger und gegen den Antrag Pähold. Es könne nicht Aufgabe des Staates sein, die Löhne festzusetzen. Der Punkt 12 der Resolution wolle nur den Rücken und Lücken des Unternehmertums einen Niegel vorsehen, sie verhindern, die Arbeiter um einen Theil ihres Lohnes zu betrügen. Das könne der heutige Staat, nicht aber könne er die Löhne selbst festsetzen. Den Antrag Knoop, hinter das Wort „Unternehmer“ in Punkt 13 „dessen Stellvertreter“ einzuschalten, könne sie empfehlen. Rednerin weist die gegen einzelne Punkte der Resolution erhobenen Einwände zurück. Hahnemann-Erfurt, Awe-Altona sind für die Resolution, obgleich der letztere sich keinen großen Erfolg davon verspricht. Gasse-Berlin, Siepel-Weisau, Stühmer-Hamburg stimmen der Resolution im allgemeinen zu. Böhm-Erfurt beantragt in die Resolution einzufügen: Verbot der Ausübung von Berufsarbeiten für Frauen, welche nicht für eigenen Hausstand oder Lebensunterhalt zu sorgen haben. Rixdorf-Södelig beantragt die Errichtung von Betriebswerkstätten in die Resolution aufzunehmen. Pähold-Eisenach vertheidigt und begründet seinen Antrag. Seif-Magdeburg ist für die Forderungen der Resolution mit Hinzufügung der Errichtung von Betriebswerkstätten. Heinenmann-Hildesheim ist für die Aufnahme des Pähold'schen Amendements. Rednerin wendet sich gegen die Hildesheimer Polizeipräsidenten, sämtliche Gewerkschaften für politisch zu erklären. Albrecht-Halle tritt für seine Änderungsanträge ein. Frau Zetkin-Berlin plädiert dafür, daß die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren zunächst auf die Heimarbeit beschränkt bleibe, da wir gegenwärtig in Deutschland nur wenig geeignete Persönlichkeiten zur Verfügung haben. Die Anträge Pähold's seien utopisch, der Antrag Böhm undurchführbar.

Häuselmeier-München und Heidemann-Kiel erklären ihr Einverständnis mit der Resolution. Awe-Altona giebt nochmals seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß auf dem Wege der Gesetzgebung nichts zu erreichen sei. Timm-Berlin bemerkt dem Vorredner gegenüber, daß alle früheren Kongresse, nationale sowohl wie internationale, ähnliche Forderungen gestellt haben. Die Forderungen seien nicht so zu verstehen, daß die Gewerkschaften die Hände in den Schoo legen und alles von der Gesetzgebung erwarten sollten. Die Anträge Pähold's und Rixdorf's seien undurchführbar. Die Betriebswerkstätten würden von selbst kommen, wenn die Forderungen der Resolution zur Ausführung kommen; er bitte um einstimmige Annahme der Resolution. Renzler-Düsseldorf ist der Ansicht, daß Awe in seinen Ansichten nicht ganz klar ist, sonst würde er sich nicht gegen die Forderungen an die Gesetzgebung wenden.

Nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen wird die Resolution mit folgenden Änderungsanträgen angenommen: Bei Punkt 10 wird „mit Fußbetrieb“ gestrichen (Antrag Böhm.)

Bei Punkt 13 wird hinter „Unternehmer“ eingefügt: „dessen Stellvertreter“ (Antrag Knoop.)

Verlesen wird ein Telegramm des Generalsekretärs der

Schneider Englands: Brüderliche Grüße! Möge Klugheit Eure Berathungen leiten und Erfolg Eure Aktion begleiten und möge die Zukunft in Brüderlichkeit in allen nöthigen Fragen vereinen!

Punkt 4 der Tagesordnung wird für den folgenden Sonntag zurückgestellt und zu Punkt 5: Der Internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongress und die internationale Schneiderkonferenz in London weist Pöhlhäuser-Flensburg in seinem Referat die Nothwendigkeit einer gemeinsamen, internationalen Besprechung der Schneiderangelegenheiten und die Bescheidung jenes Kongresses nach. Er wünscht, daß Bestimmung über die Stärke der Beschiedung und Wahl der Delegirten gleich jetzt vom Eisenacher Kongress getroffen werde.

Pöhlhäuser-Wien ist überzeugt von der Wichtigkeit des Internationalen Kongresses in England und bittet die Kollegen Deutschlands, die österreichischen Kollegen zu vertreten.

Frau Zetkin theilt mit, daß die Stuttgarter Kollegen und Kolleginnen bereits Beschluß gefaßt haben, daß der Londoner Kongress beschiedet werde. Aber Punkt 1 der dortigen Tagesordnung solle gestrichen werden, weil über die prinzipielle Grundfrage gar keine Klarheit mehr herrsche. Man sollte sich vielmehr über ganz bestimmte praktische Wege einigen.

Stühmer-Hamburg berichtet über den internationalen Briefverkehr, den er mit den außerdeutschen Kollegen geführt habe. Er wünscht, daß der Erfolg dieses Kongresses statt der üblichen Sympathieumgebungen bei Streiks materielle gegenseitige Unterstützung zur Folge haben möchte. Die belgischen Kollegen haben sich entschuldigt für den Eisenacher Kongress, weil sie ihre geringen Mittel für den Londoner Internationalen Kongress aufsparen müssen. Die Engländer haben Begrüßungstelegramme geschickt. Die Franzosen haben sich bisher nicht geküpert, dagegen haben sie beim großen Streik Gelder geschickt und eine Sympathieumgebung.

Nach längerer Debatte wurde beschloffen, zwei Delegirte nach London zu entsenden und Frau Zetkin und Stühmer-Damburg gewählt.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag Timm, den Delegirten pro Tag 15 M. zu bewilligen, angenommen. Die Mittel dazu sollen durch öffentliche Sammlung aufgebracht werden und dazu ein Aufruf in der „Schneiderzeitung“ erlassen werden. Um 6 1/2 Uhr wird geschlossen.

Die Generalversammlung des Unterstützungsvereins Deutscher Tabak-Arbeiter.

Stuttgart, 18. Juli.

Erste Sitzung.

Börner-Berlin eröffnet 1/10 Uhr die Verhandlungen. Die Verlesung der Präsenzliste ergibt die Anwesenheit von 45 Delegirten aus 42 Wahlkreisen.

Der Bericht des Vorstandes, der gedruckt vorliegt, wird durch den Vorsitzenden des Unterstützungsvereins, Junge, mit verschiedenen Einzelheiten ergänzt. Im besonderen erläutert Junge die Stellung des Tabakarbeiter-Verbandes zur General-Kommission. Die Tabakarbeiter seien von ihrer Beteiligung zur General-Kommission zurückgetreten, weil sie von deren Thätigkeit nicht den erhofften Erfolg erwarten konnten. Er siehe heute noch wie alle Mitglieder des Vorstandes auf dem Standpunkt, daß die Tabakarbeiter den Gewerkschaften nicht die geleistete Hilfe dankbar sein werden. Aber es müsse konstatiert werden, daß die Tabakarbeiter bis jetzt nie zurückgeblieben seien in der Unterstützung anderer Gewerkschaften. Die Tabakarbeiter haben in der Zeit vom August 1894 bis März 1896 für gewerkschaftliche Zwecke 29 800 M. aufgebracht, gewiß ein Zeichen, daß man nicht undankbar ist. Es bestand und besteht nicht die Absicht, sich von den übrigen Gewerkschaften zu trennen, sondern wo es immer gilt, sind wir am Platze.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Meister, konstatiert, daß auch in den abgelaufenen zwei Jahren das Verhältnis zwischen Vorstand und Ausschuss ein sehr gutes geblieben und daraus wohl zu schließen sei, daß das Vereinsleben ein gesundes war. Die stetig schwebenden Steuerprojekte unterstützten die Agitation wesentlich; wenn auch nicht der Verein als solcher aus vereinsgesetzlichen Gründen sich an der Agitation gegen diese Projekte betheiligen konnte, so steht doch fest, daß die Kollegen alles gethan haben, um für dieses Mal die Projekte nochmals abzuwehren. In den letzten zwei Jahren sind mehr Streiks als je notwendig gewesen. Es entstanden in 70 Fällen Differenzen, oft aus geradzuhaltigen Gründen. Die Gefahr der Steuerprojekte hat einzelne Fabriken veranlaßt, die unangenehmen Folgen schon im voraus auf die Arbeiter abzuwälzen, und diese Erfahrung sollte auch dazu beitragen, allen Kollegen und Kolleginnen die Augen zu öffnen, daß Arbeiter und Unternehmer ganz verschiedene Interessen haben. Der Ausschuss tritt entgegen von geäußerten Wünschen, für Erhaltung des jetzigen Zustandes ein, daß bei Streiks Nichtmitglieder nicht unterstützt werden sollen. Diese Unterstützung sollte gerade den Kollegen die Zugehörigkeit zum Verbande als notwendig erscheinen lassen. Die Zahl der Mitglieder ist von 13 757 im Januar 1893 auf 15 088 im gegenwärtigen Augenblick gestiegen. Beschwerden gegen den Vorstand sind beim Ausschuss nicht eingegangen.

Niendorf-Ottensen: Wir sind in der Frage der Stellung zur General-Kommission anderer Meinung als unsere Vereinsleitung und können nicht begreifen, daß man die Punkte ins Korn warf, weil man mit den Leistungen der General-Kommission nicht zufrieden war. Es wäre sicher besser gewesen, sich auch weiter zu betheiligen und zu bessern. Ich bin mit der geschäftlichen Thätigkeit der Vereinsleitung zufrieden, könnte aber ihr nicht Decharge erteilen in ihrer Haltung gegenüber der General-Kommission.

Burgold-Braunschweig schließt sich dem Vorredner an, der Vorstand hat kein Recht, auf das Resultat der Urabstimmung stolz zu sein. Daß eine Majorität die Zahlung der Beiträge an die General-Kommission verweigert, dies zeugt nicht von großem Solidaritätsgefühl. — Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird beschloffen, die Behandlung des Verhältnisses zur General-Kommission zurückzustellen bis zur Anwesenheit des Vertreters der General-Kommission.

Repp-Vadenburg: Da besonders auf dem Lande viele Kollegen erst für die Organisation gewonnen werden, wenn sie von ihr direkte Vortheile erhalten, sollte der Vorstand und der Ausschuss berechtigt sein, in bestimmten Fällen auch Nichtmitgliedern Unterstützung zu gewähren.

Junge: Es wäre unthunlich, die Unterstützung von Nichtmitgliedern auszusprechen, das hieße eine Prämie für Nichtmitgliederschaft ansagen. Bis jetzt sind fast bei jedem Kampf von Nichtmitgliedern unterstützt worden.

Nach einer durch den Redakteur des Vereinsorgans veranlaßten Verathung wird beschloffen, das Protokoll der Verhandlungen ausführlich im „Gewerkschafter“ zu veröffentlichen und von einer Broschüre abzudrucken.

Man tritt ein in die Verathung der eingelaufenen Anträge. Nam-Ottensen begründet den Antrag, den Sitz des Vereins von Bremen zu verlegen, damit, daß die Leiter des Vereins nicht

Bewegung die Zahl der Indifferenten möglichst vermindert werde. Diese Vorschläge wurden lebhaft diskutiert, doch wurde kein Beschluss darüber gefasst, da man den Kollegen bis zur nächsten Versammlung Zeit lassen will, diese Angelegenheit unter sich zu besprechen. Aus der Versammlung gingen zwei Anträge auf Unterstützung der arbeitslosen Kollegen ein, die lebhaft diskutiert wurden. Man führte zur Begründung dieser Anträge an, dass man die Arbeitslosen über Wasser halten müsse, damit sie nicht durch Noth veranlasst würden, gegen den Tarif zu verstoßen. Andererseits wurde geltend gemacht, dass die Unterstützung zwar wünschenswert, gegenwärtig aber bei der großen Zahl der Arbeitslosen und den unzureichenden Geldmitteln nicht durchgeführt werden könne. Die Regelung dieser Frage mache eine gründliche Vorarbeit und auch weit höhere Beiträge der Kollegen nötig, wie gegenwärtig bezahlt würden, und könne nicht in öffentlicher Versammlung, sondern nur von einer Organisation erledigt werden, die mit einem festen Mitgliederbestand und sicheren Einkünften zu rechnen habe. Die Anträge wurden der Kommission zur Erwägung überwiesen.

Die Kartonnarbeiter und Arbeiterinnen, welche in die Lohnbewegung der Buchbinder und Lederarbeiter in diesem Herbst nicht mit einzutreten gedachten, hatten zum Montag Abend eine öffentliche Versammlung einberufen, um in dieser Frage rechtzeitige Stellung nehmen zu können. Nach einem beifälligen aufgenommenen Referat des Herrn Hoffmann über: „Modernes Naudritterthum“ unterbreitete die Fichte der Versammlung die Frage, ob es angebracht sein würde, diesen Herbst in eine Lohnbewegung einzutreten, da leider in der Kartonnbranche nur wenig männliche und fast gar keine weiblichen Arbeiter, die gegen den Gehalt in der gesamten Fabrikation ausmachen, organisiert sind. Aus diesem Grunde möge man erst den Erfolg der Buchbinderbewegung abwarten und bis dahin eine lebhaftere Agitation in den größeren Fabriken durch Abhaltung von Werkstuden-Versammlungen entfalten. Frau Zumag und Galle sind derselben Meinung, indem sie betonen, dass gerade die Arbeiterinnen, auf die es in der Lohnbewegung in erster Linie ankommt, fast gar nicht zur Organisation herangezogen sind; es sei aber Pflicht der männlichen Arbeiter, auf die weiblichen mehr als bisher anregend einzutreten und sie zum Besuch der Versammlungen zu veranlassen. Zahn und Greiffenberg wohnen davor, wieder die in früheren Jahren begangenen Fehler von neuem zu machen, besser würde es wohl sein, sich schon jetzt, da die Chancen günstig, auf eine Lohnbewegung vorzubereiten. Hierauf wurde Frau Richaels zur Vertrauensperson gewählt. Die Arbeiter der Firma Jakobson, welche am „guten Montag“ einen Anschlag nach „Reptunshain“ planten, wurden daran erinnert, dass dieses Lokal zu Arbeiterversammlungen nicht hergegeben wird.

Eine öffentliche Versammlung der Maurer tagte am Dienstag im „Fremdenpalast“. Wie Silberschmidt in seinem einleitenden Referat anführte, hat sich die Situation in letzter Zeit nicht wesentlich verändert. Das bisher Erreungene konnte im allgemeinen durch das geschlossene Vorgehen der Kollegen aufrecht erhalten werden, trotzdem die Arbeitgeber, die gegenwärtig den Muth nicht haben, offen die bewilligten Forderungen wieder zurückzuziehen, es an fortgesetzten Planeteilen nicht fehlen lassen. Besonders versucht man sich derjenigen zu entledigen, welche die Mithände auf den Bauten kritisieren und für deren Abschaffung eintreten. Allen voran läßt die Junmung kein Mittel unversucht, die Erfolge der Arbeiter illusorisch zu machen, wie folgendes Rundschreiben, das sie nicht nur an die Mitglieder der Junmung, sondern auch an die anderen Baugeschäfte versendet, beweist. Dasselbe lautet:

„Nachdem durch die letzte Umfrage vom 20. dieses Monats, die außer den Mitgliedern der Junmung auch eine große Anzahl anderer Baugeschäfte umfasste, festgestellt worden ist, dass ungeachtet aller gegenseitigen Behauptungen der Lohnkommission, auch zur Zeit auf den meisten Bauten 10 Stunden gearbeitet wird, ist in der Junmungsversammlung vom 2. d. M. von neuem der Beschluss gefasst worden, an der zehnstündigen Arbeitszeit durchaus festzuhalten. Wir bitten die Herren Kollegen, für die Aufrechterhaltung dieses Beschlusses, nach besten Kräften zu sorgen und ihn überall da, wo es nur immer die Verhältnisse des einzelnen erlauben, zur Durchführung zu bringen. Achtungsvoll S. Menzel.“

Der Redner forderte die Anwesenden auf, das Vorhaben der Junmung durch festen Zusammenhalt zu ereiteln und eventuell einmüthig die Arbeit niederzulegen, wenn einzelne Unternehmer es wagen, der Aufforderung des geheimen Zirkulars Folge zu leisten und den Arbeitern die zehnstündige Arbeitszeit wieder aufzuerlegen wollen. Weiter erläuterte der Redner die Vortheile des Systems der Arbeitskontrollkarten, das dazu angeboten sein soll, einen dauernden Zusammenhalt der Berliner Maurer zu ermöglichen, um geregelte Arbeitsverhältnisse in jeder Beziehung zu schaffen. Die hierauf folgende Diskussion war sehr reg und theilweise persönlicher Natur. Von einigen Rednern wurde die Abschaffung des Systems der Kontrollkarten, weil es zu unflätlich sei, gewünscht, von Scheel und Graf wurde die Weiterführung der Lohnkommission auf zwei Personen und Auswahl derselben beauftragt. Zur Annahme gelangte nach langer Debatte folgende Resolution:

„Die öffentliche Maurerverammlung erkennt, dass, soll der Neuanfängling auch für die Zukunft erhalten bleiben und soll eine humane Behandlung seitens der Arbeitgeber und bessere Löhne erlangt werden, es unter allen Umständen notwendig ist, dass kein zu den neuen Bedingungen arbeitender Kollege ohne Arbeitskontrollkarte arbeitet. Die Kollegen verpflichten sich ferner, kräftig wie bisher für die Sammlungen einzutreten, damit auch in Zukunft allen Anfeindungen und Vergewaltigungen des Unternehmertums die Stirn geboten werden kann.“

Beschlossen wurde ferner, da der Andrang nach Arbeitsstellen ein zu großer ist, als dass die Arbeiten von einer Stelle aus bewältigt werden könnten, für die nächsten Arbeit in jeder Filiale einen Kollegen damit zu beauftragen, denselben Arbeitskontrollkarten für diejenigen, die in Besitz von Streikarten sind, auszustellen. In Nixdorf soll die Filiale gleichfalls wieder eröffnet werden. Der Antrag auf Reduzierung der Lohnkommission wurde mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt. Unter verschiedenen wurde das unsozialistische Verhalten einiger Kollegen kritisiert; auch wurden die Mithände von mehreren Bauten besprochen; ferner beauftragte man die Lohnkommission, Schritte zu unternehmen, um Remedur zu schaffen. Als Vertrauensmann für den Osten wurde Zentsch gewählt. In nächster Zeit soll eine weitere Baukontrolle vorgenommen werden, um der Junmung von neuem zohlenmäßig nachzuweisen, dass die in dem Zirkular aufgestellte Behauptung der Wahrheit nicht entspricht. Bekannt gegeben wurde ferner, dass von Dr. Friedberg das zweite Mal Erhebungen über die Lebenslage der Bauarbeiter vorgenommen werden, wozu die ausgegebenen Fragebogen genau auszufüllen sind. Zum Schluss wurde auf das 14. Stiftungsfest des Vereins der Maurer, das am 26. Juli im „Schweizer-Garten“ stattfindet, aufmerksam gemacht und zur regen Theilnahme aufgefordert.

In einer Versammlung der freireisenden Mühlensmacher, die am Mittwoch Vormittag im Schäferhause tagte, berichtete Tompsen, dass von seinen kleineren Fabrikanten der Wunsch geäußert wurde, Einigungsverhandlungen mit den Streikenden anzubahnen. Infolge dessen habe eine Zusammenkunft der Kommission mit etwa 20 Fabrikanten stattgefunden, die aber noch zu keinem Resultat geführt habe. Die anwesenden Fabrikanten zeigten sich zwar geneigt, den Streikenden entgegen zu kommen, einzelne waren auch geneigt, die Forderungen zu bewilligen, jedoch wollte die Kommission mit diesen Fabrikanten allein keine Einigung abschließen, ehe nicht die großen Fabrikanten willens sind, die Forderungen der Streikenden anzuerkennen. Die Fabrikanten würden am Don-

nerstag eine Zusammenkunft unter sich abhalten und von dem Resultat derselben der Kommission Mitteilung machen. Man möge nun abwarten, welche Vorschläge die Fabrikanten machen. Jedenfalls rede ich, dass diese ein Bedürfnis nach Beendigung des Streiks hätten, und sei demnach Aussicht vorhanden, dass der Streik einen guten Ausgang nehme. Niemand möge jedoch die Arbeit eher wieder aufnehmen, bis eine volle Einigung erzielt werden sei. Am Sonntag Vormittag findet eine Versammlung statt, wo über das Resultat der Verhandlungen der Fabrikanten Nachricht gegeben wird.

Eine Versammlung der im Kupferschmiedegewerbe beschäftigten Arbeiter tagte am 4. Juli. Dr. Weyl sprach über Berufsfrankheiten. Zum Gewerbegerichtsbeisitzer wurde nach erfolgter Verichterstattung Ladner gewählt. Zu den Ankosten für die Wahlen zum Gewerbegericht bewilligte die Versammlung 40 M. Nach einem erhalteten Mithand auf die gewerkschaftlichen Bewegungen der letzten Zeit überwiegt die Versammlung den Hutmachern 50 M. zu dem gleichen Betrage, welcher bereits in der Vertrauensmann-Sitzung gewährt worden ist. Ferner wurde der Verwalter des Dispositionsfonds ernannt, bei längerer Dauer des Anstandes den Hutmachern nochmals 50 M. zu übermitteln. Zum Schluss erklärte sich die Versammlung mit dem über die Privatpost verhängten Boykott einverstanden.

Der Verein der Einseher (Züchler) von Berlin hielt am 5. Juli seine Generalversammlung ab. Der Verein hatte im zweiten Quartal eine Einnahme von 436,73 M., eine Ausgabe von 284,13 M.; es verbleibt ein Bestand von 152,60 M. Von 56 eingeschriebenen Mitgliedern haben 43 Arbeit erhalten; eine regere Inanspruchnahme der Arbeitsvermittlungskommission wurde für erforderlich erachtet. In diese Kommission wurden Dürre, Abel, Kaminsky, Becker, Wittig, Fering und Daniel gewählt; auch wurde eine Kommission zur Erledigung der Lokalfrage ernannt. Die Versammlung rügte, dass Kollegen bei gesperrten Firmen Parzellboden gelegt haben; die Angelegenheit soll untersucht werden. Ferner erörterte die Versammlung noch die Frage der Nägel- und Materiallieferung.

In der Branchenversammlung der Gärtler am 6. Juli hielt Dr. Weyl einen Vortrag über Berufsfrankheiten. Heinrich ermahnte die Mitglieder, in den Sammlungen zum Unterstützungsfonds ihre Pflicht zu thun. An der regen Diskussion theilnahmen sich Näther, Suder, Massisch und Schulz.

In der hiesigen Filiale des Allgemeinen Deutschen Tapezierer-Vereins sprach am 8. Juli Friedwinger über die Verkürzung der Arbeitszeit und las dazu einen darauf bezüglichen Artikel aus der „Neuen Zeit“ vor. In der Diskussion sprach Kübert. Pänke gab die Abrechnung vom Streik bei Bodenheim und Meyer, wonach Einnahme und Ausgabe 319,55 M. betragen. Sodann kamen noch einige interne Vereinsangelegenheiten zur Sprache.

Die Generalversammlung des Verbandes der Möbelpolierer beschäftigte sich zunächst mit dem Vorstandberichts. Die freireisenden Hutmacher sind mit 200 M. unterstützt worden, die Schuhmacher mit 65 M., die Privatpost-Angestellten mit 25 M.; an eigene Kollegen wurden 148 M. gezahlt. Die Versammlung bewilligte den Weibern im Culengebirge sowie den ruffähigen Arbeitern je 50 M.; auf den Listen zur Unterstützung eines Kranken Kollegen sind 25 M. 25 Pf. gezehnet worden. Ein vom Vorstande abgelehnter Antrag auf Unterstützung eines weiblichen Mitgliedes wurde nach langer Debatte mit dem Zusatz angenommen, dass die betreffende so lange zu unterstützen sei, bis sie Arbeit finde. Das den Klavierarbeitern in Höhe von 600 M. gegebene Darlehen wurde gestrichen. An Einnahme und Bestand des laufenden Quartals sind 2540 M. verzeichnet, ausgegeben wurden 1431 M.; es bleibt ein Bestand von 1109 M. Zum Kassirer der Zehnstunden-Partei wählte die Versammlung den Kollegen Förster. Es wurde ferner beschlossen, zum Herbst eine Herrenpartei zu veranstalten; auch wurde darauf aufmerksam gemacht, dass zu dem am 9. August stattfindenden Dampferpartei nach Neblitz bei Potsdam Biletts à 1 M. an den Zehnstunden zu haben sind.

Der Verein Berliner Drochsenfischer hielt seine Mitgliederversammlung für das dritte Vierteljahr wieder in den Armin-Hallen ab. Nachdem in erster Linie der verstorbenen Vereinsmitglieder August Horn, Gottlieb Erdmann und Max von Pronzinski in ehrender Weise gedacht worden war, erstattete der Vorsitzende Knüttler den Geschäftsbericht für das verfloßene zweite Vierteljahr. Derselben ist zu entnehmen, dass im Vereinsbureau 179 Protokolle aufgenommen und 460 Korrespondenzen erledigt worden sind. Im Hauptbureau gelangten 426 Fundstücken zur Einlieferung. Von diesen wurden 195 von den Verkäufern reklamirt und dafür von diesen 324 Mark Funderlohn bezahlt. Am beigetreten sind im verfloßenen Vierteljahre dem Vereine 36 Mitglieder, die Gesamtsumme derselben beträgt 846. Das Vereinsvermögen hat sich auf derselben Höhe gehalten; es wurden von demselben 50 M. den ausgesperrten Hutmachern bewilligt. Am dasselbe nicht unthätiger Weise zu schwächern und um den trotz der Gewerbe-Kassation im allgemeinen für die Drochsenfischer sehr ungünstigen Erwerbverhältnissen Rechnung zu tragen, wurde von der Veranstaltung der üblichen Landpartie in diesem Jahre abgesehen. Zur Verhandlung kamen im weiteren verschiedene interne Vereinsangelegenheiten, die für die Oeffentlichkeit ohne Interesse sind.

Eine Mechaniker-Versammlung, die am Montag in Nabe's Saal in der Fichtenstraße tagte und nur sehr schwach besucht war, nahm nach einem Referat des Kollegen Schwarz eine Resolution zu Gunsten des Formerkreises an und diskutierte darauf über die verfloßene Lohnbewegung der Mechaniker und die künftig zu entfaltende Agitation, ohne in dieser Angelegenheit Beschlüsse zu fassen.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am 11. Juli seine erste Delegirtenversammlung nach dem Streik ab. Der Vorsitzende gab seiner Verdringung über den guten Besuch Ausdruck und forderte die Anwesenden auf, nach Kräften an der Schaffung einer guten Organisation mitzuwirken. Sämtliche Redner sprachen sich für Ausbau der jetzigen Organisation aus. Die Erledigung des Antrags, das Markenystem einzuführen, wird vertagt. Der Vorsitzende richtete noch die Aufforderung an die Mitglieder, Unregelmäßigkeiten in Fabriken sofort dem Vorstand oder der Kontrollkommission zu melden, sowie überall Delegierte zu wählen, wo solches noch nicht geschehen sei. Für neue Karten sind 35 Fabriken gemeldet. Es wurde noch ersucht, sämtliche Biletts bis zum 25. d. M. abzurechnen.

Der Fachverein der Uhrmacher tagte am 11. Juli und beschloß die Auflösung des Vereins und den Uebertritt zum Berliner Metallarbeiter-Verband. In die Liquidationskommission wurden Loesch, Scholz und Hennig gewählt.

Die freie Kranken- und Begräbniskasse der Schuhmacher und Verwaggenossen Berlins (G. D. 27) hielt am 13. Juli ihre vierteljährliche Generalversammlung ab. Aus dem Kassierenbericht ergab sich, dass bei 400 Mitgliedern zur Zeit ein Kasseevermögen von 15 012,11 M. vorhanden ist. Da der gesetzlich vorgeschriebene Reservefonds nur 11 000 M. hoch zu sein braucht, wurde einstimmig beschlossen, das Krankengeld von 1,50 M. auf 1,60 M. zu erhöhen und die Unterstützungsdauer von 18 auf 16 Wochen festzusetzen. Das Sterbegeld wurde auf 70, 90, 110 und 130 M. erhöht.

Eine Mitgliederversammlung des Vereins der Ristenmacher beschäftigte sich am 13. Juli mit der Frage des Anschlusses an eine größere Organisation. Thiering behandelte die Frage in längerer Rede, der eine rege Diskussion folgte. Die Versammlung beschloß, die Angelegenheit zu vertagen, bis sich die Situation mehr geklärt hat. In der nächsten Versammlung soll eine Kommission gewählt werden, die sich mit der Frage zu befassen hat. Die Arbeitsniederlegung in der Werkstat-

ten von Berner betreffend beschloß die Versammlung, daß den Kollegen aus der Arbeitsniederlegung kein Vorwurf zu machen sei, doch müsse wegen der nicht ordnungsgemäßen Einleitung dieser Aktion eine Unterthaltung angeschlossen bleiben. Die Bemühung des Arbeitsnachweises wurde dem Fabrikanten so lange versagt, bis er sich zu Einigungsverhandlungen mit der Kommission bereit erklärt. Zur Verichtigung wurde erwähnt, daß die Arbeiter in der Werkstat des Holz nicht ohne Vergütung abladen müssen, sondern nur den Wagen an den betreffenden Ort zu bringen haben.

Die Verwaggenossen der chirurgischen Branche hatten sich am 14. Juli zu einer öffentlichen Versammlung in Busse's Lokal, Grenadierstraße 33, eingefunden. Mit regem Interesse folgten sie dem von Adolf Hoffmann gehaltenen Vortrage über Gefinde und Gefindel. Hierauf erfolgte detaillierte Verichterstattung des Gewerkschafts-Delegirten. Zum Schluss wurde der Vertrauensmann beauftragt, in nicht allzu ferner Zeit eine öffentliche Versammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: Wie stellen sich die Kollegen zur Verbesserung ihrer Lage? Als Diskussionspunkte wurden Verkürzung der Arbeitszeit und Einführung eines Minimallohnes vorgeschlagen. Der Vertrauensmann versprach, dementsprechend zu handeln.

Die Zehnstunden-Partei des Verbandes der Möbelpolierer hatte am 6. Juli eine Versammlung, in der Hanel über die Entwicklung des Handwerks sprach. Hierauf wurden die Beschlüsse der letzten Generalversammlung bekannt gegeben. Den Hutmachern sind 200 M. bewilligt worden, den Weibern im Culengebirge 50 M. und den Petersburger Arbeitern gleichfalls 50 M. Den Musikinstrumenten-Arbeitern wurde das Darlehen von 50 M. erlassen. Zum Schluss wurde auf die am 9. August stattfindende Dampferpartei aufmerksam gemacht.

In Nixdorf tagte am 9. Juli eine vorwiegend von Frauen besuchte öffentliche Versammlung, in der die Parteigenossin Frau Emma Scholz eine Ansprache hielt und dann mit der Verlesung von Kennan's Werk über Sibirien begann. Der nächste Lesabend ist am 16. d. Mts.

In Jeesen bei Königs-Wusterhausen fand am Sonntag eine gut besuchte Volksversammlung statt. Genosse Zahn referierte über das Thema: „Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Klassen“, indem er in leicht verständlicher Weise auf das soeben im Reichstag angenommene „Bürgerliche Gesetzbuch“ hinwies und dessen Folgen für die gesamte arbeitende Klasse in eingehender Weise erörterte. Eine Diskussion fand nicht statt, dagegen wiesen Krndt, Schüler, Zahn und Schulz auf die traurigen Rechtsverhältnisse der Gruben- und Landarbeiter in der dortigen Gegend hin, gegen welche anzukämpfen den armen Arbeitern bei 1,50 bis 2 Mark Tagelohn garabest unmöglich wird. In einem Arbeiter an der Maschine selbst ohne seine Schuld ein Malheur passiert, dann hat er bis 300 M. Strafe zu zahlen; das gleiche geschieht, wenn die Kohlenwagen (Lourgs) nicht in bestimmter Frist abgeladen sind. Um mehr zu verdienen, werden die Arbeiter gedrängt, doppelte Schichten bis zu 18 Stunden pro Tag zu machen, ohne daß die Behörden davon Kenntniß erhalten; wer der Organisation angehört, wird entlassen. Demgegenüber sei es aber recht notwendig, sich dem allgemeinen Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen anzuschließen. Zum Schluss wurde auf das am 26. Juli in Schuhmann's Lokal in Jeesen stattfindende Sommerfest hingewiesen.

Arbeiter-Bildungsschule, Donnerstag Abend 9 Uhr bis 10 1/2 Uhr: Säb- und Gule, Waldmarkt 14; Deutsch. Literatur des neunzehnten Jahrhunderts, Aufgabebuch. Herr Heinrich Schulz. — Nordische. Müllerstr. 179a; Geschichte (Hörers Geschichte von der Reformation bis zur Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des Sozialismus und der politischen Parteien Deutschlands). Herr Dr. G. Wilm. Die Schulstunde wird zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Selbstlesermaterials schon von 9 Uhr an geöffnet.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Friedrich Horn, Hauptkassirer, 49, d. 2. Tr.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Karl Sittler, Kleine Frankfurterstraße Nr. 7, 1. Tr.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Arbeiter-Vereine und Vereine am Sonntag, Vorsitzender W. Neumann, Hofmannstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinsstatute sind zu richten an Hermann Zahn, Schönhauser Allee 177c.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
 Donnerstag, den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale der Arminhallen, Kommandantenstrasse 21:
General-Versammlung.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Sonntag, den 19. Juli ein Familien-Ausflug nach Köpenick, Lokal „Friedebucht“, stattfindet. Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 240/17
 Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
 Den Parteigenossen des Wahlkreises für
Teltow = Beeskow = Charlottenburg
 zur Nachricht, daß die Partei-Versammlung, welche zu heute, Donnerstag, für Charlottenburg angezeigt ist, umständehalber **nicht** stattfindet.
 206/5
 Aug. Schnell, Vertrauensmann.

Oeffentl. Versammlung
 sämtlicher nach Zentralisation strebenden
Krankenkassen - Mitglieder
 am Donnerstag, den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale von Cohn, Beuthstraße 20—22 (großer Saal).
 Tages-Ordnung:
 1. Die Zentralisation der Berliner Orts-Krankenkassen und der Sprechsaal-Artikel der Zentralisations-Kommission. 2. Diskussion.
 Zur Deckung der Unkosten Zeller-Versammlung.
 206/6
 Der Einberafer: Jäger.

Verband der Buchbinder u.
 Unseres am Montag, den 20. Juli stattfindenden Sommerfestes wegen findet unsere Generalversammlung am
Sonnabend, den 18. Juli
 (Annonce in der Sonnabend-Nummer d. Bl.) statt.
 26/18
 Der Vorstand.

Achtung, Steinarbeiter Berlins und Umgegend.
 Sonntag, den 19. Juli, vormittags 10 Uhr,
 im Lokal „Englischer Garten“, Alexanderstrasse 27c:
Große Steinarbeiter-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Hoffmann-Pankow. 2. Wahl der Agitationskommission. 3. Verschiedenes. — Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber wird ein jeder Kollege ersucht, zu erscheinen.
 207/18
 Der Vertrauensmann.

Beerdigungs-Verein Berliner Zimmerleute.
 Sonnabend, den 18. Juli, in Louis Koller's Pestsälen, Kopenstr. 29:
Stiftungs-Fest.
 Im Garten: Großes Konzert und Auftreten der Norddeutschen Quartett- u. Boulelsänger. In den Sälen: Gr. Sommerdachtsball. Anfang des Konzerts 8 Uhr.
 Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im großen Fest-Saal statt. Mitglieder, Freunde und Gönner des Vereins sind freundlichst eingeladen und gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Billets für Damen à 25 Pf., für Herren à 50 Pf. sind vorher bei den unterzeichneten Komiteemitgliedern zu haben.
 288/13
 Klöb, Mariendorferstr. 2; Meuzel, Frankfurter Allee 116a; Schultz, Pappelallee 5a, Dageb. 3 Tr.; Kraft, Putzstr. 33, v. 2 Tr.; Schwanz, Briegenerstr. 24, v. 3. Tr.; Brunzel, Wilsnaderstr. 61, Stf. 3 Tr.; Possi, Schwedterstr. 22, Dageb. 3 Tr.; Schneider, Plan-Wer 31, S. 2 Tr.; Petermann, Reinickendorferstr. 65, v. 4 Tr. Außerdem: bei Herrn Bandelow, Langestr. 13, im Restaurant; Herrn Silberberg, Barnimstr. 2, im Restaurant; Herrn Schmidt, Münchebergerstr. 23, im Restaurant.
 Das Komitee. J. A.: August Klöb, Mariendorferstr. 2.

Achtung! Schuhmacher!
 Sonntag, den 19. Juli:
Gr. Dampferpartie mit Musik
 nach Karolinenhof (zwischen Grünau und Schmöckwitz).
 Im Walde: Geluffigungen aller Art.
 Abfahrt früh 7 Uhr von Jannowbrücke (Restaurant „Belvedere“). Billets für Hin- und Rückfahrt à 1,25 M. sind noch bei folgenden Kollegen zu haben: G. Schulz, Langestr. 95; P. Scholz, Zimmerstr. 95/96 bei Dyren. Die Kollegen werden ersucht, bis Donnerstag, den 16. Juli, mit den Billets abzurechnen, widrigenfalls dieselben als verkauft betrachtet werden.
 [903/5] J. A.: Das Komitee.

Bu Landpartien
 vorzüglich geeignet.
Restaur. „Zur Schleuse“
 bei Königs-Wusterhausen. **Neue Mühle** bei Königs-Wusterhausen.
 vollständig renovirt.
 Dampfer-Haltestelle direkt am Lokal.
 Großer schattiger Garten. 2 Säle. 2 Regelbahnen. Ausspannung. Kaffee-Küche.
Gute Speisen und Getränke.
 Telephon Amt Königs-Wusterhausen Nr. 5.
 Zum fleißigen Besuch ladet freundlichst ein
 54989*
 Otto Beyer.

Hackescher Markt 4 J. Brünn Am Stadtbahnhof Börse.
 Nach beendeteter Saison gelangen nunmehr zum
Ausverkauf:
Teppiche! Gardinen! Steppdecken!
Fertige Wäsche! Leinenwaren!
 zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen.
 54471*
 Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöckle in Berlin. Druck und Verlag von Max Vading in Berlin.

Sterbekasse
 ehemaliger Pflüger Arbeiter.
 Oehl'sche Kasse. 26736
General-Versammlung
 am 26. Juli 1896, vorm. 9 1/2 Uhr, bei
 Gröndel, Brunnenstr. 185.
 Tagesordnung:
 1. Protokollverlesung der letzten Generalversammlung. 2. Kassenbericht und Bericht der Revision. 3. Festsetzung der Zeitungen zur Publikation 1897. 4. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Das Mitgliedsbuch legitimirt.
Der Vorstand.
 Otto Winkler, Vors., Ackerstr. 164.

Kranken- und Begräbniskasse
 der Buchbinder und verwandten Berufsgenossen zu Berlin.
 (E. S. Nr. 24.)
Sonnabend, den 25. Juli 1896,
 abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
 im Englischen Hof, Neue Poststr. 3.
 Tagesordnung:
 1. Kassenbericht pro II. Quartal 1896. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Kassenangelegenheiten.
 Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet.
Der Vorstand.
 Fr. Freudenreich, Bruno Gröbchner, Vorsitzender, Kassier, Wischmannstr. 18 I. Wasserthorstr. 14 i. 2.

Möbel-Verkauf
 Schützenstr. 2 nur noch bis 1. Okt. 96
 passende Gelegenheit für Brautleute. Verlaufe ganze Wohnungen - Einrichtungen von 100 bis 600 Mark, hochfeine bis 5000 Mark. Speziell verkaufe ich gebrauchte, durch Gelegenheiten angekaufte herrschaftliche Möbel und Polsterwaren zu ganz billigen Preisen; auch gebe neue ganze Wohnungs-Einrichtungen auf Abzahlung. Kleider-Spind, Sopha, Bettstelle mit Sprungfederboden, gebraucht, à 18 M., Küchen-Spind, Kommode, gebrauchte, à 12 M., Waschtiselle 16 M., nussbaum- und mahagoni-fournierte Kleider-Spinde, Waschtiselle à 86 M., Muschel-Spinde à 45 M., Schlafsofa mit Auszug à 96 M., echt nussbaum Truemeau à 60 M., Salon-Garnituren von 75 M. an, Paneelesopha mit Plüsch-Einfassung von 75 M. an, Kullifentische, Büffets, Salon-Schränke, Herrenschreibtische 50 M., Damenschreibtische 40 M. an. Aufklebschränke, englische Garderobe, Frisier- toiletten, alle größeren Garderoben-Spinde, Chaiselongues, Küchenmöbel, Stühle, Spiegel, alles ganz billig. Niemand sollte versäumen, mein allseitig bekanntes großes Lager zu besichtigen, ohne Kaufzwang. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne in die Wohnung gebracht und aufgestellt.
Ausschneiden und abgeben.

Gratis
 erhält Inhaber dieser Annonce (welcher meine Bäder noch nicht versucht) zur Probe ein
 54992*
Loh-Tanninbad,
 sicherste Heilung bei allen Haut-, Blut- u. Frauenkrankheiten, Folgen v. Quecksilberkuren, Magen-, Nerven-, Nieren- und Blasenleiden, bewährt gegen **Nicht** und **Rheumatismus.**
 Prospekte mit hundert von Dant-schreiben Geheilter gratis und franko.
G. Münsel, Berlin,
 Wallstr. 70,
 Neu C5in am Wasser 6-8,
 Ansbacherstr. 19
 und Pankstrasse 32.
 Meinen werthen Genossen empfehle ich mein rein geschmeckendes Brot nebst sämtl. anderer Backwaare.
Die Bäckerei Weinstr. 7.
 P. Lettmann.
 2614b

50 M. neue hocharmige
 Fabrik m. Maschine ff
 App. 5 J. Gar. 14täg. Probat.
 Hingsschiff 80 M., geb.
 Masch. u. Gar. 15 M. an.
Oranienstr. 47, I. nahe Moritzplatz

Kunstl. Zähne.
 F. Steffens, Rosenhalestr. 61, 2 Tr.
 Zehrlöhling pr. Woche 1 M.
Bücher aller Art suche zu kaufen
 B. Simonsohn's Buchhandlung,
 9607b Berlin N., Invalidenstr. 138.

Möbel-Verkauf
 des Möbelspeichers **Rosenthalerstrasse 13.** Wegen beabsichtigter Vergrößerung meiner Räumlichkeiten verkaufe ich mein Baarenlager zu noch nie dagewesenen Preisen. Zum Anzuge und für Brautleute ist somit die einzig reelle Gelegenheit gegeben, Ausstattungen, sowie einzelne Stücke gebiegen und billig einzukaufen. Man lasse sich nicht durch unmögliche Anpreisungen blenden, sondern besichtige sich die Möbel, welche man kaufen will, genau und vergleiche dieselben mit meinen nur gebiegenen Möbeln und anerkannt billigsten Preisen. Verkauf ganze Einrichtungen, sowie einzelne Stücke ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbelhändler. Auch größtes Lager gebrauchter und verliehen gewesener Möbel zu wahrhaften Spottpreisen: Kleider-Spind 15 Mark, Nussbaum-Kleider-Spind 30, Muschel-Kleider-Spind 35, Kommode 9, Sopha 16, Bettstelle mit Sprungfeder-Matratze und Keilkissen 18, Spiegel 9, Stühle 2, Nussbaum-Truemeau mit Stufe 60, Plüschgarnitur 50, neue, hochfeine Plüschgarnitur 105 Mark, Hochfeine Nussbaum- und Mahagoni-Möbel spottbillig. Auch gebe ich Einrichtungen auf Teilzahlung. Kein Abzahlungs-Geschäft. Eigene Tapezierwerkstätten, vier große Möbelspeicher. Gekaufte Möbel können kostenfrei auf meinen Lager-Speichern 3 Monate stehen bleiben und werden dann durch eigene Gespanne sauber transportiert und aufgestellt, auch nach außerhalb.
Für Landpartien und Sommerfeste
 empfehlen wir in großer Auswahl:
Stadlaternen, Lampions, Fahnen, Papier-Mützen, Papier-Schärpen, Radauflöten, sowie Verkaufsgegenst.
Neu! Stadlaternen u. Fahnen mit Aufsicht d. Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896! Neu!
 Händler und Arbeitervereine erhalten die billigsten Fabrikpreise. 5478L*
S. & G. Saulsohn, Berlin C.
 Kaiser Wilhelmstr. 19a.
 Papiergroßhandlg. Papierwarenfabr.

Möbel-Kaufgelegenheit,
 passende Gelegenheit für Brautleute, Gneissaustr. 15, parterre, in der Möbelfabrik sollen ca. 200 komplette Wohnungs-Einrichtungen, verleben gewesene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Teilzahlung gestattet. Bezahlt ohne Anzahlung. Gekauftes billig sind die an Herrschaften kurze Zeit verleben gewesenen Möbel, Kleider-Spind 15, Küchen-Spind, Komode 12, Bettstelle mit Matratze 15, Nussbaum-Kleider-Spind 30 Mark, Muschel-Kleider-Spind 35, Bettstelle mit Keilkissen 18, französische Muschel-Spind mit Matratze 45, Säulen-Kleider-Spind 48 Mark, Truemeau mit Stufe 60, Plüschgarnituren 60 Mark, neue, hochfeine Garnituren 105 Mark, Büffets, Confisfentische, Paneelesopha mit Sattelstücken und Plüsch-Einfassung in allen Farben, Damen- und Herrenschreibtische. Gekaufte Möbel werden unentgeltlich 3 Monate auf meinen Aufbewahrungsspeichern aufbewahrt, durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt. 4261L*
Ein grosser Posten
Steppdecken
 echt Wolltias (reine Wolle)
 Grösse 150 x 200, Stek. 7,50 M.
 ca. 1000 Stück schwere buntfarbige
Normal-Schlafdecken
 mit kleinen Maschenschnecken,
 in reizenden Jacquard-Mustern,
 Grösse 150 x 200 cm.
 per Stück 4,50 M. sonstiger
 Preis 9 M.
 Meine illustrierte Preisliste über
 hochfeine Stepp- und Schlafdecken
 gratis und franko.
Steppdecken-Fabrik
Emil Lefèvre,
 Berlin S., Oranienstr. 158.

Fruchtweine
 Johannisbeerwein, roth und roth, Stachelbeerwein, Heidelbeerwein à Fl. (7. u. 10.) 75 Pf., à Liter 1 Mark erst.
pro Glas 10 PENNIG
 7/10 Liter.
 Kothalle der Berliner Groß-Dehlisateure
 Berliner Gewerbe-Ausstellung
 Electr. Hochdruck-Druckerei, Maschinenfabrik.
Eugen Neumann & Co.
 Detail-Verkaufsstellen:
 Belle-Alliance-Platz 2, Friedrichstr. 61, Oranienstr. 138, Gendarmenstr. 25, Potsdamer-Str. 7.
 Wegen Todesfall verkaufe mein
 Zigarrengeschäft Junkerstr. 1.
 2672b
 J. Windhorst.

Unserem Stellennachwieser Heinrich zu seinem heutigen Geburtstag die besten Glückwünsche und ein Hoch, daß die ganze Holzmarktstraße schaukelt.
 2666b Die Arbeitsscheuen.
 Parteigenossen, Freunde, Bekannte!
 Dienstag, den 14. Juli cr., vormittags 11 Uhr, entschlief sanft nach langen Leiden meine liebe Frau
Louise Windhorst
 im 60. Lebensjahre. Um stilles Beileid bitten
 J. Windhorst,
 nebst Tochter, Schwiegersohn, Schwager, Schwägerin und Nichten.
 Die Beerdigung findet am 17. Juli, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Landberger-Allee 21/23, aus statt. 2671b

4000
 7/10 Bierseidel sind sofort zu verkaufen, auch in kleinen Posten.
Wih. Jacob, Treptow,
 Parkrestaurant.

Arbeitsmarkt.
Achtung! Achtung!
Präger und Prägerinnen!
 Wegen Lohn-Differenzen in der Prägerei von F. Pricker u. Eyd, Andreaskstr. 32, haben sämtliche Kollegen Präger die Arbeit niedergelegt.
Zugung ist fern zu halten!
 108/8
Der Vertrauensmann.

Achtung! Achtung!
Holzarbeiter!
 Die Lohn-Differenzen bei Seb. König, Demminerstr. 6, sind erledigt. Die Forderungen der Kollegen sind bewilligt. Ferner haben wir mitzutheilen, daß 8 Kollegen der Werkstat von Julius Zeisler, Lichterbergerstr. 5, wegen Maßregelung von 2 Kollegen die Arbeit niedergelegt haben.
 Die Ortsverwaltung
 des Holzarbeiter-Verbandes.

Achtung, Holzarbeiter Rigdorfs
 und Berlin.
 In der Luxus-Möbel-Fabrik von G. Förstch haben sämtliche Kollegen wegen Lohn-Differenzen die Arbeit niedergelegt.
 Bitte Zugung fernzuhalten. 801/15
 Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
 (Zentrale Rigdorfs).
 Cartonarbeiterinnen verl., gute Preise dauernde Beschäft. Wolff, Neue Friederichstraße 43. 2612b

Plätterinnen
 auf Kragen, Manschetten, Servietten verlangen
Müller & Sussmann,
 Grüner Weg 119.
 2606b

Für unsere großen
2680b
Betriebs-Werkstätten,
 der Neuzeit gemäß eingerichtet,
 verlangen wir
80 Mamsells
 auf bessere Damen-Jackets à Preise von 3.— Mark
 " 3,80 "
 " 3,50 "
 und " 3,75 " c. pro Stk.
M. Holz & Co.,
 Markgrafenstr. 43-44,
 am Gendarmenmarkt.
 Meldungen von 12-1 1/2 Uhr mit-tags und 7-8 Uhr abends.

Licht. Modellistler v. Nürnberg,
 Chausseest. 2 E. 2662b
Tüchtige Mamsells
 auf Jackets außer dem Hause werden
 Gerichtr. 18, vorn 2 Tr., verlangt.
 Arbeitslohn 1,80-2,00 Mark. Jeden
 Sonnabend Auszahlung. 2663b

Beschlagger verlangt Kaufmann,
 Stralauerstr. 3. 2669b
Wirklich tüchtige Mechaniker,
 aber nur solche, finden guten Verdienst b.
 Kaiser u. Schmidt, Johannisstr. 20.

Tüchtige Dreher
 an kleinen Leitspindelbänken auf feinere
 Arbeit verlangen Kaiser u. Schmidt,
 Johannisstr. 20. 2665b

Lüstriren.
 Geübte Arbeiterinnen zum Lüstriren
 verlangt Meinhard Vorchardt, Beuth-
 straße 20. 2665b

Zwickerinnen verl. Jentsch, Bese-
 walterstr. 7. 2670b

Stuckateur.
 Ein tüchtiger Werkstattarbeiter,
 auch mit Ansetzen gut vertrauter
 Stuckateur auf sof. ges. Hans Chr.
 Berg, Gothersgade 91, Kopenhagen K.
 1 Präger für photographische Karten
 nach dem Auslande, sowie Präge-
 rinnen auf Reliefs werden sofort ver-
 langt. Arbeitsnachweis der Etho-
 graphen, Steinbrucker u. f. w., C. Neu
 Friedrichstr. 86, 1 Tr. 108/7